

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 2. November 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,00 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Befragt für die sechsgepaltenen Kolonnen oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Berichts- und Berichtigungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (steilgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Die politische Lage in England.

Aus London wird uns geschrieben:

Allmählich rückt der Termin heran, an dem die Schonzeit für die Politiker zu Ende geht und die Konferenz zwischen den Häuptern der beiden großen Parteien zu irgendeinem Resultat führen muß. Deutete man zuerst das tiefe Schweigen der Konferenzmitglieder dadurch, daß man darauf hinwies, daß die Konferenz nur dazu bestimmt sei, die durch den Tod des Königs Eduard verursachte Verlegenheitspause auszufüllen, und daher zu keinem Resultate kommen könnte, so erklärt man sich jetzt die vielen Andeutungen, die in den letzten Tagen von leitenden Regierungsmännern gemacht worden sind, als ein Zeichen, daß die Konferenzmitglieder bemüht sind, die durch die Vetofrage geschaffenen scharfen Gegensätze zwischen Regierung und Opposition auf dem Wege eines Vergleichs aus der Welt zu schaffen.

In dem Wirrwarr der Stimmen der Propheten, deren Geschäft heute wie nie zuvor geblüht, tritt nur eins klar zutage: Weder die Regierung noch die konservative Partei hat heute ein Interesse an Neuwahlen im Januar nächsten Jahres, die nach dem Programm der Linksliberalen und Iren unvermeidlich sind. Schon allein der Umstand, daß baldige Neuwahlen aller Wahrscheinlichkeit nach keine entscheidende Verschiebung in dem Kräfteverhältnis der beiden Gegner herbeiführen werden, erklärt die Abneigung gegen einen Wahlkampf im nächsten Januar. Für die Konservativen kommt in Betracht, daß die stetig günstiger werdenden Erwerbsverhältnisse und der laute Protest des deutschen, österreichischen und französischen Volkes gegen die durch die Schutzollgesetzgebung akzentuierte Teuerung keinen guten Boden für eine erfolgreiche Propaganda der Tarifreform abgeben. Auch läßt die Einigkeit dieser Partei augenblicklich viel zu wünschen übrig; den Drousgängern unter den Schutzöllnern ist Herr Balfour ein viel zu milder und vorsichtiger Führer. Bei den Liberalen hat wiederum die Stärkung des Bismarckelements, dem die Verhältnisse günstig sind, die Kampfesstimmung gegen das Oberhaus sehr merklich beeinträchtigt. Ferner wäre der Regierung auch die Krönung Georgs V., die in der ersten Hälfte des nächsten Jahres stattfinden soll, ein großes Hindernis, sollte sie von ihren Verbündeten gezwungen werden, ihre Pläne gegen die Lords in die Tat umzusetzen.

Eine Verständigung, die das Uebel einer allgemeinen Parlamentswahl abwenden würde, erscheint somit den Führern der um die Macht im Staate ringenden Parteien als höchst wünschenswert. Dem Zustandekommen des Pakts liegt aber ein großes Hindernis im Wege: die irische Frage. Die Iren, die bisher in der Frage des Hauses der Lords die sichersten Truppen der Demokratie gewesen sind, die von der Lösung dieser Frage die Selbstverwaltung Irlands erwarten, werden sich nicht ohne weiteres abschütteln lassen. Es ist zwar denkbar, daß die Regierung eine zeitlang auch ohne die Iren und mit Unterstützung der Konservativen weiter regiert; aber die Iren sind mehr als eine parlamentarische Partei. Tausende und Abertausende von irischen Arbeitern leben in England und gehorchen bei den Wahlen den Befehlen der Nationalisten. Werden die Iren dieses Mal verraten, so geht die liberale Partei bei den nächsten Wahlen, wenn sich nicht etwas Außergewöhnliches ereignet, einer sicheren Niederlage entgegen. Das Zustandekommen eines Pakts zwischen Regierung und Opposition hängt davon ab, ob man die irischen Nationalisten in bezug auf „Some Rule“ zufriedenstellen kann.

Um nun die Ansichten der maßgebenden Parteimänner über die Lösung der irischen Frage zu erfahren, ließ der Master of Elibank, der Hauptredakteur der Liberalen, vor kurzem einen Versuchsballon steigen. Er deutete die Lösung auf dem Wege des Föderalismus an; nicht allein Irland, sondern auch England, Wales und Schottland müßten ein eigenes Parlament für reine Landesangelegenheiten, das dem Reichsparlament untergeordnet ist, erhalten. Etwas weniger deutlich und in ähnlichem Sinne sprach sich Lloyd George vor einiger Zeit aus. Die Idee ist nicht neu und wurde schon als Lösung der irischen Frage von Joseph Chamberlain kurz nach seinem Streite mit Gladstone über „Some Rule“ vertreten. Großbritannien und Irland würden danach in vier Länder oder Staaten zerfallen, die ähnlich wie Kanada, Australien und Südafrika durch ein Bundesparlament zusammengehalten würden.

Die irische Frage hat sich in dem letzten Jahrzehnt stark verändert. Hauptächlich sind es finanzielle Fragen, die die ursprüngliche Forderung extremer Nationalisten ganz in den Hintergrund geschoben haben. Die gängliche Kostrennung Irlands von Großbritannien läßt nur noch wenig Anziehung auf die Gemüter aus. Die konservative Landpolitik, wie sie in dem Gesetze vom Jahre 1903 zum Ausdruck kam, hat dem Reiche eine große finanzielle Verantwortlichkeit aufgebürdet — das Reich garantiert die Zinsen der Obligationen, mit deren Hilfe die Pächter zu Bauern gemacht worden sind —, und Irland steht sich auch unter dem Alterspensionsgesetz, das ihm weit mehr Geldmittel zuschießen läßt als den anderen Teilen des Reiches, außerordentlich gut. Man kann es daher verstehen, wenn die Führer der Nationalisten, obwohl sie beständig die Unverrückbarkeit ihrer Forderungen betonen, ihr Programm den neuen Verhältnissen anpassen. Herr Redmond schrieb kürzlich in einer bekannten amerikanischen

Zeitschrift über die Mindestforderung der Iren: „Wir wünschen ein irisches Parlament mit einer Exekutive, die ihm verantwortlich ist; dieses Parlament soll durch das Reichsparlament geschaffen und mit der Verwaltung rein irischer Angelegenheiten (Land, Erziehung, Lokalregierung, Verbesserungswesen, Arbeit, Industrie, Gemeindesteuer, Gesetz und Gerichtsbarkeit, Polizei und so weiter) betraut werden, so daß dem Reichsparlament, in dem Irland wahrscheinlich weiterhin, aber durch weniger Mitglieder, vertreten sein würde, wie jetzt die Verwaltung aller Reichsangelegenheiten, wie Meer, Flotte, auswärtige Beziehungen, Reichsfinanz, Angelegenheiten der Krone, der Kolonien und all die anderen Fragen belassen bleiben, die ihrer Natur nach das Reich und nicht die einzelnen Länder angehen. Das Reichsparlament würde auch die ausschlaggebende Autorität über die neue irische Legislatur behalten, wie sie das Bundesparlament heute über die verschiedenen Legislaturen in Kanada, Australien, Südafrika und anderen Teile des Reiches besitzt.“

Was den Iren an diesem neuen Vorschlag zur Lösung der irischen Frage nicht gefällt, ist die Möglichkeit einer Verschleppung, die bei einem so weit verzweigten Problem, wie es der Föderalismus darstellt, ohne Zweifel sehr groß ist. Gerade die englischen Liberalen sind in der Verschleppungsstrategie anerkannte Meister. Herr Redmond ist sich dieser Gefahr, betrogen zu werden, wohl bewußt, und hat auch gleich die Stellung der Iren zu der vorgeschlagenen Lösung präzisiert. Vor einigen Tagen erklärte er: „Unjere „Some Rule“-Verfassung sollte derart sein, daß sie in ein später einzufügendes allgemeines föderalistisches System paßt, aber es muß deutlich zu verstehen gegeben werden, daß Irland nicht warten kann, bis sich England, Schottland und Wales entschlossen haben, die Selbstverwaltung für sich zu beanspruchen. Wir werden weder eine Aufschiebung der Frage noch eine Verwässerung unserer Forderungen dulden.“

Die Bereitwilligkeit der Konservativen, in der Vetofrage mit sich reden zu lassen und der Regierung bei der Lösung der irischen Frage behilflich zu sein, findet ihre Erklärung teilweise auch in der Veränderung, die die konservative Partei, seitdem sie ganz schutzöllnerisch geworden ist, durchgemacht hat. Die Einführung des Schutzolls ist der erste Programmpunkt der treibenden Elemente dieser Partei, die alles, was der Erfüllung ihrer Wünsche entgegensteht, ungeachtet der Traditionen der konservativen Partei, über Bord werfen. Die Vetofrage, die den Gegnern stets reichen Stoff zur Agitation gibt, ist ein solches Hindernis, dasgleichen die ungelöste irische Frage, der es zuzuschreiben ist, daß ein Teil der Schutzöllner im Parlament — denn als solche muß man die irischen Nationalisten ansehen — nicht für die Pläne der Konservativen zu haben sind. Unter den herrschenden Verhältnissen könnte es vorkommen, daß die schutzöllnerischen Elemente im Parlament eine große Majorität bildeten und daß die Konservativen dennoch nicht in der Lage wären, das Ministerium zu stellen. Was das andere Hindernis, das zu überwinden ist, nämlich die Vetofrage, anlangt, so können sich die Konservativen umso eher auf ein Kompromiß einlassen, als es jetzt immer klarer wird, daß sich die Regierung mit einer Lösung zufriedenstellen wird, die die Interessen der liberalen Partei wahr. Die Frage war übrigens nie trotz der Haltung einer Handvoll energischer Linksliberaler eine Frage der Rechtsanprüche der Demokratie gegen die Vorrechte der Oligarchie; maßgebende Liberale wie Konservative waren sich darüber einig, daß jede Neugestaltung der Beziehungen zwischen der Volksvertretung und dem Oberhause dem letzteren genügend Macht lassen müsse, um einem von der Arbeiterschaft beherrschten Unterhause entgegenzutreten zu können. Für diese Angabe können zahllose Beispiele beigebracht werden. Wie die liberale Partei über die Lösung der Vetofrage denkt, wurde erst jüngst wieder in klaren Worten von dem Unterpostsekretär Norton dargetan, der sich wie folgt äußerte: „Wenn die Konferenz imstande ist, eine Politik zu entwerfen, die dazu führen wird, daß die liberale Partei, wenn sie am Ruder ist, dieselben Rechte genießt wie die konservative Partei, so kann alles in freundschaftlicher Weise geregelt werden.“ Man erfährt aus diesen Worten, daß es sich für die Liberalen bei der Vetofrage nur um die Befriedigung der eigenen Parteinteressen handelt.

Bei den Linksliberalen hat die eingehende Erörterung all dieser Fragen große Beunruhigung hervorgerufen. Es läßt sich heute nicht mehr leugnen, daß die Vertrauensmänner der liberalen Partei wirklich die weitgehendsten Verhandlungen mit den Führern der Konservativen pflegen. Auch die Flottenfrage scheint in das Bereich der Erwägungen gezogen worden zu sein. Denn nur so läßt sich die Befehring Lloyd Georges und Churchills zu einer Flottenleihe unter gewissen Umständen erklären. Vielleicht spezifizieren diese Minister darauf, daß durch eine derartige Anleihe den Konservativen eine der besten Waffen im Wahlkampf, die Flottenhebe, entzogen wird.

Es ist nun möglich, daß sich all diese Besprechungen zu keinerlei Taten verdichten werden, daß sie am Ende nichts anderes sind als die Jagd nach dem Irtrisch, mit dem der geschickte Dialektiker Balfour die Liberalen an der Nase umherführt, wie er es so oft mit seinen eigenen Parteigenossen gemacht hat, um sie zu diskreditieren. Aber die Diskussion selbst beweist, wie geringfügig im Grunde genommen die Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien auf konstitutionellem Ge-

biete sind, wie die Demokratie von der Konferenz der liberalen und konservativen Vertrauensmänner nichts oder wenig zu erwarten hat und wie geringfügig man über die Vertreter des arbeitenden Volkes denkt. In der ganzen Diskussion hat man es noch nicht der Mühe wert befunden, zu erwägen, wie sich die Arbeitervertreter im Parlament zu einer Vereinbarung zwischen Regierung, Opposition und Nationalisten stellen werden.

Was nun auch bei der Konferenz herauskommen mag, eins ist sicher: sie hat Klärung geschaffen. Nicht allein Klärung in den bürgerlichen Parteien, sondern auch Klärung unter der denkenden Arbeiterschaft. Sie hat dem Volke angedeutet, wie sich Liberale und Konservative seinen Platz zu teilen gedenken.

Die heilige Allianz der Scharfmacher.

Den Scharfmachern sind wieder einmal die Felle davongeschwommen. Wenn nicht alles trügt, ist das „neue Roabit“, das sich nach den Prophezeiungen Anstons-Cerlets am Wedding „vorbereiten“ sollte, trotz allen Scharfmacherlärmes, trotz aller Schuchmannsparaben und trotz des provozierenden Jur-Schau-Tragens der Karabiner nur ein unfrommer Wunsch der herausmägigen Sozialistenbeher geblieben. Wir wiederholen: Trotz des provozierenden Jur-Schau-Tragens der Karabiner! Oder kann es etwas Aufreißenderes geben, als die Polizisten in der Reichshauptstadt tagelang mit den Schießprügeln herumlaufen zu lassen? Als die Volksmassen gemissermaßen höhnisch zu bedrohen: „Hütet Euch ja, uns im unredlichen Augenblick in die Schutzlinie zu kommen, denn sonst könnten sich leicht ein paar blaue Bohnen zwischen Eure Rippen verirren! Kann es eine brutale Unverschämtheit geben, als durch die Scharfmacherpresse scheinbar polizeilich den nach dem „Berliner Tageblatt“ ja selbst von polizeilicher Seite nachträglich als absurd bezeichneten Schlichtplan verbieten zu lassen, wie man mit Salben und Schnellfeuer die Straßen der Reichshauptstadt zu überschießen gedenkt? Natürlich nicht die Straßen des vornehmen Bestens, sondern die des proletarischen Nordens, wo ja in engen Massenquartieren die wenigen Häuser, die durch ihre Arbeit die Reichtümer schufen, die Berlin binnen wenigen Jahrzehnten zu einer der glänzendsten Metropolen der Welt gemacht haben!

Trotz alledem: die Volksmassen haben sich, durch die Sozialdemokratie zu politischer Einsicht und Disziplin erzogen, nicht provozieren lassen! Die sozialdemokratische Arbeiterschaft hat das übrige getan, um auch diejenigen vor Unbesonnenheit zu bewahren, die noch keine Klassenbewußte Proletarier, aber gerade darum aus dem dunklen Gefühl ihres Klasseninstinktes heraus leidster geneigt sind, auf Provokationen zu reagieren. So ist denn von dem „neuen Aufbruch“ nichts übrig geblieben, als einige mittelmäßliche Kadaverjungen und Kämpelchen, wie sie nicht nur in kleinen Univeritätsstädten, sondern auch in Millionenstädten nun einmal keine Seltenheit sind. Das „revolutionäre“ Relief erhielt dieser Kadaver erst durch das Massenangebot der Schuchmannschaft und durch das Indianergeschrei der Scharfmacherpresse.

Daß sich in diesem mißtönigen Chorus die Organe des Kraut- und Schlotjunkertums besonders hervortaten, ist kein Wunder. Daß die strobachschickenden Agrarier und die von der sozialpolitischen Bürde schwer erdrückten Industriemagnaten förmlich mit geiferndem Munde den Kreuzzug gegen die Sozialdemokratie predigen, daß sie von dem Uebermut der Umstürzler alle Schreie der Revolution prophezeien, ist ja nur zu natürlich. So oft diese wackeren Stützen der kapitalistischen Gesellschaft entsetzt die Hände ringen, so oft sie Thron, Altar, Ordnung, Vaterland und Familie in Gefahr erklären, so oft fühlen diese Edlen in der Tat ihr Allerheiligstes bedroht: ihren Profit, ihre Portemonnaie! So auch diesmal! Ihrer politischen Schandwirtschaft droht ja der schmachlichste Bankrott! Und dieser Bankrott der Politik des Schnapsbrotts, der Politik der Volksausplünderung und Volkserdrückung, Wante ja die ersten schütternen Ansätze einer minder volksfeindlichen Politik nach sich ziehen, eine nicht ganz so reaktionäre Wahlreform in Preußen, eine bescheidene Fortführung der Sozialreform und eine, wenn auch noch so minimale, Heranziehung auch des Agrariertums zu den stetig wachsenden Reichslasten. Das aber wäre ja gerade die Bedrohung der heiligsten Güter unserer Agrarier und Schlotbarone, das verruchte Attentat auf das Portemonnaie!

Wie schrecklich solch Attentat aber wäre, haben wir ja erst kürzlich an der Hand der amtlichen Vermögenssteuerstatistik nachgesehen. Die elftausend reichsten Personen in den Städten besaßen ja nur 33 Prozent des gesamten steuerpflichtigen Vermögens der städtischen Bevölkerung; und auf dem Lande besaßen gar nur 5500 Großgrundbesitzer volle 35 Prozent, also mehr als ein Drittel, des gesamten ländlichen Vermögens! Ist es da vielleicht verwunderlich, daß diese geplagten, ausgepowerten Menschenkinder in Raserei geraten, wenn das Erstarken der proletarischen Organisationen und die wachsende politische Erkenntnis der Massen ihre Hungerleidensgeißel bedroht? Und haben diese Leutchen der Gottesgnadentumsidee deshalb geschmeichelt, haben sie unter bewußtem Aufspießehen des letzten Nestes ihrer Populartät der Krone dreieinhalb Millionen Notlandzulage deshalb bewilligt, damit Regierung und Polizei dem Wachstum der Demokratie ruhig zusehen? Nein: dazu ist der Obrigkeit das Schmerz gegeben, daß sie die umstürzlerische Rote bei der ersten sich bietenden Gelegenheit, und wäre sie noch so frohd vom Zaune gezogen, nieder schlägt!

Und das Zentrum, diese fromme, mit Demokratie und Sozialpolitik liebäugelnde Partei, ist bei dieser Scharfmacher-

auf Kolibris der gekreuzte Spießgeselle des Agrar- und Industrie-Feudalismus! Mit der „Deutschen Tageszeitung“ und der „Post“ um die Wette geifern „Germania“ und „Königliche Volkszeitung“ gegen die Sozialdemokratie, gegen die Klassenbewußte Arbeiterklasse. So schreibt die „Königliche Volkszeitung“ in ihrer Montagsnummer:

„Während draußen in Spandau 2-3000 katholische Arbeiter ihrem kirchlichen Oberhirten Herrn Kardinal Fürbischof Kopp in feierlichem Fackelzug begeitert huldigten, sammelten sich im Zentrum der Berliner Arbeiterwelt ein paar tausend freikämpfende Arbeiter mit ihren Gefinnungsgenossen, um als revoltierende Massen gegen Eigentum und Ordnung, gegen Gesetz und staatliche Autorität anzukämpfen.“

So ist es ganz in der Ordnung! Junker, Pfaff und Schlotbaron bilden ja seit jeher die dreieinige Allianz des Geldsack! Darum wird es freilich auch bei der Wahl heißen: Gleiche Brüder, gleiche Kappen! Die niederträchtige Denunziation der Arbeiterschaft wird dem Judas unter den Parteien so wenig vergessen werden, wie seine perfiden Wahlrechtsmachenschaften mit den Junkern!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. November 1910.

Herr v. Seydebrand über die politische Lage im Reich.

Die konservative Partei Württembergs hat wieder einmal eine Landesversammlung abgehalten, nachdem es Jahre lang auch ohne derartige Veranstaltungen gegangen war. Den Herren ist aber angst vor der Abrechnung des Volkes bei den bevorstehenden Wahlen. Darum gilt es, die Pflichten zum Stehen zu bringen und die schwankenden Reichen mit neuem Mut zu füllen. Eine sehr schwierige Aufgabe, der sich kein württembergischer Führer der Konservativen gewachsen fühlt. Darum wurde der „ungekrönte König von Württemberg“ höchstselbst herbeigeholt. Er soll den württembergischen Bauern begreiflich machen, wie herrlich ihr Los ist, als Hilfsmannschaft hinter den preussischen Junkern dreimarshieren zu dürfen. Und das ist in Württemberg auch sehr notwendig.

Herr v. Seydebrand bemühte sich denn auch redlich, die auf ihn gesetzten Erwartungen zu erfüllen. Das Resultat war aber eine große Enttäuschung. Seine in der Landesversammlung am Freitag in Stuttgart gehaltene Rede enthielt zu 90 Proz. nur „olde Kamellen“, die man schon längst aus Amtsblättern und den Organen politischerer Dorfparter kennt: Die konservative Partei ist die einzig wahre Volkspartei. Wer die Macht der Junker brechen will, besorgt nur die Geschäfte der Sozialdemokratie. Der Mittelstand muß gerettet werden; die Sozialdemokratie ist eine Verräterin am Volkswohl; der Revisionismus ist die gefährlichste Richtung innerhalb der sozialdemokratischen Partei. Mit den Nationalliberalen zusammenzugehen sind die Konservativen bereit, nur müssen die ersteren ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten, wie in Baden, unterlassen.

Derartige Sätze bildeten in den mannigfaltigen Variationen den wichtigsten Teil der Rede. Daneben beschäftigte Herr v. Seydebrand sich ausführlich mit der Kritik der Nationalliberalen. Deren Führer, meinte er, möchten mit den Konservativen zusammengehen, wo es ihnen passe; sie wollten aber auch gegen die Konservativen marschieren, wo sie vielleicht Mandate holen könnten. In der konservativen Partei gebe es Realpolitiker, die für ein Abkommen mit einer solchen Partei nur schwer zu haben seien. Bis zu den Wahlen könnten sich die Verhältnisse ja noch ändern, wenn es aber so weitergehe wie jetzt, müsse bezweifelt werden, ob das an sich wünschenswerte Zusammengehen zwischen Konservativen und Nationalliberalen zustande komme. Mit anderen Worten: Von einem Großblock nach Walowischem Muster will der Führer der Konservativen nichts wissen. Die Nationalliberalen sollen sich bedingungslos dem schwarz-blauen Block ergeben, dann werden die Konservativen säuberlich verfahren mit dem Knaben Absalom. Sonst aber . . .

Seydebrand bestritt ferner, daß ein Bündnis mit dem Zentrum bestehe. Man gebe eben zusammen, wo die beiderseitigen Interessen es gebieten. Zum Schluß bekam, wie üblich, die Regierung ein paar „Tagen“ zur Strafe dafür, daß sie die famose Reichsfinanzreform dem Volke nicht genug angepriesen habe.

Vorbereitungen zur Reichstagswahl.

In der Generalversammlung des 1. Berliner Reichstagswahlkreises wurde gestern Abend an Stelle des von der Kandidatur zurückgetretenen Genossen Dr. Krons Genosse Wilhelm Düwell einstimmig als Kandidat für die kommenden Reichstagswahlen nominiert.

Wahlrechtsverschlechterung in Schwarzburg-Rudolstadt.

Dem Rudolstädter Landtag, den die Regierung zum 7. November einberufen hat, wird eine Regierungsvorlage betreffend Abänderung des Wahlrechts der Höchstbesteuerten zugehen, die für die allgemeine Wählerklasse eine wesentliche Verschlechterung bedeutet. Bisher bestand der Landtag aus zwölf Mandaten der allgemeinen, und aus vier Mandaten der Höchstbesteuerten Wählerklasse. Zur letzteren gehören alle Wähler, die mindestens 120 M. jährliche Staatssteuern bezahlen. Im Landtag sitzen gegenwärtig außer den vier Höchstbesteuerten noch fünf Angehörige dieser Wählerklasse; die in den allgemeinen Wahlen ein Mandat erhielten, so daß die Höchstbesteuerten in Wirklichkeit nicht 4, sondern 9 von 16 Mandaten im Besitze haben. Die Regierung will nun in Zukunft für die Höchstbesteuerte Wählerklasse den Steuerfuß von 120 M. auf 300 M. erhöhen. Dadurch würde die Wählerzahl der Höchstbesteuerten vermindert und eine ganze Anzahl Wähler in die allgemeine Wählerklasse abgehoben, trotzdem jetzt schon 800 Höchstbesteuerte 4 Abgeordnete, 17 000 Wähler der allgemeinen Klasse aber nur 12 Abgeordnete wählen können. Man glaubt durch diese Maßnahmen bereiten zu können, daß unsere Partei bei der nächsten Landtagswahl mindestens die Hälfte aller Mandate zufällt, die wir bei der vorletzten Wahl bereits besaßen.

Unsere Genossen kündigen gegen diesen Wahlrechtsverschlechterungsversuch den Kampf mit allen Mitteln an. In der verflochtenen Legislaturperiode haben sie einen ähnlichen Coup dadurch unmöglich gemacht, daß sie bei der Abstimmung den Saal verließen und dadurch die Annahme der Vorlage unmöglich machten, da mindestens drei Viertel aller Abgeordneten bei einer Wahlgesetzänderung anwesend sein müssen. Wenn die Regierung sich nicht noch eines Besseren besinnt und die Vorlage wieder zurückzieht, wird unseren Genossen als ultima ratio nur die Obstruktion bleiben.

Um über den Fall in den Landesfinanzen hinwegzukommen, will die Regierung ferner eine Kapitalrentensteuer einführen und die Einkommen über 3000 M. etwas höher als bisher besteuern. Die hieraus fließende Mehreinnahme wird auf 75 000 M. pro Jahr geschätzt. An eine Entlastung der ärmeren Bevölkerungsgeschichten oder an eine Reform des reaktionären Gemeindegewahlgesetzes hat die Regierung für die kommende Session nicht gedacht.

Die Sozialdemokratie in der Leipziger Stadtverordnetenwahl.

Auch bei den Stadtverordnetenwahlen der 2. Klasse hat die Sozialdemokratie Leipzigs einen bemerkenswerten Erfolg zu verzeichnen. Mandate hat sie allerdings nicht zu erringen vermocht, es ist aber ein bedeutendes Zeichen der Zeit, daß in dieser Klasse, die mit dem Steuerbetrage von 141-700 M. begrenzt ist, 290 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden gegen 80 im Jahre 1908. Die Mandate fielen den Mittelständlern zu, deren Leute 3230 Stimmen erhielten, während es die Liberalen nur auf 1200 brachten.

Wie glänzend der Sieg unserer Leipziger Genossen der 3. Klasse ist, zeigt die Tatsache, daß sie gegen 1908 mehr als 5000 Stimmen gewannen (18 100 gegen 13 120), während die Stimmen der Bürgerlichen von 11 153 auf 9927 sanken! Und das, obwohl die Steuerbegrenze der dreiklassigen Wähler erst bei 5000 M. endet, also nicht nur die Tausende von unteren und mittleren Beamten und sonstige Mittelständler, sondern auch eine Schicht der höheren Beamten der Arbeiter hier den Sieg freilich machten. Das Resultat ist der beste Beweis, wie unredlich jene bürgerlichen und sozialdemokratischen Blätter hatten, als sie den Ausfall der neulichen Landtagswahl in Leipzig als eine Schlappe der Sozialdemokratie deuteten und vermeinten, daß ihr die Mitteläufer den Rücken gelehrt hätten.

Nochmals die Wahregelungsregierung.

Die „Rannheimer Volksstimme“ kommt in ihrer Sonntagsnummer auf die Ausführungen zurück, die wir über die Wahregelung Arnspers gemacht haben. Das Blatt meint, unsere Behauptung, Herr v. Bodman habe Herrn Arnspers wegen seines Eintretens für den Großblock gemahregelt, sei eine „unerhörte Beugung der Wahrheit“. Die Bodmansche Kundgebung in der „Arbeiter. Jtg.“ sei vielmehr gerade deshalb erfolgt, um die Unterstellung, als ob Arnspers wegen seiner Befürwortung der Großblockpolitik gemahregelt worden sei, zurückzuweisen.

Nun wollen wir gar nicht darauf bestehen, daß unser Rannheimer Parteiblatt mit seiner Gut- und Leichtgläubigkeit völlig allein steht, und das nicht etwa nur innerhalb der Partei. Hat ja z. B. das Organ der badischen Fortschrittspartei die Erklärung Bodmans als „schlechten Witz“ abgelehnt. Aber was war denn in der Erklärung selbst zu lesen? Die großherzogliche Regierung wolle mit Bodmann die Sammelpolitik. Alle bürgerlichen Parteien müßten gemeinsam gegen die Sozialdemokratie kämpfen. Arnspers habe gegen die Anbahnung Stellung genommen und deshalb sei er gemahregelt worden. Wie immer man nun die Erklärung selbst interpretieren mag, bestehen bleibt daß eine politische Wahregelung eines Beamten vorliegt, die auf jeden Fall verwerflich ist und eine Regierung, die sie verübt, zu einer Feindin der staatsbürgerlichen Grundrechte stempelt. Es ist aber zudem einfach nicht wahr, daß in dieser Erklärung auch nur angedeutet ist, daß Arnspers nicht wegen seines Eintretens für die Großblockpolitik gemahregelt worden sei. Denn die Sammelpolitik ist eben unter den badischen Verhältnissen momentan der einzig mögliche Gegenpart zur Großblockpolitik. Diese Sammelpolitik hat Arnspers als Anhänger der Großblockpolitik abgelehnt und ist deshalb verurteilt worden — den konservativen Gegnern der Blockpolitik zu Gefallen. Das sagt die Regierungserklärung mit deutlichen Worten, so ist sie überall in und außerhalb Badens verstanden worden, und wenn das Rannheimer Parteiblatt sie anders versteht, so deshalb, weil es sie anders verstehen will, um seinen Lesern nicht zeigen zu müssen, wie rauh die Illusionen zertrümmert sind, die man über politische Gleichberechtigung und die Meriten des Herrn v. Bodman gehegt hat.

Wenn freilich die „Rannh. Volksst.“ erklärt, für sie sei es stets selbstverständlich gewesen, daß ein badischer Minister auch Klassenstaatsminister sei, so bedauern wir nur, daß sie aus dieser Selbstverständlichkeit nicht den selbstverständlichen Schluß gezogen hat, daß dem Organ des Klassenstaats von den Vertretern des Proletariats auch alle Mittel verweigert werden müssen, die der Regierung die Möglichkeit geben, ihre Klassenfeindschaft zu betätigen. Im übrigen können wir nur wiederholen, daß einer Regierung politischer Wahregelung gegenüber es für die Sozialdemokratie nur die Möglichkeit härtester und unbedingtester Opposition geben kann.

Das Zentrum am Schandspahl.

Es ist der ultramontanen Presse nachträglich un bequem geworden, daß wir das Zentrum in Sachen des sächsischen Eisenbahnerverbandes auf seine schone Gesinnung gegenüber der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung festgenagelt haben. Jetzt spielen die Zentrumsbüchler die gekünstelten Leberwurst und stellen sich, als ob sie weiter nichts verlangt hätten, als daß die Mitglieder christlicher Organisationen nicht anders behandelt würden, als die Mitglieder freigeistlicher Verbände. So schreibt jetzt die „Königliche Volkszeitung“, nachdem sie in diesem Sinne eine Schilderung der Lage gegeben hat:

Diesem klaren Tatsachenbestand hat die sozialdemokratische Presse direkt ins Gegenteil verkehrt; der „Vorwärts“ unterstellt der Zentrumspartei, sie wolle gegen den sozialdemokratischen Eisenbahnerverband „ein gemeinschaftliches Ausnahmengesetz“ konstituiert wissen. Das heißt den Sachverhalt verkehren; was gefordert werden muß, ist vielmehr, daß für alle Eisenbahnerorganisationen bei ihrer Wirksamkeit die gleichen Bedingungen aufgestellt werden, auf die seinerzeit der bayerische Eisenbahnerverband eingehen mußte. Daran möchte sich allerdings die Sozialdemokratie vorbeidrücken; um die sächsischen Eisenbahner für ihre Bestrebungen zu gewinnen, verleiht selbst die „grundgesetzliche“ norddeutsche Sozialdemokratie, sich um das, worauf es ankommt, herumzureden.

Die „Königliche Volkszeitung“ schwindelt. Es war die „Königliche Volkszeitung“ selbst, die in ihrer Nr. 874 vom 18. Oktober schrieb: „Die christlich organisierten Arbeiter sehen darin, daß man sie mit der Sozialdemokratie auf eine Stufe stellt, tatsächlich eine Degradierung der letzteren.“

Was ist das anders als die Forderung, den sozialdemokratischen Arbeiter mit anderem Maße zu messen, ihm die Gleichberechtigung vorzuenthalten. Und der hayerische Landtagsabgeordnete Held war es, der in einer Zentrumsversammlung in München am 19. Oktober sagte:

Es kann nicht geduldet werden, daß Lehrer, Staatsbeamte, Staatsbedienstete und Staatsarbeiter Verbänden mit sozialistischen Tendenzen angehören. Dagegen müssen die Elemente, die noch staatsfremd sind und den Kampf gegen den Umsturz auf ihre Fahne geschrieben haben, gestiftet und gestiftet werden.

Ist das etwas anderes als ein Ausnahmengesetz, das hier gefordert wird? Das Zentrum bleibt an dem Schandspahl, auf den wir es angevogelt haben, und wir werden den Arbeitern den armen Schächer noch häufig genug präsentieren.

Die Forderungen der Staatsarbeiter.

Sonntag fand in Berlin eine von über 4000 Personen besuchte Versammlung des Kartells deutscher Reichs- und Staats-

arbeiterverbände statt, um die wirtschaftliche und soziale Lage der Reichs- und Staatsarbeiter zu erörtern. Es hatten sich viele Delegierte aus allen Teilen Deutschlands eingefunden. Außerdem waren erschienen die Abgeordneten Pauli (deutsch-konservativ), Dr. Wendland (nationallib.), Sanitätsrat Dr. Mugdan und Pastor Dr. Runge (fortschritt. Volkspartei). Den Vorsitz führte Eisenbahnarbeiter Severin. Der Syndikus des Verbandes, Heißner wies in längerer Rede nach, daß laut amtlicher Statistik die Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter im allgemeinen bedeutend geringer seien als der in der Privatindustrie. Die Löhne betragen im Durchschnitt 3,60 M. pro Tag; es gäbe aber auch eine Anzahl Arbeiter, die nur täglich 2,50 M. bekommen. Angesichts der großen Teuerung aller Lebensmittel sei es selbstverständlich, daß die Neuen zumeist mitarbeiten müssen. (Aufe: Auch die Kinder!) Das Kartell stehe auf vollständig neutralem Boden, Politik und Religion seien vollständig ausgeschlossen. Die Reichs- und Staatsarbeiter können sich weder der Sozialdemokratie, noch irgendeiner anderen Organisation, auch nicht den christlichen Gewerkschaften anschließen. Sie müssen aber verlangen, daß ihnen ein Lohn gezahlt werde, mit dem sie in anständiger Weise ihre Familie ernähren können. Das sei bei den jetzigen Lohnverhältnissen unmöglich. Es sei daher erforderlich, daß die Regierung und den Volksvertretern Abhilfe zu erbitten. (Stürmischer Beifall.) Telegraphenarbeiter Gallenthin-Spandau führte aus, die Reichs- und Staatsarbeiter müssen verlangen, erstens: Anerkennung der Arbeiterauschüsse, zweitens: Eine Lohnerhöhung entsprechend den heutigen Teuerungsverhältnissen, drittens: Schaffung einer Instanz ähnlich dem Gewerbegericht und Arbeitskammern, 4. Verwirklichung der Staats- und Reichsarbeiter bei der Reichsversicherungsordnung, 5. Gewährung und Sicherung des Koalitionsrechtes nach den gesetzlichen Bestimmungen. Der deutsche Kaiser habe gesagt, Staatsbetriebe müssen Musterbetriebe sein. Er gebe sich der Hoffnung hin, daß die Behörden nach diesem Kaiserwort handeln werden. Die Reichs- und Staatsarbeiter stehen auf nationalem Boden und wollen keinerlei Gewalt. Von Streik könne bei Reichs- und Staatsarbeitern keine Rede sein, sie müssen aber so gestiftet sein, daß sie in der Lage sind, ein menschenwürdiges Dasein zu führen. Der Post- und Telegraphenarbeiterverband habe es durchgesetzt, daß der Post- und Telegraphenarbeitern eine Lohnerhöhung von 10-15 Proz. vom 1. November ab bewilligt worden sei. Damit können sich die Post- und Telegraphenarbeiter aber noch nicht zufrieden geben, da diese Lohnerhöhung noch keineswegs den teuren Verhältnissen entspreche. — Eisenarbeiter Severin wendete sich ganz besonders gegen die Affordbezahlung. In den Eisenbahnwerkstätten sei die Affordbezahlung vollständig unangebracht. Militärarbeiter Hufert-Spandau bemerkte, es müsse dahin gewirkt werden, daß die Mitglieder der Arbeiterauschüsse nicht gemahregelt werden dürften. Letztere werden vielfach als Regler betrachtet und auf die Straße gesetzt. — In der weiteren Erörterung wurde noch vielfach über die niedrigen Löhne, die lange Arbeitszeit, unangenehme Arbeitsverhältnisse usw. Klage geführt und darauf hingewiesen, daß die Wünsche des Kartells, das bereits über 100 000 Mitglieder zähle, volle Beachtung verdienen. Es wäre notwendig, auch den Staatsarbeitern gleich den Beamten Sommerurlaub zu gewähren und ihnen überhaupt Gleichberechtigung mit den Beamten zuteil werden zu lassen. — Abgeordneter Pauli versprach, die Forderungen des Kartells nach Möglichkeit zu unterstützen. — Abgeordneter Dr. Runge versprach die Unterstützung seiner Partei. — Generalsekretär Sebada begrüßte die Versammlung im Namen des Verbandes vaterländischer Arbeitervereine und führte aus, es sei durchaus falsch, die Reichsfinanzreform für die Teuerung der Lebensmittel verantwortlich zu machen; es seien in der Reichsfinanzreform Steuern enthalten, die keineswegs die Arbeiter treffen. (Große Uraufe. Stürmische Aufe: Schluß! Schluß! Rumpff! Wödsinn!) Die Reichsfinanzreform mußte jedenfalls unter Dach und Fach gebracht werden, wenn es nicht schlimmer werden soll. (Stürmische Unterbrechung. Aufe: Schluß! Schluß! Quatsch!)

Die Versammlung sah schließlich eine längere Erklärung, in der sie sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärt und die Notwendigkeit der Bildung des Kartells der neutralen Reichs- und Staatsarbeiter anerkennt.

Keine Zwangsgeschenke.

Regierungsrat a. D. Martin als Reichstagskandidat.

In dem Wahlkreis Coblenz-Oberbach (2. sächsischer) soll, wie die „Dresdener Nachrichten“ zu melden wissen, der bekannte Regierungsrat a. D. Martin von den Liberalen aufgestellt werden. Von welcher Seite kandidiert dort Genosse Krähig-Berlin. Es dürfte außerdem von den Konservativen ein Kandidat nominiert werden. Der Kreis war von 1908 bis 1907 vom Genossen Sindermann im Reichstago vertreten. Bei den Hottentottwahlen gelang es dem Nationalliberalen Dr. Weber-Coblenz, das Mandat zu holen. Er scheint auf eine Wiederanstellung verzichten zu wollen. Die Trauben sind ihm anscheinend zu sauer.

Schraubenlos.

Einem Mitarbeiter der „Kreuzzeitung“ haben es die hohen Gewerkschaftsbeiträge angetan. Er hat einen Steinleger entdeckt, der wöchentlich nicht weniger als 6 M. Verbandsbeiträge bezahlt, und auf Grund dieser Entdeckung macht er folgenden Vorschlag:

Es sollte ein Gesetz geschaffen werden, das den Arbeiterverbänden verbietet, von ihren Mitgliedern größere Abgaben zu nehmen, als der einzelne Arbeiter an direkten Steuern für Staat und Gemeinde zu zahlen hat.

Frankreich.

Ein Manifest der Arbeitskonföderation.

Paris, 29. Oktober. (Fig. Ver.) Die Arbeitskonföderation hat ein Manifest über den Eisenbahnerstreik anschlagen lassen, das „Die Verbrechen der Nacht“ betitelt ist und im wesentlichen folgendes enthält:

Der Eisenbahnerstreik war nur ein Vorwand für die Regierung, um eine schrankenlose Unterdrückung der Arbeiterklasse ins Werk zu setzen. Wie nach den Worten von Villeneuve-Saint-Georges wird das famose „Komplot“ gegen die Sicherheit des Staates“ neu herausgegeben. Es ist eine Erfindung der Herrschenden, die streifen die Macht in ihren Händen zu behalten wünschen. Um ihm Wahrscheinlichkeit zu geben, wurden die Wahregelungen, Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und Strafverfolgungen inszeniert. Es ist das Wahlregiment des Ministeriums, das wie das Nichterum und die Polizei im Dienst der Ausbeuter steht. Spitzeln und Angeberei sind zum Prinzip erhoben worden. Die allgemeine Konföderation der Arbeit, die während des Konflikts eine vorläufige Zurückhaltung bewahrt hat, die durch die Interessen der kämpfenden Eisenbahner geboten war, hat heute die Pflicht, die Verteidigung der Opfer der regierenden Reaktion in die Hand zu nehmen. Wird nicht durch die Intervention der Kräfte in den Streik, durch die Mobilisierung der Ausführenden des Streikrechts, durch die Verhaftungen und willkürlichen Verfolgungen die gewerkschaftliche Propaganda lächerlich?

Das Manifest kündigt gegen diese Zustände eine Aktion mit allen Mitteln und Kräften an. Große Volksversamm-

lungen sollen die öffentliche Meinung zur Empörung gegen die Danditenregierung bringen, alle Menschen von Herz für ihre Verworfenheit begeistern. Die Porten der Gefängnisse müssen sich öffnen. Es ist kein Verbrechen, das gesetzliche Streikrecht ausgeübt zu haben. Wenn aber die Ruhe der Empörung nicht gehört werden, so werden die gewerkschaftlichen Organisationen die Pflicht haben, die Anwendung der anderen Mittel in Betracht zu ziehen. Das Manifest appelliert zum Schluß noch einmal an alle für Gerechtigkeit und Menschlichkeit eintretenden Menschen, um sie zur Teilnahme an den Versammlungen einzuladen.

Portugal.

Gute Arbeit.

Lissabon, 31. Oktober. Das Amtsblatt veröffentlicht ein Gesetz über die Gewährung der Pressefreiheit. Ein anderes Gesetz wird die Verweilung aller Akte der Verurteilung des Personenstandes vorschreiben, die Schaffung eines allen Religionsbekenntnissen gemeinsamen Kirchhofs und die Zulassung der fakultativen Feuerbestattung.

Ferner hat die Regierung Verordnungen zugestimmt zur Festlegung des Rechtes zum Ausstand und zur Errichtung eines Schiedsgerichts zwischen Arbeitgebern und Arbeitern. Es soll eine Kommission zur Entgegennahme der Beschwerden ernannt werden.

Verhaftung Franco.

Lissabon, 31. Oktober. Der frühere Ministerpräsident Joao Franco ist verhaftet und gegen Stellung einer Kaution wieder in Freiheit gesetzt worden. Nach den Angaben des Untersuchungsrichters hat Joao Franco während seiner Amtszeit als Ministerpräsident 70 Dekrete in Kraft gesetzt, in denen Vorschriften über die gesetzgeberische Gewalt abgeändert wurden. Durch den Erfolg dieser Dekrete habe er die Ausübung von Landesgesetzen verhindert. Ferner habe er Schulden des Königs Carlos in Höhe von 465 Contos mit Kronsgütern und nicht mit Gütern aus dem persönlichen Besitz des Königs unter der Bezeichnung Erhöhung der Zivilliste beglichen. Als Franco das Tribunal verließ, kam es zu feindlichen Kundgebungen der Menge, doch war die Ruhe bald wiederhergestellt.

Nach einer weiteren Meldung ist der frühere Ministerpräsident Teixeira de Souza unter derselben Verhaftung wie Franco verhaftet worden.

England.

Närricht Morley.

London, 1. November. Einer Blättermeldung zufolge hat der Staatssekretär für Indien Lord Morley dem Premierminister mitgeteilt, daß er zurückzutreten wünsche. Als Nachfolger von Lord Morley wird der Graf von Crewe genannt.

Aus der Partei.

Eine neue Position gewonnen.

(Privattelegramm des „Vorwärts“.)

Vom Frankfurter Stadtverordnetenkollegium wurden heute bei den Wahlen zum Kommunallandtag für den Regierungsbezirk Wiesbaden u. a. auch die Genossen Graf und Zielowski als Vertreter der Stadt Frankfurt gewählt. Mit ihnen ziehen die ersten Sozialdemokraten in diesen kommunalen Landtag ein. Unsere Fraktion beanspruchte ihrer Stärke entsprechend sechs Sitze, die Fortschrittler nahmen aber nur zwei Genossen mit auf die Liste. Bemerkenswert ist, daß auch Magistratsmitglieder für unsere Genossen stimmten. Von 79 Stadtverordneten und Magistratsmitgliedern stimmten 75 und 72 für unsere Genossen.

Württemberg und der Magdeburger Parteitag.

Die Verichterstattung über den Magdeburger Parteitag dürfte in der Hauptsache beendet sein. Die größten Organisationen des Landes haben Stellung zu den Beschlüssen des Parteitages genommen. Wesentliches bildete zum Teil die Budgetangelegenheit einen wesentlichen Teil der Verichterstattung. Soweit sich aus der „Schwab. Tagwacht“ ersehen läßt, haben die Parteiverfassungen in folgenden Orten, in der Regel mit sehr starker Majorität oder gar einstimmig, ihre uneingeschränkte Zustimmung zu den Beschlüssen des Parteitages, insbesondere zur Budgetangelegenheit, ausgesprochen: Stuttgart, Ludwigsburg, Krummenauer, Gertingen, Göttingen, Weil im Dorf, Feuerbach, Hiltzingen, Kirchheim u. T., Fellbach, Cannstatt, Müstler am Neckar, Untertürkheim, Heilbronn. Diese Organisationen zählen rund 10 000 Mitglieder, das ist etwa die Hälfte der organisierten Parteigenossen in Württemberg. Eine Resolution gegen die vom Parteitag getroffene Entscheidung in der Budgetangelegenheit folgte der sozialdemokratische Verein Schwannheim mit 301 Mitgliedern. Heilbronn, Ulm, Hall und ein paar andere Orte liegen es bei der Aussprache bewenden, eine Resolution wurde nicht gefaßt. Einige Orte, die sich für die Parteitagbeschlüsse ausgesprochen haben, so Schw. Gmünd und Möhringen, schienen Verträge an die „Schw. Tagwacht“ nicht eingehandt zu haben, aber wir müßten sie überlegen haben. Die Liste der Vereine, die mit der Regelung der Budgetangelegenheit durch den Parteitag nicht einverstanden sind, kann selbstverständlich als auf Vollständigkeit auch keinen Anspruch machen. Immerhin ist auf Grund der vorliegenden Berichte die Schlussfolgerung gestattet, daß die Mehrheit der Parteigenossen in Württemberg die Beschlüsse des Parteitages und insbesondere die Erledigung der Budgetfrage gutheißt.

Die Organisationen zum Parteitag.

Strasbourg-Land.

In der Parteiversammlung zu Schiltigheim im Wahlkreise Strasbourg-Land wurde am Montag die Debatte über den Magdeburger Parteitag zu Ende geführt. Gegen die Budgetbewilligung sprachen nochmals die Genossen Buchs, Siskale und Riegler, während die Genossen Fischer und von Schoß mit dem Strasbourg Delegierten, Mechaniker Schreiber, dabei blieben, die Budgetfrage sei „eine prinzipielle, sondern eine tatsächliche Frage“, und weitere Klärung der Budgetfrage durch Einsetzung einer Studienkommission forderten. Die Resolution, welche die Beschlüsse des Parteitages auch in der Budgetfrage billigt, wurde von der nur schwach besuchten Versammlung mit geringer Mehrheit abgelehnt und dafür ein Antrag angenommen, welcher „ein weiteres Studium der Budgetfrage“ verlangt. Dieser Antrag soll nun der noch bevorstehenden Kreisgenossenschaftsversammlung vorgelegt werden.

Haut-Wilhelmsheven.

In der Wahlvereinsversammlung wurde am letzten Sonnabend der Bericht vom Parteitag, den der Delegierte Genosse Hug erstattete, entgegengenommen. Der Referent erklärte u. a., er sei schon vor der Wahl für die Aufhebung der Nürnberg Resolution eingetreten, da er sie für einen unklaren Beschluß halte, jedoch habe er den Disziplinbruch verurteilt. Auf dem Parteitag sei er jedoch anderer Meinung geworden und „anzu den Badenern“ übergegangen. Er habe sich auch unter denjenigen befunden, die an der Resolution nicht teilgenommen haben, somit habe er auch gegen alles gestimmt. (Der Bericht des Genossen Hug wurde von den Genossen mit recht gemäßigtem Ge-

fühlen entgegengenommen.) Die Diskussion setzte stark ein. Obwohl der Genosse Hug kein gebundenes Mandat hatte, hätte er seinen Wählern mehr Rechnung tragen müssen, namentlich deshalb, da er den Disziplinbruch vorher verurteilt. Seine Handlungsweise gegen seine Mandatgeber wurde in der Debatte als unerhört bezeichnet. Von einer Resolution, die sich mit den Beschlüssen des Magdeburger Parteitages einverstanden erklärte und dem Delegierten Mißbilligung ausdrückte, wurde der letzte Teil zurückgezogen und der erste Teil darauf per Affirmation mit 92 gegen 88 Stimmen angenommen. Gegen diese Abstimmung wurde jedoch Protest eingelegt. Sie wurde dann durch Stimmgabel wiederholt. Jetzt war ihr Resultat Ablehnung. 134 Genossen stimmten gegen, 111 für die Resolution. Die recht stürmisch verlaufene Versammlung endete erst gegen 1 1/4 Uhr.

Neue Reichstagskandidatur.

Eine stark besetzte Mitgliederversammlung des Stettiner Sozialdemokratischen Vereins wählte am Montag einstimmig den früher in Stettin ansässig gewesen Genossen Ewald Vogtherr-Wiesbaden zum Reichstagskandidaten für den Wahlkreis Stettin.

Zur Frage eigener Versammlungsorte in Hamburg.

In der am Dienstag im Gewerkschaftshaus zu Hamburg tagenden Sitzung des Gewerkschaftsrates, der Vertretung von über 100 000 organisierten Arbeitern, wurde auch die Frage der Errichtung eigener Versammlungsorte in den Vororten erörtert. Infolge der Versteigerung des Grund und Bodens sind die meisten größeren Lokale verschwunden, in Stadtteilen von über 100 000 Einwohnern sind fast gar keine Lokale mehr, die sich zu Versammlungszwecken eignen, und die Inhaber der noch vorhandenen verlangen für Versammlungen Saalmietten bis 300 M. Um aus diesem Dilemma zu kommen, haben sich in diesen Stadtteilen Arbeiteraustauschgenossenschaften gebildet, die von ihren Mitgliedern Beiträge zum Baufonds zu erheben. Um die Sache zu forcieren, hat, wie mitgeteilt wurde, die Versammlung der Gesellschafter des Gewerkschaftshauses vor einigen Tagen folgende Resolution beschlossen:

„Die heutige Gesellschaftsversammlung erkennt die Notwendigkeit der Errichtung von größeren Versammlungsorten in den Vororten im Interesse der organisierten Arbeiterschaft Hamburgs an. In der Voraussetzung, daß die organisierten Arbeiter Hamburgs bereit sind, den Bau von größeren Versammlungsorten in den Vororten moralisch und finanziell zu unterstützen, erklärt sich die heutige Gesellschaftsversammlung bereit, die Durchführung dieser Aufgabe zu übernehmen resp. sich an der Durchführung zu beteiligen. Sie bevollmächtigt die Geschäftsleitung, nach vorheriger Einberufung mit den Vertretern der organisierten Arbeiter Hamburgs evtl. Baugrund zu diesem Zweck zu erwerben und zu bebauen.“

Ein Ausschlussantrag.

Die Augsburger Genossen leiden schon seit Jahren an einem Anfeinden, dessen Nährvater der Kreisleiter Hermann Greifenberg war, der im Mittelpunkt einer Reihe von Schiedsgerichten stand.

Im Herbst vorigen Jahres siedelte er mit Frau nach Südamerika über; ein kurze Zeit darauf tagendes Schiedsgericht erteilte ihm und dem Kreisleiter Gottfried Rebele eine scharfe Rüge. Letzterem Herrn übergab Greifenberg vor seiner Abreise einen Schein mit dem Bemerken, Genosse Landtagsabgeordneter Rollwagen habe im Jahre 1900 — also vor 10 Jahren — denselben fingiert, um darin verpöndete Gegenstände beim Offenbarungseid, zu dem er seinerzeit als Redakteur unseres Parteiorgans getrieben wurde, verschweigen zu können.

Rebele richtete anfangs dieses Jahres an den Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei Bayerns, sowie an den Vorstand des Gauess Südbayern Briefe, in denen er forderte, daß Genosse Rollwagen seine Mandate im Landtag und im Gemeindevorstand niederlegen müsse, widrigenfalls er gegen Rollwagen beim Staatsanwalt Reineidsanzeige erheben werde. Auf ein Schiedsgericht, resp. ein Verfahren auf Grund des Organisationsstatuts lasse er sich nicht ein.

Der Gauvorstand ermächtigte hierauf Genossen Rollwagen, sich von dem niederträchtigen Vorwurf auf dem Wege der Verteidigungsklage zu reinigen. Vor dem Gericht stand nun Rebele hilflos da. Jeder Beweis für seine schwere Anschuldigung fehlte ihm, nachdem das Gerichtsprotokoll dargetan, daß Rollwagen seinerzeit alle Gegenstände, die er verschwiegen haben sollte, angegeben hat. Nur der Noblesse des Genossen Rollwagen hatte es Rebele zu verdanken, daß die Sache auf dem Vergleichsweg erledigt wurde, ansonsten er in eine empfindliche Strafe genommen worden wäre.

Mit der verwerflichen Handlungsweise Rebeles und jener seines Informators Greifenberg befahte sich nun letzten Montag eine stark besetzte Parteiversammlung. Es gelangte ein von der erweiterten Ausschussführung einstimmig beschlossener Antrag zur Beratung. Derselbe lautet:

„Der Sozialdemokratische Verein Augsburg beantragt bei dem Gauvorstand der Sozialdemokratischen Partei Südbayerns: gegen den Kreisleiter Gottfried Rebele das Ausschlussverfahren durchzuführen. Das Gleiche soll auch gegen den Kreisleiter Hermann Greifenberg geschehen. Nach Bekanntwerden seines Wiedereintreffens in Deutschland soll bei der zuständigen Organisation das Ausschlussverfahren gegen Greifenberg eröffnet werden.“

Nach eingehender Begründung dieses Antrages durch den Vorsitzenden und nach lebhafter Aussprache wird er von der Versammlung einstimmig angenommen.

Ein Tageblatt für Salzburg.

In Salzburg tagte am Sonntag der Salzburger Landesparteitag, der in namentlicher Abstimmung einstimmig beschloß, vom 1. Januar 1911 an die „Salzburger Wacht“ täglich erscheinen zu lassen.

Soziales.

Pommersche Kulturschule.

Im „Dauenburger Kreis- und Lokaltat“ fand sich dieser Tage ein interessantes „Eingefand“, das sicherlich der landrätlichen Autorität sein Erscheinen verdankt. Es wird darin über die Schwierigkeiten berichtet, die sich dem ländlichen Fortbildungsschulwesen entgegenstellen und mitgeteilt, daß die Gemeindevertretung des Dorfes L. mit 7 gegen 5 Stimmen die Einrichtung einer Fortbildungsschule abgelehnt hat, trotzdem die benötigten Mittel durch Regierung, Kreisrat und Landwirtschaftskammer bereits bewilligt waren und der Landrat sowie der Kreisrat mit allen Mitteln der Belehrung und Aufklärung auf die Gemeindevertretung eingewirkt haben. Die letztere habe sich „von dem Landrat nichts dreinreden lassen wollen“. In Wirklichkeit seien andere Gründe ausschlaggebend gewesen. Der Einsender erzählt, daß einer der Opponenten ihm gesagt hat, er habe nicht für die Fortbildungsschule gestimmt, weil die Jungen bis zu 14 Jahren ja schon in der Schule geistig sehr stark angegriffen wurden; wenn sie nach 14 Jahren auch noch in die Schule gehen müßten, so sei zu befürchten, daß etliche den Verstand verlieren. Ein anderer habe es sogar als Nord bezeichnet, wenn die Jungen nach der langersehnten Entlassung aus der Schule noch in die Fortbildungsschule gehen müßten. Der Einsender deutet dann weiter an, daß einer der Opponenten geistig so stark angegriffen ist, daß er nicht einmal seinen eigenen Namen schreiben kann. — Und solche Leute sind in

Hinterpunktern die Herren der Schule für die Kinder des Volkes. Das rührt daher, daß die Verwaltung vom Landrat bis zum Minister und Oberverwaltungsgericht die Nichtbefähigung der verständigen Menschen als Mitglieder einer Schuldeputation oder des Gemeindevorstandes im schroffen Gegensatz zu dem Kulturinteresse und der Verfassung, nach der vor dem Gesetz alle Menschen gleich sind, für gesetzmäßig hält, weil die verständigen Menschen Sozialdemokraten sind. Der Kampf gegen die Sozialdemokraten erweist sich auf allen Gebieten als ein Kampf für Unkultur, der zur Verödung der Arbeiter führen müßte, wenn die Sozialdemokratie nicht stark genug wäre.

Konzessionsentziehung gegen Direktor Zickel.

Der Bezirkshaus hat gestern dem Vortrage des Polizeipräsidenten stattgegeben, dem Direktor des Berliner Lustspielhauses Dr. Martin Zickel die Konzession zu entziehen.

Die Sache ist im Interesse der Schauspiel- und Schauspielerinnen durch die Bühnengenossenschaft in Fluss gebracht. Ueber die Verhandlungen am 10. April und 3. Juni haben wir seinerzeit berichtet. Gelingen wurden noch eine Reihe Zeugen verhört.

Den Anstoß zu dem Verfahren auf Konzessionsentziehung gab der Fall der Schauspielerin Grete Fels. Mit dieser stand der verbeiratete Direktor in intimsten Beziehungen und soll sich von ihr zweimal 15 000 M. als Darlehen haben lassen. Ueberdies soll er aber auch mit anderen Schauspielerinnen in intimsten geschlechtlichen Verkehr gestanden und Schauspielerinnen, die in sein Bureau kamen, unbillige Anträge gemacht haben. (Die Beziehungen sollen teilweise einen Einfluß auf die Rollenverteilung gehabt haben.)

Aus der gestrigen mehrstündigen Verhandlung teilen wir nachstehend das Wesentlichste mit.

Einem Antrag des Klagevertreters, die Öffentlichkeit auszuschließen, trat die Verteidigung entgegen. Das Gericht wiederholte denselben Beschluß, den es am 3. Juni gefaßt hatte: die Vertreter der Presse zuzulassen und auf besonderes Ansuchen auch einzelnen anderen Personen, insbesondere dem Präsidenten der Bühnengenossenschaft Hermann Rissen, die Anwesenheit zu gestatten, sonst aber die Öffentlichkeit auszuschließen, weil von einer öffentlichen Verhandlung der Einzelheiten eine Verletzung der Sittlichkeit zu erwarten sei. Direktor Dr. Martin Zickel und sein Verteidiger beantragten nun Herrn Rissen von der Zuhörerhaft auszuschließen. Das Gericht lehnte den Antrag ab.

Einem dritten Antrag in der Verhandlung nahm die Beweis-annahme darüber ein, ob Frau Krining, die Theatersekretärin erklärt hat: Die Schweinerei im Direktorzimmer halte ich nicht mehr aus, das Gedöhr ist nicht mehr mit anzuhören. Mehrere Zeugen bekundeten mit vollster Bestimmtheit, daß eine solche oder ähnliche Bemerkung getan ist, während Frau Krining, die mit Rücksicht auf ihren nervösen Zustand unverteidigt bleibt, solche Bemerkung getan zu haben bestritt. Nach der Aussage mehrerer kommissarisch vernommener Zeugen hat Dr. Zickel mit einer Reihe von Schauspielerinnen, die bei seinem Theater beschäftigt waren, geschlechtlich verkehrt. Dr. Sirchberg, der ein Jahr lang am Lustspielhaus des Dr. Zickel als Dramaturg tätig war, bekundete ferner: Es war allgemeines Gespräch, daß Dr. Zickel intimen Verkehr mit verschiedenen Damen unterhielt und daß dies Verhältnis für die Verteilung der Rollen maßgebend war. Auf die Frage, ob dies auch in den Räumen des Theaters vorgekommen ist, muß ich erklären: Wiederholt habe ich gesehen, daß Schauspielerinnen zum Direktor hineingingen, sich sehr lange da aufhielten und in Aufregung wieder herauskamen. Meist waren es fremde Schauspielerinnen, die sich um Engagement bewarben. Aber es waren auch einige Mitglieder des Theaters. Der Regisseur Burg erklärte mir, daß eine Probe eine Stunde aufgehalten wurde, weil Dr. Zickel eine Dame in sein Zimmer zu sich hatte heraufholen lassen. Ueber die Verhältnisse beim Lustspielhaus und über den Ton, in dem Dr. Zickel mit den Damen verkehrte, war ich, der ich damals vom Neuen Lustspielhaus kam, empört. Die Frage, ob er eine Amnistie gegen Direktor Zickel habe, beantwortete der Zeuge dahin: er könne ihn nicht achten, weil er sich von einer Schauspielerin Geld für sein Theater geben ließ.

Mehrere Weisungsanträge wurden abgelehnt und vom Gericht folgender Beschluß verhängt: Das Gericht hat sich dahin schlüssig gemacht, die Beziehungen Dr. Zickels zu Fräulein Fels, soweit sie das finanzielle Gebiet, die gegenseitigen Darlehen betreffen, und ferner alles auszuschließen, was Fräulein Berno betrifft, da diese nicht aufzufinden ist.

Nach den Votums des Vertreters des Polizeipräsidenten, Regierungsrats Berger und der Verteidiger Arthur Wolff und Dr. Frankfurter erging nach kurzer Beratung folgendes Urteil:

Der Reichshof hat die Frage, ob Direktor Zickel sich einen Mangel in sittlicher Beziehung hat zuhaken lassen können, bejahend. Hierbei hat sich der Reichshof, ohne auf Einzelheiten einzugehen, auf den Gesamteindruck gestützt, den die Verhandlung und die Persönlichkeit des Angeklagten geboten hat. Nach diesem Gesamtbild ist der Angeklagte ein Wächchen- und Frauenjäger gewesen, der die Damen seiner Bühne nicht unbeteiligt gelassen hat. Er hat mehrere Verhältnisse der Reihe nach und zum Teil auch nebeneinander gehabt. Charakteristisch ist in dieser Beziehung, wie er, wie in dem Fall Chapelle diese Verhältnisse angeht hat. Das Gericht hat der eiblichen Verbindung der Zeugen Glauben geschenkt. Bezeichnend war auch, daß er diese Verhältnisse in Theaterbureau angeht hat. Es komme hinzu der Auf, den seine Bühne gehabt hat. Es mag ja viel Klatsch gewesen sein, aber etwas Wahres wird doch daran sein. Der Auf, den er bei den Bühnemitgliedern hatte, entsprach nicht dem, den ein Theaterdirektor haben muß, um seine Autorität aufrecht zu erhalten. Demnach hat das Gericht entschieden, daß gemäß § 58 der Reichsgewerbeordnung die im April 1904 erteilte Konzession zurückzuziehen ist. Die Höhe der Kosten des Verfahrens wird auf 50 000 Mark eingeschätzt, die Kosten trägt der Angeklagte.

Die Bühnengenossenschaft hat sich unzweifelhaft durch die Einleitung dieses Verfahrens ein Verdienst erworben. Bezeichnend für den fortschreitenden Druck, unter dem eine Reihe von Schauspielerinnen sich befinden, ist der Umstand, daß in dem vor dem Bezirksauskunft nun abgeschlossenen Verfahren eine Reihe von Zeuginnen das unwürdige ihrer Beziehungen gar nicht erkannten und in ihren Aussagen hin- und hergeschwankten. Aber das, was das Gericht für erwiesen angenommen hat, reicht vollaus hin, um die Pommersche Kulturschule, unter der der Stand der Schauspieler und Schauspielerinnen so schwer zu leiden hat, zu kennzeichnen. Erfreulich wäre es, wenn die Schauspielerinnen und Schauspieler durch den Fall Zickel in stärkerem Maße noch wie bisher dazu angepeitscht würden, ihre Interessen durch Zusammenfassung in der Bühnengenossenschaft auf materiellem und sittlichem Gebiet wahrzunehmen. Die Pommersche Kulturschule ist nicht die einzige in Deutschland. Das beweist schon die außerordentliche Feindschaft, die sich die Bühnengenossenschaft seitens einer Reihe von Theaterdirektoren insbesondere durch ihr unerhördenes Vorgehen in diesem Fall zugezogen hat. Selbstverständlich sind wir weit entfernt, Moraliserer zu treiben. Aber mit aller Entschiedenheit muß in allen Arbeitsverhältnissen die Vermeidung der Ausbeutung der Arbeitskraft mit der der weiblichen Arbeit bekämpft werden. In diesen Arbeitsverhältnissen gehört die Stellung der Schauspielerin. Erbärmlich und niedrig ist die Ausbeutung der wirtschaftlichen Ohnmacht einer Angehörigen zur Vermeidung der Sinnlosigkeit ihres Arbeitgebers.

Am Wedding: Ruhe und Regen.

Im Laufe des Tages patrouillierten jetzt „nur“ noch vier, fünf Schutzleute die stille, kurze Schererstraße ab. Wo am Montag die Polizeiradfahrer, bis an die Zähne bewaffnet, postiert waren, da stand gestern nachmittags ein armer Teufel mit seinem elenden Wägelchen und hielt Kofosnüsse und Kommissbrot feil. Erst wenn die Dämmerung heranschleicht, sieht man die Beamten in größerer Zahl auftauchen. In der siebenten Abendstunde des Diensttags waren's ihrer ein Duzend, dazu ein Wachtmeister und ein junger Leutnant. Das heißt: uniformierte! Wieviel nicht-uniformierte herumlaufen, das entzieht sich der Feststellung, trotzdem sie ja nicht schwer zu erkennen sind. Jedenfalls laufen sie herum, und zwar nicht bloß auf der Straße, sondern auch in den Meisen — der eine oder der andere von ihnen für alle Fälle mit Wählvereins- oder Verbandsbuch ausgerüstet. . . .

Die Uniformierten mit ihren Revolvern wandern hin und her. Nur vor Morgensterns Laden sieht man einen Stehposten von zwei bis vier Mann, die nicht dulden, daß jemand halt macht und durch die beiden Eingänge oder durch die vier Schaufenster auf die ledere Ware lugt, die drinnen aufgespeichert liegt und nach wie vor vergebens der Käufer oder Käuferinnen harret. Die aber wollen nicht kommen — abgehen von den paar kleinen Beamtenfrauen, die (am Montag hat's ja wohl Geld gegeben) ihre paar Groschen ins Streik- und Vorkottgeschäft tragen.

Und abermals: der arme reiche Morgenstern! Wie hat ihn die Polizei, wie hat ihn Scherl in Schutz genommen, und wie wenig muß er erbaud sein von dem, was bei dieser vereinigten Schüherei herausgekommen ist!

Die liebe Polizei! Der liebe Lokalanzeiger! Man muß hören, wie der Wedding — und nicht nur die Arbeiterkassette — vom „Skandal-Anzeiger“ spricht, um zu begreifen, daß sogar Herr Morgenstern den August Scherl von sich abschüttelt und daß er erklärt, mit den Ausführungen des „Lokal-Anzeiger“ nicht einverstanden zu sein! Er will, so verlautet, eine Verichtigung los-

lassen, was zu der drohenden Situation führen würde, daß die Scherl-Schmök von der Polizei und vom Hauptbeteiligten und Hauptleidtragenden, eben Herrn Morgenstern, der Ueberzeugung und Lüge bezichtigt wären. —

Daß die geschäftige Darstellung des „Lokal-Anzeiger“ durchaus falsch ist, das geht schon aus dem Vorkant der vierzehn Zeugnisse hervor, die Herr Morgenstern am 28. Oktober den streikenden Gefellen ausgestellt hat. Da heißt es: „War in seiner Eigenschaft als Schlächter (d. h.: Zweiteigelle) ein brauchbarer Mensch.“ Oder auf drei Zeugnissen gleichlautend: „War ein fleißiger, tüchtiger Mensch.“ usw. Wo also sind die „Wassmacher“ außer in der blutrünstigen Phantasie der Scherl'schen Zutörer?

Herrn Morgensterns Verkaufspersonal in der Schererstraße hat faule Zeit. Den ganzen Tag über nichts zu tun, und abends Schlag acht Uhr Schluss! Um 1/28 schon erlöschen die vier Vogenlampen draußen, denn das elektrische Licht ist teuer, und auch einem Millionär wie Morgenstern läuft's schließlich ins Geld, wenn er Spesen über Spesen tragen muß und statt der riesigen Verdienste von früher bloß noch Verlust auf Verlust zu buchen ist.

Mit derselben Pünktlichkeit, mit der jetzt bei Morgenstern die Klappe zugemacht wird, und zur selben Stunde finden sich auch immer noch die Knäuel-Gardisten ein. Als Doppelposten verteilen sie sich an dunklen Stellen, in Rischen und Fluren: „ungenannt doch wohl bekannt!“ Oder sollte irgend ein Kind vom Wedding z. B. den „Schah von Persien“ nicht kennen? Ihn, dem es nicht vergönnt ist, die blaue Uniform zu tragen, und der nun wenigstens mit der blauen Zivilmütze und in blauem Wäschezeug Dienst macht!

Um 1/29 Uhr liegt die Schererstraße still und finster wie in — Friedenszeiten. Der Strippenregen aber rieselt hernieder auf Gerechte und Ungerechte, anständige Strohhäupter und Spindel-

lassen werden. Das ließen jedoch die übrigen Kollegen nicht zu und legten die Arbeit nieder. Herr Morgenstern hat bis jetzt diesen Lohn noch nicht gezahlt und wird erst durch das Gericht dazu gezwungen werden müssen.

Die Leben und Gesundheit der Angestellten bei der Firma Morgenstern bewertet werden, zeigt der Umstand, daß noch nicht einmal Verbandszeug vorhanden ist trotz der geschlichen Vorkehrung. Es ist geradezu freivol, wenn in einem Geschäft, wo 20 und mehr Personen mit scharfem und gefährlichem Handwerkszeug arbeiten müssen, nichts für event. Unfälle vorhanden ist.

Die „Allgemeine Fleischer-Zeitung“, das Organ der reaktionären Fleischermeister, veröffentlicht in der letzten Nummer die Namen aller Streikenden mit der löblichen Absicht, dieselben zu brandmarken, damit dieselben bei den Stellenvermittlern keine Arbeit erhalten sollen. Ferner warnt sie die übrigen Fleischermeister davor, mit dem sozialdemokratischen Zentralverband irgendwelche Abmachungen zu treffen. Derselbe binde sie an Händen und Füßen und wolle sie nur vernichten. Nun, die Organisation wird noch manchen Fleischermeister zur Anerkennung ihrer Forderungen befehlen.

Wie uns weiter mitgeteilt wird, beabsichtigt die Firma Morgenstern, die Filiale in der Schererstraße unter einer anderen Firma weiterzuführen. Zu dem einzig vernünftigen Gedanken, die Forderung der Streikenden anzuerkennen, kann sich die Firma vorläufig noch nicht entschließen. Die Streikenden hielten nach wie vor treu zusammen.

Zentralverband der Fleischer. Ordoverwaltung Berlin.

Parteiarbeit.

Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren, der durch kleine Bezirksvereine seine Mitglieder zu schulen und zu belehren bestrebt ist, hat in den letzten Beirathungen allein 64 Aufnahmen für den Wahlverein und eine größere Anzahl „Vorwärts“-abonnements als Erfolg zu verzeichnen.

Bekanntlich haben die Bäcker eine Zahlstelle im 6. Wahlkreis, weil sie als Nacharbeiter zum größten Teil die Zahlabende nicht besuchen können.

Achtung, Glaschleifer! Bei der Firma E. Schmidt, Gentiner Straße 3, sind am Sonnabend, den 28. Oktober, sämtliche Kollegen entlassen worden, weil sie sich weigerten, die Werkstelle in Afford zu übernehmen. Da unser Tarifverhältnis keine Affordarbeit zuläßt, welche von der Kommission nicht festgesetzt ist, so liegt hier offensichtlich Mißregelung vor und bleibt die Firma bis zur Regelung der Sache für Glaschleifer, Polierer und Beleger gesperrt.

Die Ortsverwaltung.

Gärtner, Gartenarbeiter, Stummengeschäftsbegleitende. Eine äußerst günstige Entwicklung hat in diesem Jahre die Ortsverwaltung Groß-Berlin des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins zu verzeichnen. Am Jahresbeginn waren 1078 Mitglieder vorhanden. Diese Zahl stieg beim Abschluß des 1. Quartals auf 1210, im 2. Quartal auf 1411 und betrug im 3. Quartal 1402. Der kleine Rückgang der Mitglieder im dritten Quartal ist auf die jedes Jahr eintretende Arbeitslosigkeit zurückzuführen. Besonders ist die günstige Entwicklung im Marktenverkauf (Wochenbeiträge) zu erkennen. Dieser betrug im 1. Quartal 11 977, im 2. Quartal 14 342 und im 3. Quartal 16 812 Markten. Um nun unter der immerhin noch erheblichen hohen Zahl der Unorganisierten neue Mitglieder zu gewinnen, veranstaltete der Allgemeine Deutsche Gärtnerverein in der Zeit vom 1. bis 12. November in Groß-Berlin 50 Agitationsversammlungen. In allen diesen Versammlungen wird über das gleiche Thema: „Was steht bevor? Küßt Euch!“ gesprochen werden.

Herr Lehmann, Besitzer des Wafsch- und Plättgeschäfts im Keller Auguststr. 20, bietet uns mitzuteilen, daß sich Friedrich Hünke oder richtiger Hinz mit seinem Wissen zurzeit nicht bei ihm aufhalte. Derselbe habe vor 1 1/2 Jahren bei ihm gewohnt, sei dann von ihm abgemeldet worden. Ihm war er als Arbeiter bekannt. Was er im besondern trieb, wußte er nicht. Angehlich soll Hinz zurzeit in Allenstein dienen. All den bekannten Taten des Hinz oder Hünke standen jedenfalls Herr Lehmann und seine Familie fern.

Deutsches Reich.

Der Kampf der Schuhmacher in Dresden.

Das Schiedsgericht der Schuh- und Schäftefabrikanten hat das Vorgehen der Schuhfabrikanten gebilligt und sich dahin ausgesprochen, daß, wenn die Arbeiter nicht bis Donnerstag früh die Arbeit aufnehmen, eine allgemeine Aussperrung durchgeführt werde.

Eine wohlverdiente Lektion.

Welch nachhaltigen Einfluß ein Streik auf das Geschäftsergebnis eines industriellen Unternehmens auszuüben vermag, erhellt so recht aus dem diesjährigen Abschluß der Hannoverischen Wollfabrik, Hannover-Binden. Im vorigen Sommer brach unter dem Leitungspersonal dieser Fabrik ein Streik aus, der infolge der schroff ablehnenden Haltung der Direktion mehrere Wochen währte und so erbittert geführt wurde, daß sich die organisierte Arbeiterkassette entschloß, die Wollereiprodukte der Wollfabrik zu boykottieren. Dieses Vorgehen hat der Gesellschaft, die zum Teil aus Arbeiterkassette angegliedert ist, starken Abbruch getan. Obwohl die Einnahme auf Fabrikationskonto von 198 491 M. im Vorjahre auf 179 593 M. zurückgegangen ist, haben sich die Unkosten der Fabrikation von 180 064 M. auf 161 248 M. erhöht. Also auf der einen Seite ein starkes Herabgehen der Ein-

nahmen und auf der anderen Seite eine wesentliche Steigerung der Unkosten. Ebenso scharf treten die Wirkungen des Streiks in dem Reingewinn hervor, der 31 708 M. beträgt gegen 41 633 M. im Vorjahre. Dementsprechend ist auch die Lantieme niedriger bemessen. Ganze 3328 M. können hierzu verwendet werden, während noch im Vorjahre 6978 M. gezahlt wurden. In die „armen“ Aktionäre gelangen als Dividende nur 13 500 M. = 6 Proz. (des Aktienkapitals von 225 000 M.) zur Ausschüttung gegen 18 000 M. = 8 Proz. im Vorjahre.

Dieses Ergebnis wird der Direktion wohl zu denken geben und ihr ein Anlaß sein, sich fernerhin berechtigten Forderungen ihrer Arbeiter gegenüber anders zu verhalten.

Der Staatsanwalt und die bürgerlichen Handlungsgesellen.

Der antifeminitische Deutschnationale Handlungsgesellenverband in Hamburg hat den Staatsanwalt auf einige Angestellte des Verbandes deutscher Handlungsgesellen zu Leipzig und des Vereins für Handlungskommiss von 1858 gehebt. Diese Sünder haben nämlich von einem ehemaligen deutschnationalen Angestellten vertrauliche Druckschriften gekauft, an denen sich der antifeminitische Verband das Eigentumsrecht vorbehalten hatte. Und das ist sehr schlimm für die Antifeminiten, denn ihr vertrauliches Druckschriftenmaterial kann das Licht der Öffentlichkeit absolut nicht vertragen. Schon im vergangenen Jahre hat der Zentralverband der Handlungsgesellen und -Geheulinnen in der Broschüre: „Zur Kritik der Handlungsgesellenbewegung und ihrer Literatur“ ein ganzes Paket deutschnationales Geheimmaterial veröffentlicht, das aus den dreifachen Fälschungen und Verleumdungen bestand. Man kann sich den Schreden der Antifeminiten denken, daß nun noch mehr von ihrem Vagenmaterial an einige bürgerliche Handlungsgesellenverbände gekommen war. Nun entrußt sich der Deutschnationale Handlungsgesellenverband über seine Gegner, die sich nicht scheuen, sein vertrauliches Material zu erwerben und davon Gebrauch zu machen. Aber diese gut gespielte Verurteilung wird den Antifeminiten nichts helfen, und auch der Staatsanwalt wird ihren üblen Ruf nicht bessern. Die Sympathie der Öffentlichkeit ist, wie in ähnlichen Fällen, auf seinen deret, die den antifeminitischen Korruptionsherd aufgedeckt haben.

Ein Unternehmer beim Lügen ertappt.

Der Bezirksunternehmerverband für das Tabalgewerbe Baden und der Pfalz gibt offiziell bekannt, daß er den Beschluß, die Tabalarbeiter im Bezirk Heidelberg auszusperrn, bis die Differenzen mit der Firma Mertens in Cleve (Rhd.) und in Rio Loth bei Heidelberg beigelegt sind, aufgehoben hat, nachdem sich herausstellte, daß die Firma Mertens in einem Bericht an den Arbeitgeberverband bei acht Zigarrensorten die bisher gezahlten Löhne um 10 bis 50 Pf. höher angegeben, als sie in Wirklichkeit ausbezahlt. Die Firma hat die falschen Angaben wohl nur deshalb gemacht, um den Arbeitgeberverband für die Durchführung der Aussperrung zu gewinnen. — Der Streik dauert fort.

Der Arbeitgeberverband in der Bijouterieindustrie Forstheim beschloß Montag die Aussperrung aller Arbeiter, da die Seitenmacher, die in eine Lohnbewegung eingetreten sind, ihre Forderungen aufrecht erhalten. Angebotene Verhandlungen wurden von den Unternehmern abgelehnt. Die Aussperrung würde erst nach Ablauf der Kündigungsfrist, am 19. November, in Kraft treten.

Ausland.

Gepäckträgerzustand in New York.

„Daily Telegraph“ meldet aus New York: In New York allein sind 12 000 Gepäckträger ausfindig, gegen die 7000 Säuhleute aufgebieten sind. Gestern wurden Arbeitswillige von Streikenden angegriffen. Es wurde geschossen, und die berittene Polizei ging gegen die Menge vor. Mehrere Bureauangestellte haben sich den Aufständigen angeschlossen.

Gerichts-Zeitung.

Verfängnisbuchsteherei.

Wegen Versteckung hatte sich der frühere Giltgefängnenaufsicher Adolf Scholz vor der zweiten Strafkammer am Landgericht 12 zu verantworten. Sch., der als „Afrikaner“ den Zivildienstverpflichtungen entgehen wollte, war kurze Zeit als Giltgefängnenaufsicher in Königsberg i. Neumark beschäftigt; er kam im März 1910 in gleicher Eigenschaft nach Rügen. Anfang April hatte der Kaufmann Siegfried Herzberg eine längere Strafe im dortigen Gefängnis zu verbüßen. Da man ihn beim Antritt der Strafe keine Versteckung abgenommen hatte, so bat er den Scholz, der den Dienst als Nachaufseher verlor, ihm doch Zigaretten, Bier, Wurst und andere Lebensmittel von seiner (Herzbergs) Frau, der Tochter des Gastwirts Junghaus zu holen. Scholz ging erst nicht darauf ein; tat es aber später doch. Er besuchte dann in Uniform die Gastwirtschaft der Junghaus'schen Eheleute. Von der Tochter Marie erhielt Scholz Lebensmittel, die er an Herzberg abließerte. Frau Junghaus hatte ihm im Lokal Bier und Zigaretten zu seinem eigenen Bedarf gegeben; Frau Junghaus hatte der Frau des Scholz ein Paket geschickt. Bei einer Revision im Gefängnis wurde ein Brief des Herzberg an seine Frau gefunden und dem Direktor des Gefängnisses, Amtsgerichtsrat Rind, übergeben. Bei der stattgefundenen Untersuchung kam heraus, daß Scholz den Briefverkehr zwischen Herzberg und Frau Junghaus vermittelt. Vor Gericht war Scholz geständig. Er erklärte, bei einem Monatsgehalt von 96 M. habe er seine aus vier Personen bestehende Familie nicht auf legale Weise ernähren können, stellen hätte er nicht wollen, und so sei er der Verführung unterlegen. Neben Scholz hatten sich noch der Kaufmann Herzberg wegen Versteckung, die Luise und Marie Junghaus und Frau Scholz wegen Beihilfe zur Versteckung zu verantworten. Herzberg gestand, Nahrungsmittel von Scholz durch Vermittlung der Frauen Junghaus erhalten zu haben, was diese auch bestätigten. Die Ehefrau Scholz will im Glauben gewesen sein, daß das Paket von einem Unternehmer, den im Gefängnis arbeiten lasse, herüber. Das Gericht sprach Frau Scholz frei, erkannte gegen Scholz auf 1 Monat Gefängnis, Herzberg kam mit 2 Wochen davon, während die Frauen Junghaus je 20 M. Geldstrafe erhielten.

Letzte Nachrichten.

Raffenerkrankung in einem Regiment.

Stuttgart, 1. November. (W. Z. N.) Wie der „Schwäbische Merkur“ aus Ludwigsbafen meldet, sind bei der ersten Abteilung des viernten Württembergischen Feldartillerieregiments Nr. 65 neunundzwanzig Mann infolge Genusses verdorbenen Lebensmittels an Durchfall und Fieber erkrankt und ins Lazarett gebracht worden.

Strandgut des „Bille de Roddefort“.

Lorient, 1. November. („Frei-Telegraph“.) Das aufgeregte Meer treibt die Leichen und Trümmer des kürzlich vor Lorient gesunkenen Dampfers „Bille de Roddefort“ an Land. Bislang konnten der Maschinist und der Koch identifiziert werden. Randalbente bewachen die ans Land getriebenen Rippen, um sie späterhin den Eigentümern zustellen zu können. Mehrere Fischer, die sich Strandgut anzueignen versuchten, wurden verhaftet.

Der Bergarbeiterzustand im südlichen Wales.

Gardiff, 1. November. (W. Z. N.) Der Zustand der Bergleute in den Kohlenbergwerken des südlichen Wales gewinnt immer größere Ausdehnung. Allem Anschein nach wird das ganze Kohlenbeken, in dem gegen 200 000 Bergleute beschäftigt sind, in Mitleidenschaft gezogen werden.

Gewerkschaftliches.

Der Achtstundentag in einem Berliner Bäckereibetrieb!

Einen schönen Erfolg hat nach mehrjährigem Kampfe der Verband der Bäcker und Konditoren in der Schwarzbrot-, Pumpernickel- und Simonsbrotfabrik von Heinrich Wittler, Marxstraße 7 zu Berlin, errungen. Die Firma hat seit Sonntag, den 9. Oktober, für ihre Bäckerei

den Achtstundentag

eingeführt!

Anlässlich des letzten Lohnkampfes im Bäckergewerbe vor drei Jahren kam es durch das Treiben der Zmungscharfmacher auch bei dieser Firma, deren Fabrik damals sich Müllerstraße 33 befand, zu Differenzen. Die Arbeiter traten, um ihrer Entlassung zuvorzukommen, in den Ausstand. Gleichzeitig wurde der Vorkott über die Produkte der Firma verhängt. Der Kampf verlief jedoch ergebnislos; Wittler strengte sogar gegen den Bäckerverband und einige Arbeiter eine Entschädigungssklage an, und lange Zeit war es der Organisation unmöglich, in dieser Fabrik wieder Eingang zu finden. Erst in diesem Sommer sah die Organisation wieder festen Fuß, und seit etwa drei Monaten sind die Bäcker bei Wittler wieder sämtlich organisiert.

Nun kam es zu neuen Verhandlungen mit der Firma, die zunächst zur Zurückziehung der noch schwebenden Entschädigungssklage und schließlich zum Abschluß eines Tarifvertrages führten. Durch letzteren ist vom Sonntag, den 9. Oktober ab der Achtstundentag im Betriebe zur Einführung gelangt!

Daneben wurden noch andere Zugeständnisse gemacht, wie: Achtstündige Arbeitswoche, Bezahlung der Ueberstunden, und was besonders hervorgehoben werden muß, Gewährung von Sommerferien, und zwar nach einjähriger Beschäftigungsdauer drei Tage, nach drei Jahren acht Tage und nach zehnjähriger Beschäftigungsdauer vierzehn Tage, unter Fortzahlung des Lohnes.

Im gesamten Berliner Bäckergewerbe ist der Betrieb von Heinrich Wittler der erste, der den Achtstundentag eingeführt hat.

Nirgends sonst, selbst nicht in den bestehenden Genossenschaftsbäckereien war es bis jetzt möglich, den Achtstundentag einzuführen. Auch die Sommerferien sind — wenn man von den Genossenschaftsbäckereien, die diese auch gewähren, absehen — außer bei Wittler nur noch in einem Privatbetrieb tariflich anerkannt.

Dieser Erfolg dürfte zweifellos bahnbrechend sowohl auf die Einführung des Achtstundentages, als auch der Gewährung von Sommerferien wirken, und es steht zu erwarten, daß andere Großbetriebe bald folgen werden.

Es verdient anerkannt zu werden, daß die Firma bestrebt war, durch möglichstes Entgegenkommen die Verhandlungen mit der Organisation und ihren Arbeitern zu fördern und den Tarif zum Abschluß zu bringen.

Damit sind die Differenzen, die zwischen dem Zentralverband der Bäcker und der Firma Schwarzbrot-, Pumpernickel- und Simonsbrotfabrik Heinrich Wittler, Marxstraße 7 über drei Jahre bestanden haben, endgültig erledigt, und die Arbeiter haben einen schönen Erfolg zu verzeichnen.

Berlin und Umgegend.

Zur Aufklärung.

In der reaktionären Presse Berlins wird die Mär verbreitet, daß ein Gefelle drei Montage „blau“ gemacht habe und am vierten Montage trotz Warnung auch gefeiert habe, worauf die Firma Morgenstern die Bezahlung des Lohnes für diesen Tag verweigert habe. Hierauf hätten sämtliche Gefellen die Arbeit niedergelegt.

Wie erklären hierzu, daß dieses Schwundel ist. In Wirklichkeit hat sich der Fall folgendermaßen gezeigert: Am Sonntag, den 28. Oktober, ließ sich ein Gefelle wegen Unwohlsein entschuldigen, trat aber am Montag, den 29. Oktober, wieder pünktlich zur Arbeit an. Für die veräumte Sonntagsarbeit zog die Firma dem Gefellen 3,35 M. ab. Als dieser seinen verdienten Lohn forderte, wurde er hinausgewiesen. Auch dem Organisationsvertreter erklärte man, den Lohn nicht bezahlen zu wollen. Bemerkte sei, daß nach § 105 der Reichsgewerbeordnung die Firma nicht berechtigt ist, jeden Gefellen Sonntags zu beschäftigen, sondern denselben jeden 2. Sonntag 24 oder jeden 3. Sonntag 36 Stunden freizugeben hat. Es wäre sehr gut, wenn die Polizeibehörde, die ja überflüssige Beamte genug hat, darauf achten würde, daß die Fleischermeister die zum Schutz der Gefellen erlassenen Gesetze einhalten müssen. Bis heute kümmert sich kein Fleischermeister und keine Polizeibehörde darum. Zur Strafe für sein nach Herrn Morgensterns Meinung unbotmäßiges Verhalten sollte nun dieser Gefelle sowie ein anderer, der für den Kollegen eingetreten war, ent-

Prozeß Bruhn und Genossen.

Ob der Reichstagsabgeordnete Bruhn wegen Erpressung verurteilt werden wird, interessiert nach dem Lauf der Verhandlungen weit weniger als: weshalb er nicht verurteilt werden wird. Nach der Rechtsprechung begeht eine Erpressung: wer um sich einen Vermögensvorteil, auf den er keinen Anspruch hat (also z. B. Inserate) zu verschaffen, einen anderen durch Drohung zu einer Handlung (Inseratenaufgabe) nötigt. Bruhn hat selbst zugeben müssen, daß er es als etwas für die bürgerliche Presse Selbstverständliches ansieht, daß man selbstverständlich gewisse Rücksichten auf Inserate nimmt und nehmen muß. Er hat nach seinem Geständnis Annoncen — in einem Falle sogar gegen fast vierfach höhere Vergütung als sonst bei ihm üblich — von Warenhäusern usw. aufgenommen, die er grundsätzlich bekämpfen zu wollen vorgibt und hat es als selbstverständlich bezeichnet, sich bei den Großinfernenten vor einem ihnen unangenehmen Angriff zu erkundigen, denselben Großinfernenten über den er, wie er zugibt, früher teilweise erfundene herabsetzende Nachrichten verbreitet hat. Ob das nicht nur ein schmutziges, geldgieriges Verhalten, ein „Schachern mit Prinzipien“ ist, sondern auch ein strafbarer Erpressungsversuch, wird Sache der Entscheidung des Gerichts sein. Das Bestreben des Angeklagten und seiner Verteidiger, eine vereinbarte Antwort zu erhalten, führte sie dazu, darzulegen, daß die gesamte nationale und auch die liberale Presse ebenso schmutzig wie der Angeklagte verfähre. Der Nachweis kam die sozialdemokratische Presse nur freuen.

Die Erpressungsversuche der „Wahrheit“ würden zu einer vollendeten Erpressung, wenn der Inserent zur Aufgabe der Inserate sich durch die Anwürfe der „Wahrheit“ hat bewegen lassen. Da ist die Stellung der verschiedenen Warenhäuser zu Bruhn interessant. Wertheim, meint er, sei zu groß geworden: vor der Macht dieses Großen beugt er sich. Er fühlt aus dem Verhalten Wertheims so etwas wie „lah der Hund den Mond anbellern“ heraus. An Tiez traut er sich heran. Der nimmt den Bruhn aber sofort da, wo er empfindlich ist, an seinem Geldbeutel. Eine Schadenersatzklage in Höhe von 50 000 M. ist die Antwort von Delar Tieg auf einen Artikel der bekannten Art in der „Wahrheit“. Flugz klappert Bruhn zusammen: er verpöchtigt sich gerichtlich, bei Vermeidung von 1000 M. nicht mehr unangenehme Artikel gegen Tieg zu bringen. Inserate erhält er von Tieg auch nicht; Tieg macht vielmehr ernst, als abermals in der „Wahrheit“ Unwahrheiten gegen ihn verbreitet werden, und läßt 1000 M. gegen Bruhn sechsen und einstreifen. Vollendete Erpressung gegen solche Warenhäuser kann nicht begangen werden, weil ihnen die „Wahrheit“ zu niedrig steht, um sie einzuschüchtern. Steht es mit Jandorf anders? In der gestrigen Verhandlung bekundete dieser, er habe sich zu den Inseraten nicht durch die Furcht vor Angriffen bestimmen lassen, freilich habe er angenommen, Angriffe gegen ihn würden ihm erst zu einer eventuellen Entgegung vorgelegt werden. Ob danach im Fall Jandorf vollendete Erpressung vorliegt, mag für jetzt dahingestellt bleiben. Gestern war das Belastendste gegen Bruhn die Auslassung des Zeugen Jacobsohn. Er, nicht Jandorf, ist auf die Idee gekommen, in der „Wahrheit“ inserieren zu lassen, um in der Zukunft Jandorf vor Angriffen in der „Wahrheit“ sicher zu stellen. Eine dahingehende stillschweigende Abrede mit Bruhn bekundete er auch. Sofort wurde das schärfste Geschick gegen den Zeugen aufgeföhrt: er sei „mefchugge“, sei in einem „Sanatorium“ u. dgl., sowie gegen die Fragen zu verlangen, die nach seinem Verkehr bei Nacht forschten. Solche Fragen ohne jede Unterlage zu veranlassen, sieht Erpresser- und Vandalenmoral sehr ähnlich, die den Zeugen mit den größlichsten Angriffen überhäuft, der etwas zu bekunden vermag, was den Angeklagten belästet.

ein Recht auf Schutz des Gerichts gegen Insinuationen wie: er sei „mefchugge“, sei in einem „Sanatorium“ u. dgl., sowie gegen die Fragen zu verlangen, die nach seinem Verkehr bei Nacht forschten. Solche Fragen ohne jede Unterlage zu veranlassen, sieht Erpresser- und Vandalenmoral sehr ähnlich, die den Zeugen mit den größlichsten Angriffen überhäuft, der etwas zu bekunden vermag, was den Angeklagten belästet.

Für die Verhältnisse der bürgerlichen Presse ist die Mitteilung in der gestrigen Verhandlung interessant: Eduard Goldbeck war Leitartikler für die „Wahrheit“. Bruhn verrät das Redaktionsgeheimnis, weil der Mann, der bei ihm soviel verdient habe, ihn jetzt angreift. Wer ist Eduard Goldbeck?

Herr Goldbeck ist preussischer Leutnant a. D. und wurde dann Schriftsteller. Im Jahre 1895 schrieb unser Genosse R. Krafft seine Broschüre „Glänzendes Elend“, in der er die Zustände im deutschen Offizierkorps einer durchaus sachlichen Kritik unterzog. Plugs setzte sich Herr Goldbeck auf die Fersen und gab eine Gegenbroschüre heraus, die den Titel trug: „Glänzendes Elend?“ Dasselbe Schauspiel wiederholte sich, als Krafft in einer weiteren Broschüre die Lage der Unteroffiziere und Mannschaften schilderte. Ihr folgte sofort eine Broschüre von Goldbeck „Kasernenzucht“, worin er voll des Lobes war für unsere deutschen Kasernenzustände. So schrieb der Herr unter anderem: „und ebenso gilt es für die Armees, daß Knoppspuh, Parade-marsch und der Fall von Paris in innerem Zusammenhang stehen. Ich bin für Drill und Erziehung und habe damit den alten Kaiser Wilhelm auf meiner Seite.“ Dieser Drillmann und stramme Monarchist ging dann später zur Opposition über und schrieb radikal, demokratischnaubende Artikel in der demokratischen Presse, auch gab er eine Broschüre heraus, „Der Henker Drill“, in der er seine früheren Ansichten über den Drill über Bord warf. Hier gab auch Herr Goldbeck zu, daß er selbst Zeuge von nichtwürdigen Soldatenmishandlungen war, und zeigte somit am schärfsten den Gegensatz zu seinen früheren Anschauungen. Im Jahre 1897 schrieb Krafft eine neue Broschüre: „Fürnehmer Geist“, die sich gegen die Offizierschrengerichte wandte. Sofort war auch Herr Goldbeck wieder auf dem Plane mit einer Gegenschrist, die er an die Geheimkanzlei des Prinzregenten von Bayern schickte, wofür der lokale Mann auch ein gnädiges Anerkennungs schreiben erhielt. In derselben Zeit war Herr Goldbeck aber auch Mitarbeiter am bösen „Simplicissimus“, und jetzt — nach den obigen Mitteilungen braucht man nicht mehr zu staunen — finden wir diesen entwidlungsfähigen Herrn im „Wahrheits“-prozeß als Leitartikler der „Wahrheit“.

Der Mann hat zweifellos noch eine Zukunft. Seine Wandlungsfähigkeit ist für die Gefinnungstüchtigkeit der bürgerlichen Presse bezeichnend.

7. Verhandlungstag.

Bei Eintritt in die Verhandlung gibt Landgerichtsrat Lampe folgende Erklärung ab: „Bevor wir in die Verhandlung eintreten, teile ich mit, daß mir ein Brief zugegangen ist, der von dem Verfasser mit seinem vollen Namen unterschrieben worden ist. Der Verfasser, dessen Namen ich nicht nennen will, macht darauf aufmerksam, daß in der „Morgenpost“ vom Sonnabend ein Artikel gestanden habe, in welchem die Prozeßführung als eine „falsche“ bezeichnet wurde und ferner behauptet wurde, daß die Verhandlung durch Schuld der Prozeßleitung ins Durcklose anbrachte. In dem Briefe wird auch der Name des Artikelschreibers genannt, welcher hier als Zeuge aufgetreten sein soll. Ich lasse mich auf derartige Sachen grundsätzlich nicht ein, möchte die Sache aber doch hier etwas niedriger hängen. Das Urteil über die Prozeßführung überlasse ich denjenigen, von denen die Entscheidung in diesem Prozesse abhängt.“

Goldbeck und die „Wahrheit“.

Rechtsanwalt Wederer: Ein neu erschienenes Montagblatt behauptet in der letzten Nummer, daß ich hier gesagt hätte, daß die Berliner Presse käuflich sei. Ich habe dies nicht gesagt, sondern nur gesagt, daß es der allgemein üblichen

Courtoisie entspricht, daß man auf Großinfernenten Rücksicht nimmt. Derselbe Artikel tut so, als ob Bruhn sich hinter Goldbeck verstecken, d. h. den Schmutz auf die Schultern Goldbecks abwälzen will und Goldbeck nur ein paarmal für die „Wahrheit“ geschrieben habe und zwar „nicht ohne Dankschube“. Herr Goldbeck hat vom 3. November 1906 bis zum 1. September 1907 insgesamt 46 Leitartikel und 90 andere Artikel geschrieben und dafür ein Honorar von insgesamt 2570,00 M. von der „Wahrheit“ erhalten. Herr Goldbeck ist jetzt eine Säule der linksliberalen Journalistik. — Angekl. Bruhn: Ich habe Herrn Goldbeck hier nicht genannt, sondern Herr Weber. Goldbeck hat für eine wöchentliche Arbeitszeit von 3—4 Stunden insgesamt über 2500 M. von mir erhalten. Wenn er auch für Blätter anderer Richtung geschrieben hat, so mag er sich wohl gesagt haben: „Drot schmeckt süß“. Zu mir hat er gesagt: Ich stehe mehr links, werde mich aber bei Ihnen vielleicht mehr nach rechts entwickeln. Herr Goldbeck gilt als ein Mann, der etwas kann und als angesehener Journalist. Daß er auch für den Ulstein-Verlag und für die „Welt am Montag“ geschrieben, kann er mit sich selbst abmachen. Für mich hat er jedenfalls national geschrieben. Der Artikel „Eduard am Trapez“ rührt von Herrn Goldbeck her.

Ein Zeuge hat die Pfahlfurcht.

Von dem als Zeugen geladenen Fabrikbesitzer Karl Hinge ist ein Telegramm eingegangen, wonach er krankheits halber nicht erscheinen kann. Es kommt zur Sprache, daß der Zeuge an der Pfahlfurcht leiden soll. Der Gerichtshof beschließt, den Medizinalrat Dr. Hoffmann zu beauftragen, festzustellen, ob der Zeuge nicht in der Lage ist, an Gerichtsstelle zu erscheinen; weitere Beschlußfassung über etwa zu ergreifende Maßnahmen behält sich der Gerichtshof bis nach Eingang des ärztlichen Gutachtens vor. Es wird hierauf in die Verhandlung des

„Falles Jandorf“

eingetreten.

Der Zeuge Hugo Jacobsohn genannt Jandorf bekundet folgendes: Ich verkehrte früher viel in dem Café Westmünster, da ich unter den Linden meine Bureau habe. Eines Tages wurde vor dem Café ein Artikel gegen Jandorf ausgerufen. Ich äußerte schon damals: Wenn wir in England oder Amerika wären, könnte so ein Sauftrank nicht passieren. Ich sagte deshalb zu einem Bekannten, daß ich den Herrn Jandorf gern einmal kennen lernen möchte, um ihm einen Rat zu geben, wie er diese Angriffsartikel von sich abwenden könne. Ich hatte dabei die Nebenabsicht, Herrn Jandorf, der große Feste gibt, Wein zu verkaufen. Die Herren Verteidiger waren ja gestern auch schon so lebenswürdig, für mich hier Bekanntschaft zu machen. (Heiterkeit). — Der Zeuge schildert dann sehr weitläufig, wie er die Bekanntschaft des Herrn Jandorf und später der Angeklagten Wilhelm Bruhn und Weber gemacht hatte, und fährt fort: Ich habe mich dann in der Wüste eines Annoncenakquisiteurs in die Redaktion der „Wahrheit“ eingeschlichen und mit Bruhn in Berliner Mundart gesprochen, so daß dieser von mir nicht den Eindruck eines Gentleman erhielt, sondern einen gewöhnlichen Inseratenagenten vor sich zu haben glaubte. Ich fragte Bruhn: Ich kann Ihnen Inserate bringen, darunter auch große vom Kaufhaus des Westens, vor allen Dingen aber muß ich wissen, was ich dabei verdienen kann? Ich sagte weiter: Ich kann Ihnen Inserate bringen von Warenhäusern, aber unter der Bedingung, daß Sie nicht gegen das Kaufhaus des Westens und Jandorf schreiben werden. — Der Zeuge erzählt, daß Bruhn ihm gesagt habe, er habe auch gar keine Veranlassung, gegen die Warenhäuser zu schreiben. Dann erzählt er von einer angeblichen Schaderzene, die „intra muros“ (innerhalb der Mauern), aber doch in Gegenwart von Weber stattgefunden und den Zweck gehabt habe, ihm von seiner ehrlich verdienten Provision etwas abzuknapsen. — Der Zeuge spricht so schnell, daß der Vorsitzende ihn auffordert, langsamer und deutlicher zu sprechen; er hebt auch wiederholt seine Eigenschaft als guter Jude hervor, für den es nicht sehr angenehm gewesen sei, zu einem so entragierten Antisemiten zu gehen, aber business is business (Geschäft ist Geschäft). Er erzählt weiter, daß ihm Wehlen und andere schon gewarnt hätten, bei Bruhn in Geldangelegenheiten recht vorsichtig zu sein. Bruhn habe nun allerdings weder direkt noch indirekt gesagt, daß er nun gegen die Warenhäuser Schweigen wolle, so dumm ist kein Mensch und am wenigsten Herr Bruhn. Aber jeder, der zu hören versteht, konnte

Kleines Feuilleton.

Wie Henri Dunant das Rote Kreuz begründete. Henri Dunant, der nun am Sonntagabend zur Ruhe eingegangen ist, hat sich ein unvergängliches Verdienst um die Menschheit dadurch erworben, daß er den entscheidenden Anstoß zur Begründung des Roten Kreuzes gab. Sein Buch: „Eine Erinnerung an Solferino“, das 1862 erschien und überall die Gemüter tief ergriff, trat mit leidenschaftlicher Begeisterung für die im Kriege Verwundeten ein, deren Leiden und Qualen durch eine internationale Verbindung gelindert und geheilt werden mußten. Was damals noch vielen als die unausführbare Idee eines Schwärmeres erschien, dafür wirkte Dunant dann unerwähnt weiter, und so war denn der Genfer Kongreß von 1863 und die endgültige Festlegung der Genfer Konvention 1864 hauptsächlich sein Werk. Auf den Schlachtfeldern von Solferino wurde Dunants von echter Humanität getragener Plan geboren. Wie er es selbst in ergreifender Form geschildert hat, erweckte das grauenvolle Elend, das sich auf dem mit Verwundeten besäten Schlachtfeld vor ihm anbot, in ihm den brennenden Wunsch, zu helfen, so weit dies der Einzelne vermöge. In Castiglione, wohin die Hauptmasse der Verwundeten gebracht worden war, fehlte jede Pflege für die Unglücklichen, jede Organisation, die sich der vor Durst und Schmerzen Verkommenden angenommen hätte. Dunant gelang es, aus den Häusern, in denen er um Hilfe suchte, eine Anzahl von Frauen zusammenzubringen. Mit dieser kleinen Hilfsarmee eilte er zu einer Kirche, wo 500 Soldaten auf Stroß abgeduldet waren, Freund und Feind, verbunden durch das gleiche Geschick. Dunant und seine Helferinnen reichten ihnen, was sie haben, Strohstrahlen, die bei keinem Schaulustigen fehlen, holen Wasser herbei; indes werden aus den Häusern Weizen, Speisen, Wein zugebracht; was an Leinwand noch aufzutreiben, wird verwendet, die Wunden werden gewaschen, natürliche Verbände angelegt, aus Predica Arzeneien herbeigeschafft. So ging es mehrere Tage, bis die Hilfe in geordnete Bahnen gelenkt war. Unauslöschlich blieben diese Erinnerungen in Dunants Herz eingegraben. Er setzte es sich zum Ziel seines Lebens, mit seiner ganzen persönlichen Hingebung und unermüdeten Ausdauer für eine Besserung des Loses der im Kriege Verwundeten zu wirken. Dunant war die Seele der Genfer gemeinnützigen Gesellschaft, die die Propaganda für eine internationale Regelung der freiwilligen Krankenpflege in Kriege in die Hand nahm und die von allen europäischen Großmächten befristete Vorkonferenz zur Feststellung eines vorläufigen Entwurfs einberief. Dunants Gedanken einer allgemeinen Organisation waren es, die hier Geltung erhielten, und in der endgültigen Regelung der Genfer Konvention von 1864 drangen auch keine weiteren Ideen durch, die Neutralität der Verwundeten und die Neutralität des Sanitätsdienstes im Felde. Als gemeinsames Erkennungszeichen wurde das rote Kreuz im weißen Felde gewählt. So entstand aus dem Blute von Solferino das Rote Kreuz.

Das Allerseelenbrot. Das Allerseelenfest am 2. November, das dem Andenken der Toten gewidmet ist, bringt auch allerlei

Sitten und Gebräuche aus der Geschichte des Gräberfeldes in Erinnerung, die mit diesem Tage verknüpft sind. Ein uralter Brauch, der auch heute noch hier und da gelbt wird, ist die Darbringung des Allerseelenbrotes, die aus dem in allen Religionen vorhandenen Totenopfern herzuleiten ist. Die Reinkraft des Getreideferns, die als etwas nahezu Unvergängliches erscheint, ist schon früh zum Sinnbild einer über das Grab hinaus reichenden Fortdauer des Lebens erhoben worden; Ackerbau treibende Völker, die Ägypter und andere Völker des Orients wie auch die alten Germanen gaben daher Korn oder Brot den ewigen Schläfern zur innerwährenden Speise mit in die Gräber. Dieses von den alten Deutschen den Toten gespendete Brotopfer hat sich in unserem Volksglauben durch die Jahrhunderte erhalten, und zwar sind es stets die Armenleuten, die ihren Hunger an dem vom Christen ihnen aufgehobenen Brotsamen, an dem beim Augenblicke für sie bestimmten Stückchen Teig sättigen sollen. Allmählich aber hat sich die Sorgfalt für die Abgeschiedenen auf die Zeit des Allerseelenfestes beschränkt. In Tirol und Altbayern brennt in den ersten Tagen des November die Röhre hindurch ein Licht im Hause, die Wohnstube wird vor dem Schlafengehen geleert, die innere Tür des Hauses bleibt den Seelen geöffnet und auf den Tisch werden allerlei Speisen aufgetragen, damit die lieben Englein ungehindert einkehren können. Ebenso heizt der Fiße am Allerseelentage seine Vadekarte, richtet darin eine Mahlzeit an und ruft seine Verstorbenen alle dazu mit Namen herbei. Der Wöhne schenkt zu Allerseelen Kindern und Weitem Brot, damit sie für die Verstorbenen beten. Ebenso ist auch in Oberdeutschland vielfach der Allerseelentag ein allgemeiner Tag des Spendens. Der Bauer besendet seine Diensthöten, der Wale seine Stutenkinder, die Gemeinde ihren Pfarrer. Arm und Reich, Alt und Jung schenken einander das Allerseelenbrot. Diese Beiden heißen in der Oberpfalz „Spigel“. In Tirol verteilt man am Allerseelentag die „Seelenkügel“, Schokolade, die für Knaben in Form eines Köhls oder Hosen, für Mädchen in der einer Dente gebacken werden. „Seelenbrägen“ gibt es in Augsburg, „Seelenzöpfe“ in anderen Teilen Bayerns, in Oesterreich „heilige Striezel“. Im schwäbischen Unterland wurden früher die Allerseelenbrote auf die Gräber gelegt, sodas die Kinder, wenn sie morgens den Friedhof besuchten, durch reiche Spenden überbrückt wurden. Die Totenbrote haben häufig die Form eines Röhrenbrotens, woran auch noch ihr im Engadin gebräuchlicher Name „Totenbeindli“ erinnert. Vielfach sehen sie aus wie spitz zulaufende Haarschnecken und erhalten daher die Bezeichnung „Seelenzöpfe“. Im 16. Jahrhundert wurde noch, wie wir aus einem Bericht des Freiburger Professors Lovichius erfahren, zu Allerseelen Wein nebst Brot und anderen Speisen auf die Gräber gestellt, zur Labe für die Toten. Seitdem ist aber der Gedanke an den uralten Brauch des Totenopfers immer mehr und mehr verloren gegangen.

Humor und Satire.

Berliner Nachläge.

Dem Berliner Prof. Noethe, der auf dem Festkommerz der Berliner Universität eine gelungene Rede über Preußen und Freiheit u. dergl. hielt, widmet der „Simplicissimus“ ein sehr ansprechendes Poem:

Ein gewisser Doktor Noethe, Ordinarius und Delon, hat da neulich abends späte einen Weisheitspruch getan.

Ueber Freiheit sprach derselbe vor der Akademie, Wie sie östlich von der Elbe Preußenzuchtbeengt gebelst.

Wider die verschmupten Finken Lat er alldam wetteren, Die teils nichts teils wenig trinken Und im „Simpel“ blättern.

Gerinegen die Kommerche fand er teufsch und stubenteln, Wo die wahren Wurfshenrliche Brüderlich beisammen sein.

Einen Feueralamander Lieb auf sie, vom Bier gebelst, Doktor Noethe, der Delon der Philosophischen Fakultät.

Notizen.

Die Deutsche Theaterausstellung wurde am Dienstag in den Ausstellungshallen am Zoo eröffnet. Sie enthält eine historisch-künstlerische Abteilung, in der die Berliner Theater schwach vertreten sind, eine industrielle Abteilung und ein Ausstellungstheater, das am Sonnabend mit einer Aufführung von „Oedipus in Kolonos“ im Stile des antiken Theaters beginnen wird.

Das Marionetten-Theater Münchener Künstler, das bereits früher in Berlin Proben seiner reizenden Kunst abgelegt hat, ist anläßlich der Theaterausstellung jetzt wieder bei und angelehrt. In den Ausstellungshallen am Zoo fand am Montag die Eröffnungsvorstellung statt (leider in einem Raum, der nicht intim genug ist und auch nicht von allen Plätzen das ganze Bühnenbild sichtbar werden läßt). Zuerst ein romantisch-fantastisches Puppenspiel von August Raßmann: „König Blotzer und Prinzessin Marinette“, in dem gar grauenschrecklich und ergötzlich selbstgemordet und gemartert wird. Eine höchst belustigende und dem vorübergehenden Stil des Puppentheaters angepaßte Moritat. Feiner wirkte Offenbachs komische Oper „Das Mädchen von Elzondo“. Die entzückende Musik (auf drei oder vier Instrumenten), das primitiv-ammütige und drohige Spiel der meisterhaft bewegten Figuren und die gute stimmliche Besetzung ergaben einen schönen Gesamteindruck. — Es wäre wünschenswert, daß Berlin wie München und Paris ein ständiges Marionettentheater besäße, das vor allem der Kinderwelt zugute käme.

Theaterchronik. Im Friedrich-Wilhelm-Städtischen Schauspielhaus wird am Mittwoch Goethes „Faust“ zum Einzelpreis von 1 M. für erstes Vorzelt und ersten Rang gegeben.

über seine Meinung nicht zweifelhaft sein. Der Zeuge erzählt weiter: Als der Daffelprozess anfang, traf ich den Angell. Weber im Café Victoria. Er hatte einen Chapeau claque auf und fragte mich: Können Sie mir nicht eine Stellung verschaffen? Die Stelle bei Bruhn eilt mich an, das ist der gemeinste Lump, diesem Burschen möchte man das Handwerk legen. Auf mein Eruchen kam Weber dann in mein Bureau, wo er einen Reklamebrief für mich ausarbeitete und dafür von mir bezahlt erhalten hat. Auf weitere Fragen erklärt der Zeuge nochmals: Bruhn habe bei dem ersten Gespräch über die Inserate gesagt: Meine Stellung zu den Warenhäusern ändere ich nicht, aber ich habe keine Veranlassung gegen die Warenhäuser zu schreiben. Auf weitere Fragen befragt er, daß er die Worte des Bruhn so verstanden habe, daß er glaubte, Herr Jandorf sagen zu können: Die Sache sei in Ordnung, Herr Bruhn schreibt nicht mehr über Sie. Weber sagt, Sie hätten ihn u. a. mitgeteilt. Sie sitzen mitunter an Gedächtnischwäche und seien mitunter auch ganz „meckelige“. (Weiterleit.) Er meint auch, aus dem Gespräch mit Ihnen hätte er den Eindruck gehabt, daß diese, Ihre Ansicht über Ihre Person nicht unrichtig erseine. (Weiterleit.) — Zeuge Jacobsohn: Einen meckeligen Menschen fragt man doch nicht, ob er ihm nicht eine Stellung verschaffen kann. Vorf.: Auch Herr Bruhn stellt die Sache ganz anders dar, wie Sie. Er behauptet, Sie hätten gar nicht gleich den Inseraten-auftrag abgeschlossen erhalten, sondern erst, nachdem man bei Schauris Erkundigungen über Sie eingezogen hatte. Er will auch absolut keine Verpflichtung übernommen haben, nichts mehr gegen die Warenhäuser zu schreiben. — Zeuge: Schweigend spricht man bekanntlich am besten. Die Hauptsache ist doch, daß er, der Zeuge der Warenhäuser, mit einem Male ein Verlobungsdiener für diese wird. Er hat auch, als das Kaufhaus des Weßens eingeweiht wurde, versucht, dafür zu sorgen, daß er eine Einladung zur Eröffnungsfest erhielt. Es ist dann auch ein Artikel über die Eröffnung in der „Wahrheit“ erschienen. — Vorf.: Sie sollen auch einmal zu Schauris gesagt haben: Sie könnten Bruhn gehörig hineinlegen! Was sollte das heißen? — Zeuge: Ich als Jude habe Abscheu und Ekel empfunden, mit einem Unmenschen in solcher Weise zu verhandeln, aber der Endzweck war für mich doch, zu zeigen, wie man in solchen Dingen vorgehen muß und daß Bruhn ein Mann ist, der so mit seinen Prinzipien scherzt und hantieren geht. In der „Wahrheit“ war Bruhn omnipotent et omnipräsente (allmächtig und allgegenwärtig). — Schließlich weicht der Zeuge gegen eine in der gestrigen Verhandlung gefallene Bemerkung, daß er im Prozeß Schürmerer eine etwas sonderbare Rolle gespielt habe. Der Zeuge erklärt hierzu: Meine Stundlohn besteht aus der allerersten Aristokratie, ich verkaufe Millionen anerkannter guter Zigaretten und vieles andere. Schürmerer kaufte auch bei mir und ich bewunderte seine Edelsteinkenntnis. Dies gab dem damaligen Vorsitzenden Veranlassung zu der humoristischen Bemerkung: „Sie hätten sich wohl am liebsten mit Schürmerer assoziiert.“ Das ist alles. Ich habe mit dem Namen niemals Schiebungen oder Transaktionen gemacht. — Rechtsanw. Dr. Schwandt erklärt, er stelle fest, daß nach dem Zeugnis des Zeugen Jacobsohn der Angeklagte Bruhn ihm extra gesagt habe, daß er seine Stellung gegenüber den Warenhäusern nicht aufgeben werde.

Angell. Bruhn tritt den Behauptungen des Jacobsohn sehr scharf entgegen und erklärt, daß von dem „Gesdwaß“ des Zeugen nicht ein Wort wahr sei. Er sei nach wie vor Gegner der Warenhäuser, er habe sich auch nur schwer entschlossen, die Inserate aufzunehmen, er habe es schließlich erst nach Rücksprache mit Fremden getan! Wenn er sich aber zu diesem Schritt entschlossen habe, so habe er auch eine gewisse Aufnahmepflicht gegen die Inserenten zu erfüllen. Es sei durchaus üblich, daß bei solchen Eröffnungsfeiern die Presse eingeladen werde und nicht er, sondern Paul Bruhn habe an der Eröffnungsfest teilgenommen. Der Angeklagte beugt sich auf den

Sachverständigen Kluge

und dieser behauptet, daß es Sitte sei, bei solchen Eröffnungsfeiern die Presse einzuladen und daß die Zeitungen darüber berichten. Es entspinnt sich dann eine sehr lange Debatte über die Gepflogenheiten bei Abrechnung von Provision für Inseratenagenten und über die Summe, die der Zeuge Jacobsohn rechtmäßig zu beanspruchen hatte. Auch hierüber erhebt der Gerichtshof den Sachverständigen Kluge wiederholt um sein Gutachten, welches im allgemeinen die Auffassung des Bruhn teilt und die Auffassung des Jacobsohn für unzutreffend erklärt. — Vorf.: Was sagt der Angell. Weber zu den Behauptungen des Zeugen Jacobsohn, daß Sie den Angell. Bruhn einen Lumpen usw. genannt haben? — Angell. Weber: Die Worte, die mir Herr Jacobsohn-Jackson in den Mund legt, habe ich nicht gebraucht. Ich habe allerdings so getan, als ob ich mit Bruhn verfeindet sei, um auf diese Weise mehr von ihm herauszubekommen, von wem die bei dem Beginn des Daffelprozesses in die Öffentlichkeit geschleuderten Verdächtigungen herriehrten. Herr Jackson nenne sich doch selbst einen „Machsmacher“ und er habe geglaubt, von diesem etwas herauszubekommen. — Vorf.: Na, das ist doch eine etwas gewagte Geschichte!

Auf weitere Vorhaltungen des Angeklagten Bruhn erklärt der Zeuge Jackson wiederholt: „Ach, Sie kümmern sich immer an Kleinigkeiten!“ — Rechtsanw. Vredereck: Der Zeuge Jackson hat offenbar eine so große Mut gegen die Angeklagten, weil er nicht fortlaufend Provisionen einstecken konnte, sondern sich Paul Bruhn die folgenden Inserate selbst geholt hat. — Rechtsanw. Dr. Schwandt: Der Zeuge Jackson hat erklärt, er habe einen Ekel empfunden, ist aber doch wiederholt mit Bruhn in Verhandlungen getreten. — Zeuge Jacobsohn: Der

Ekel

kam darüber, daß ich sah: so ändern die Leute ihre Bestimmung wie ein schmutziges Hund.

Rechtsanw. Dr. Schwandt: Der Ekel kam bei Ihnen wohl erst, als Sie die Provision schon hatten? — Zeuge: Herr Rechtsanwalt, mit Sentiments sehe ich mich mit Ihnen nicht aneinander. — Vorf.: Der Verteidiger will nur wissen, wann bei Ihnen das Gefühl des Efels kam. — Zeuge: Bedauere sehr, das kann ich heute nicht mehr wissen! — Vorf.: Herr Zeuge, sind Sie einmal in einem Sanatorium gewesen? — Zeuge (hörend): Ich verstehe die Frage nicht. Sie glauben wohl, ich bin nicht zurechnungsfähig. — Vorf.: Keineswegs. Man geht doch auch mandam! zur Erholung in ein Sanatorium. Waren Sie schon einmal in einem Sanatorium? — Zeuge: Jawohl, aber nur zum Besuch! (Weiterleit.) Ich habe mal jemand dort besucht. — Vorf.: Nein, ich meine wegen Ihres Gesundheitszustandes? — Zeuge: Koch nicht. (Weiterleit.) Der nächste Zeuge ist

Kommerzienrat Adolf Jandorf.

Er bekundet: Ich habe Herrn Jacobsohn durch einen anderen Herrn im Café Westminster kennen gelernt. Er machte eine Offerte für irgend welche Artikel und sagte dabei: er habe viel in England gelebt und wisse, daß dort die Geschäftleute geschickter seien und ihren Annoncenat geschickter verteilen. Auf seine weitere Frage, ob ich denn in der „Wahrheit“ inseriere, antwortete ich, daß mir von dieser noch keine Offerte gemacht worden sei. Sollte eine Offerte eingehen, so würde ich auch dort inserieren. Darauf antwortete Jacobsohn: Geben Sie mir weiter gar keine Direktiven, überlassen Sie mir nur alles. Kurze Zeit später kam er zu mir und sagte: Die Herren seien bereit, Annoncen aufzunehmen. Ob bei der ganzen Sache die gegen mich in der „Wahrheit“ erschienenen Angriffe erwähnt worden sind, weiß ich nicht. — Weisiger Landgerichtsrat Teschen-dorf: Wie Sie das erzählen, klingt es doch wie eine ganz harmlose Geschichte. Der Zeuge Jacobsohn schildert es doch so, als ob Sie gerade die Inserate mit dem Zweck aufgegeben haben, damit die Angriffe unterbleiben. Dätten Sie denn, wie der Zeuge bekundet, die Unterhaltung damit begonnen, daß Angriffsaufsätze unter den Linden ausgeteilt wurden? — Zeuge: Ich kam nicht auf eine solche Unterhaltung nicht kommen. — Landgerichtsrat Teschen-dorf: Eine solche Unterhaltung war doch aber so charakteristisch, daß man sie eigentlich nicht so leicht vergißt. Hat eine derartige Unterhaltung überhaupt stattgefunden? — Zeuge: Ich glaube nicht, aber ich weiß es nicht. — Staatsanwalt Leiferling: War es für Sie bei der Aufgabe von Inseraten nicht mitbestimmend, daß Sie hofften, die Angriffe würden dann aufhören? — Zeuge: Nein. Der Zeuge bestätigt auf weitere Fragen, daß er Wilhelm Bruhn heute überhaupt zum ersten Male sehe. — Landgerichtsrat Grodke: Erwartet haben Sie doch aber wohl, daß weitere Angriffe nicht zu beschränkt seien? — Zeuge: Erwartet habe ich nur, daß, wie das bei anderen Zeitungen üblich ist, sobald Angriffsmaterial eingeht, oder sonst Behauptungen über unsere Firma aufgestellt werden, dies nicht einseitig geschieht, sondern man beide Teile hört.

Die Bekundungen des Zeugen Leysohn, Reklamedirektor bei der Firma Jandorf, und des Inseratenagenten Jonas Wertheim bringen nichts Neues. Zeuge Wertheim bestätigt unter anderem, daß Herr Kommerzienrat Jandorf nicht von dem Gedanken geleitet wurde, durch Inserate Angriffe zu vermeiden, vielmehr habe er nur gemeint, daß es doch angemessen sei, ihm von etwa eingehenden Angriffen Mitteilung zu machen, damit er die Sachlage aufklären könne. Von der „Staatsb.-Ztg.“ und den „Deutschen Nachr.“ sei Herr Jandorf schriftlich befragt worden, daß ihm vorher Mitteilung gemacht werden solle. — Zeuge Redakteur Leopold bestätigt auf Befragen, daß Bruhn vor Aufnahme der Jandorfschen Inserate ihn und andere Mitarbeiter über ihre Stellung zur Sache befragt habe. Er (Zeuge) sei für Aufnahme der Inserate gewesen, weil das Offizier-Kaufhaus im Kaufhaus des Weßens aufging. Irgendwelche Direktiven über das Bringen oder Unterlassen von Angriffen gegen Inserenten oder Nichtinserenten habe Bruhn nie gegeben. Der nächste Zeuge Ludwig Reuter ist

Kunnonenchef von Rudolf Hertog.

Er bekundet, daß seine Firma keineswegs aus Furcht vor etwaigen Angriffen der „Wahrheit“ Inserate gebe, sondern weil der „Staatsb.-Ztg.“ seit mehr als zwei Jahrzehnten solche Inserate gegeben waren, Bruhn persönlich bekannt war und die „Wahrh.“ eine nationale Tendenz verfolgte. — Rechtsanw. Vredereck: Ist es nicht üblich, daß die Zeitungen auf Groß-Inserenten eine gewisse Rücksicht nehmen, indem sie, wenn ihnen Mitteilungen über die betreffenden Firmen zugehen, sie zunächst einmal bei diesen anfragen, ob die Tatsachen richtig sind? — Zeuge: Das ist üblich.

Zeuge Reichstagsabg. Werner bestätigt, daß Bruhn über die Aufnahme von Warenhausinseraten mit ihm gesprochen und gleich gesagt habe, seine prinzipielle Stellung gegen die Warenhäuser werde dadurch nicht geändert. Der Kampf gegen Großbetriebe wie Aschinger, Tac u. Co. unter anderen gehöre auch zum Programm der Reformpartei.

Auch der Kassendirektor Trautmann bekundet, daß Bruhn die Warenhausinserate nicht gern aufgenommen habe. Er habe Herrn Bruhn aber zugeredet und ihm gesagt: Sie haben doch schon bei der „Staatsbürger-Zeitung“ so viel verloren — Geldverdiensten muß doch auch dabei sein.

Zeuge Postsekretär Stodmann, der Vorsitzende der Mittelstandsvereinigung, weiß gleichfalls, daß Bruhn durch die Aufnahme von Inseraten seine Stellung gegen die Warenhaus-Unternehmungen nicht ändern lassen wollte. Einen gegen Jandorf gerichteten Artikel der „Wahrheit“ hat der Zeuge selbst gefälscht. Mächtig sei es, daß auch andere Zeitungen, wie die „Deutsche Tagesztg.“, die „Neuz-Zeitung“, der „Reichsbote“, die „Deutsche Zeitung“ u. a., die in scharfer Weise Stellung gegen die Warenhäuser genommen haben, jetzt Inserate der Warenhäuser veröffentlichen.

Zigarettenhändler Karger schließt sich dem Vorzeugen an und bestätigt dem Angell. Bruhn, daß die Feindschaft des Vlad-Bodgorski darauf zurückzuführen sei, daß Bruhn das Erscheinen einer Bladschen Broschüre „Herr v. Miguel und der Schwarze Adlerorden“ verhindert habe. — Angell. Bruhn erklärt dies dahin: Miguel sei der Vater des Warenhausgeschäftes gewesen und deshalb sei es ihm (Bruhn) unangenehm gewesen, daß gerade ein Aufsteiger eine solche Aktion gegen den Väterer unternommen wollte.

Der Fall Jandorf ist hiermit erledigt und es wird zur Erörterung des

Falles Hinge

übergangenen. Es handelt sich dabei kurz um folgendes: In der „Wahrheit“ waren einige Artikel gegen den Pianofortefabrikanten Hinge erschienen, in dem zuerst ein falscher Hinge genannt war, während es sich um Herrn Karl H. Hinge handelte. Der erste Artikel war, wie der Angell. Bruhn ausführt, von der Korrespondenz Winder verbreitet worden und richtete sich eigentlich gegen Frau Mary Berg-Lindemann, die bei den „Deutschen Nachrichten“ als Inseraten-Konfiskatorin beschäftigt war. Diese Frau ist dann im Bureau der „Wahrheit“ erschienen und hat gebeten, doch mit Rücksicht auf sie und ihre erwachsenen Kinder von der Veröffentlichung des Artikels Abstand zu nehmen. Als dann Daffel verhaftet wurde und die „Deutschen Nachrichten“ einen sehr bählichen Artikel gegen ihn (Bruhn) veröffentlichten, habe er nicht geglaubt, weitere Rücksicht walten lassen zu müssen. Es sei dann ein Artikel über den Geschäftsbetrieb der Firma Karl H. Hinge veröffentlicht worden. Nach Ansicht der Anklage soll sich Herr Hinge dann an dem ihm bekannten Herrn Davidsohn, der damals die „Große Glocke“ herausgegeben, gewendet und ihn um Rat gefragt haben, was er gegen die Artikel tun könne. Davidsohn soll ihm geraten haben, der „Wahrheit“ einige Inserate zu geben. Das sei dann auch geschehen. Weber sei bei Hinge erschienen und habe den Inseraten-auftrag erhalten. Die Anklage steht auf dem Standpunkt, daß Hinge die Inserate nur gegeben habe, um dadurch weitere Angriffs-Artikel unmöglich zu machen. — Angell. Bruhn erklärt, daß er von der Vorgeschichte nur wisse, daß der erste Artikel auf Witten der Frau Berg zunächst unterblieb und daß dann die beiden Artikel, die sich mit dem Geschäftsgebahren von Karl H. Hinge in der Wölows-Straße beschäftigten, veröffentlicht wurden. Er wisse ferner, daß Weber eines Tages ihn mitgeteilt habe, daß er einen großen Inseratenauftrag von der Firma Schiedmeyer habe. Als er gesehen, daß dieser Auftrag von Hinge unterzeichnet war, habe er von diesen Inseraten nichts wissen wollen, Herr Weber habe ihn aber mit der Versicherung beruhigt, daß Hinge keinerlei Gegenleistung für die Inserate von der „Wahrheit“ verlange.

Nachforschungen über das Nachleben eines Zeugen.

Inzwischen bittet der Zeuge Jackson wiederholt um seine Entlassung mit der Bemerkung, daß er krank sei und nach Hause möchte. — Angell. Bruhn: Das ist ja alles Verstellung! Der Zeuge hält sich alle Nacht in Nachtlokalen auf. — Zeuge Jackson: Das ist nicht wahr! — Angell. Bruhn: Wo waren Sie denn in der Nacht dem Sonnabend zum Sonntag? — Zeuge wendet sich mit erregter Miene ab. — Vorf.: Haben Sie denn in der Nacht zu Hause geschlafen? — Zeuge (lebbast): Selbstredend! — Bruhn: Selbstredend ist das gar nicht. Ich werde Ihnen zwei Zeugen bringen, welche Sie gesehen haben in jener Nacht, als das Lokal „Greenflor“ eingeweiht wurde. — Zeuge: Ich habe mit Ihnen mich gar nicht zu unterhalten. — Vorf.: Ich mache Sie aber darauf aufmerksam, daß Sie alles zu beschränken haben. — Rechtsanw. Vredereck: Wir widerprechen der Entlassung des Zeugen. Er wolle hier überhaupt erst nicht erscheinen, sondern nach Paris fahren und wir haben und erst an Herrn Jandorf gewandt, damit er den Zeugen betwege, hier zu erscheinen. Wenn wir die Glaubwürdigkeit des Zeugen angreifen wollten, könnten wir eine Fülle von Material beibringen. Wo waren Sie denn gestern Nacht? — Zeuge (hörend): Herr Vorsitzender, ich bin sehr nervös und sehr aufgeregt; ich bin in der Nacht im Victoria-Café gewesen und durch das Kaiser-Café hindurchgegangen. (Weiterleit.) — Rechtsanw. Dr. Schwandt: Die Verteidigung muß gelinde Zweifel nach dem ganzen Auftreten des Zeugen haben, ob er eine genügende Vorstellung von dem Wesen und der Bedeutung des Falles habe. Wir beantragen auf Grund des § 66 Nr. 1 der Strafprozessordnung die Verurteilung des Zeugen bis zum Schluß der Verhandlung aufzuschieben. — Der Gerichtshof beschließt in diesem Sinne

Zurückkehrend zu dem

erklärt der Angell. Weber, daß er seinerseits bei der Aufnahme des Inseratenauftrages dem Hinge allerdings wohl Rücksicht darauf eröffnet habe, daß weitere Angriffsartikel unterbleiben würden. Er habe aber Will. Bruhn hiervon nichts gesagt. — Auf Befragen des Rechtsanwalts Dr. Meyer erklärt Weber, daß er bei Annahme des Inseratenauftrages nur seine Provision im Auge gehabt habe, aber in keiner Weise etwa „Beihilfe“ zu einer strafbaren Handlung habe leisten wollen.

Die Zeugen Böge, stellvertretender Vorsitzender des Vereins der Musikinstrumentenhändler, und Schwandt sind von der Verurteilung als Zeugen darüber vorgeladen, daß sie der „Wahrheit“ das Material zu dem Artikel gegen Karl H. Hinge geliefert haben. Von Vereinsewegen sei beschloffen worden, einmal gegen das Geschäftsgebahren des Hinge vorzugehen, und da man angenommen, daß Blätter wie das „Tageblatt“ und der „Total-Anzeiger“ solche Sachen nicht bringen würden, habe man sich an die „Wahrheit“ gewandt.

Als Zeuge wird hierauf der

Vertreter der „Großen Glocke“, Theodor Davidsohn,

vernommen. Dieser bekundet: Nachdem in der „Wahrheit“ ein Artikel über die Firma Hinge bezw. die Schriftstellerin Frau Berg-Lindemann erschienen war, kam Hinge eines Tages zu mir und sagte mir, daß er gern in der „Wahrheit“ inserieren möchte. Ich teilte dies daraufhin dem Herrn Weber mit, der mir dann auch noch längerer Zeit erzählte, daß Hinge Inserate aufgegeben habe. Hinge selbst sagte mir dann auch bei Gelegenheit, daß er von Bruhn durchaus freundlich aufgenommen sei, irgendeine Gegenleistung habe er von Bruhn nicht verlangt. — Rechtsanw. Dr. Schwandt: Herr Zeuge, Sie haben doch vor dem Untersuchungsrichter gesagt, daß von einer vollen oder verübten Erpressung in diesem Falle keine Rede sein könne? — Zeuge: Jawohl, das stimmt auch, das ist auch heute noch meine Meinung. Der Artikel ist mir seinerzeit auch von dem Journalisten Winder-Kleiber zugeföhnt worden, ich habe ihn nicht aufgenommen, da ich weiß, daß Winder keinen Menschen in Ruhe läßt. — Auf verschiedene Fragen des Landgerichtsrats Teschen-dorf und des Rechtsanw. Vredereck bekundet der Zeuge noch, daß Hinge ja absolut keine Veranlassung hatte, sich vor dem Artikel zu fürchten, er hätte sich im Gegenteil darüber gefreut. — Dr. Schwandt beantragt daraufhin, den Journalisten Winder alias Ludw. Kleiber zu laden, der befragt werde, daß Hinge selbst ihm das Material zu dem Artikel gegeben habe. — Vorf.: Es ist dann allerdings sehr wesentlich, den Herrn Kleiber hierüber zu hören. — Das Gericht beschließt die Ladung des Ludw. Kleiber zu Mittwoch. — Rechtsanw. Jul. Meyer: Es wäre doch sehr angebracht, wenn auch Herr Hinge hier erscheinen würde. Die Platzfrist des Herrn Hinge besteht aneinander darin, daß er hier den Platz vor Gericht fürchtet.

Es wird darauf der inzwischen noch nachträglich erschienene

Zeuge Louis Schauris zu dem Fall Jandorf

vernommen. Der Zeuge bekundet: Bruhn habe sich bei ihm telefonisch erkundigt, ob Jackson ein Mensch sei mit dem man in Verbindung treten könne. Er habe dies bestätigt und Bruhn sogar noch zugeredet, das Geschäft zu machen. Ebenso bestätigt der Zeuge, daß Jackson ihm bei Beginn des Daffelprozesses geholfen habe, er könne Bruhn hineinlegen. — Rechtsanw. Dr. Schwandt: Der Herr Jackson hat auf mich einen etwas komischen Eindruck gemacht. Wie denken Sie denn über Herrn Jacobsohn-Jackson. — Zeuge Schauris: Jackson ist ein sehr frommer Jude, der sehr viel Wohlthaten für die Juden getan hat. — Dr. Schwandt: Sie meinen also, daß Jackson ein sehr frommer Jude ist und deshalb auf Bruhn als Antihemit nicht sehr gut zu sprechen ist. — Zeuge: Jawohl. — Der Zeuge Schauris bricht hierauf in ein

Klagelied gegen die „W. Z. am Mittag“

aus. Er beschuldigt das Mittagsblatt mit höchst erregter Stimme und fast weinend, daß sie ihn total ruinert habe. „Als die „W. Z.“ seinerzeit“, sagt Zeuge, den Artikel „Die Flucht des Hofstrafers Louis Schauris“ vor dem Monopolhotel ausbrüllen ließ, war ich mit einem Schläge ruiniert. Die „W. Z.“ hat noch viel schlimmer als Bruhn gehandelt, ich selbst und meine Frau sind damals völlig zusammengebrochen. — Vorf.: Wir können Ihnen leider nicht helfen, dagegen sind wir eben machtlos. — Zeuge Schauris: Wir haben heute abend mit mehreren Anwälten eine Konferenz, um gegen die „W. Z.“ vorzugehen. — Landgerichtsrat Teschen-dorf: Haben Sie von Herrn Jackson nicht den Eindruck, daß er ein großer Wichtigtuer ist? — Zeuge: Allerdings, man kann seinen Worten nicht viel Bedeutung zumessen. — Erklärt Landgerichtsrat Kämpfe: Ein Bruder des Jackson soll sich ja auch in einer Irrenanstalt befinden? — Zeuge: Darüber ist mir nichts bekannt. — Bruhn: Ich sage aber direkt, daß Jackson ein Schwächer ist, und zwar ein gemeingefährlicher. — Zeuge: Das macht wohl auch etwas seine Religion. — Bruhn: Na so schlimm wird es mit seiner Religion wohl auch nicht sein. (Weiterleit.) — Vorf.: Na, das Gericht ist ja in der Lage, sich über Herrn Jackson seine Meinung selbst zu bilden. Die Verhandlung wird hierauf abgebrochen und auf heute 9 1/2 Uhr vertagt.

Gerichts-Zeitung.

Die Polizei im Ehestreit.

Ein interessanter Prozeß des Grafen v. Wartenleben gegen den Charlottenburger Polizeipräsidenten beschäftigte das preussische Ober-Verwaltungsgericht. Die Ehe des Regierungsrats a. D. Grafen v. Wartenleben mit der Tochter des Generalmajors v. Loos war keine glückliche. Der Graf logierte sich eines Tages im Hotel ein und erteilte der in der Wohnung verbleibenden Dienerschaft Anweisungen, wie sie sich zu verhalten hätten. Namentlich wurde der Diener Bonni angewiesen, besonders die Verwandten der Gräfin nicht in die Wohnung zu lassen. Ohne Einwilligung des Grafen sollte auch nichts aus der Wohnung herausgeschafft werden. Bonni hatte gewissermaßen die Wohnung unter Schloß und Riegel zu halten. Er hatte ferner den Auftrag, die in der Wohnung verbliebenen Gräfin auf ihren Wunsch hinaus- und hineinzulassen. Die Verwandten der Frau wandten sich schließlich an die Polizei. Einem Charlottenburger Polizeioffizier wurde es vom Präsidenten mündlich nahegelegt, dem Oberregierungsrat v. Loos seinen Schutz zu leisten, falls dieser darum bitte. Am 8. März 1900 trat nun der Polizeikommandant in Aktion, nachdem der Oberregierungsrat v. Loos und die Stiftdame v. Loos vergeblich versucht hatten, zur Gräfin in die Wohnung zu gelangen. Der Leutnant und ein Kriminalbeamter erhielten Zutritt. Ihnen folgten zwei Träger, die die Verwandten der Gräfin mitgebracht hatten. Die Beamten blieben in der Wohnung, bis die Träger mit den Sachen abgingen, die ihnen die Gräfin als ihre bezeichnet hatte. Der Graf v. Wartenleben klagte dann im Verwaltungsstreitverfahren gegen den Polizeipräsidenten auf Aufhebung der polizeilichen Verfügung, die er in der dem Polizeioffizier gegebenen Weisung sieht. Im Laufe des Verfahrens führte er zur Erklärung seines eigenen Verhaltens an, daß die Gräfin schwer nervös sei. Der Polizeipräsident hielt dagegen diese Auffassung für miderlegt, wie sich aus den Ehecheidungsakten ergeben soll. In dem Verwaltungsstreit spielte auch eine Veränderung eine Rolle, die der Graf an dem Schloße der einen von zwei Türen des Schlafzimmers hat anbringen lassen. Der Graf meinte, dadurch habe nur verhindert werden sollen, daß die Gräfin in das Zimmer der Hausdame, die er zur Führung des Haushalts gemietet hatte, eindringe und mit ihr Streit anfangen. Der Polizeipräsident machte geltend, das Vorgehen der Polizei sei gerechtfertigt, weil der Verdacht der Freiheitsberaubung nahegelegt habe. Der Bezirksauschuss wies die Klage des Grafen ab. Das Ober-Verwaltungsgericht hob jetzt aber das Urteil auf und entschied, daß die im Vorgehen der Polizei am 8. März 1900 liegende polizeiliche Verfügung aufzuheben sei. Gründe: Nach § 7 des Gesetzes zum Schutze der persönlichen Freiheit sei ein Eindringen in eine Woh-

nung nur auf Grund einer amtlichen Befugnis gestattet. Diese Befugnis der Polizei genau im Rahmen zu durch den ihre Tätigkeit überhaupt begrenzt sei, nämlich im Rahmen des § 10 II, 17 des Allgemeinen Landrechts. Wenn einer Person eine Gefahr drohe, könne sie also in eine Wohnung eindringen. Diese Gefahr habe hier die Polizei in einer Freiheitsberaubung gefunden. Eine solche liege aber nicht vor. Die Gräfin habe unbeschränkten Zutritt aus der Wohnung gehabt, da der Diener auf ihren Wunsch sofort für sie öffnen mußte. Auch sei es keine Freiheitsberaubung der Gräfin, wenn ihre Verwandten nicht zugelassen wurden. Als Hausherr konnte der Graf diese Verfügung treffen, und außerhalb der Wohnung hätte die Gräfin die Verwandten jederzeit treffen können. Die Aenderung am Schloß der einen Schlafzimmertür sei unerheblich, weil noch eine zweite Tür nach dem Korridor vorhanden war. Schließlich sei es nicht Sache der Polizei, Äußerungen für die Herausgabe der Sachen. Die Frage, ob die Gräfin Sachen herausbringen konnte oder nicht, gehörte lediglich vor das Gericht, wie bei Streitigkeiten zwischen Vermieter und Mieter.

Hus aller Welt. Codbringende Unwissenheit.

Durch einen alkoholischen Exzess ist in Laudenbach in Baden ein junges Menschenleben vernichtet worden. Mehrere junge Leute veranstalteten am Montag dort in einem Gasthause ein Wetttrinken mit Schnaps. Ein fünfzehnjähriger Purtsche vertilgte einen Liter Fusel; nach zwei Stunden war er tot.

Die Organisationen der Klassenbewußten Arbeiterjugend haben bisher ihr eifriges Bestreben darin gesehen, durch ständige Hebung ihrer Mitglieder und bildende Vorträge dem Genuß des Fusels entgegenzuwirken. Unseren Herrschenden aber, denen Schnapsausende und stüßlich vertierte Jünglinge lieber sind als solche, die an ihrer geistigen und körperlichen Schulung arbeiten, haben durch unfinnige Verbote die bestehenden Arbeiterjugendorganisationen zu vernichten gesucht. Hätte, wie der obengedachte, sind die notwendige Folge der Bildungsfeindlichkeit unserer herrschenden Klassen. Gebt Raum der freien Entfaltung der Arbeiterjugendorganisationen und ihr bekämpft den Alkoholmißbrauch auf die sicherste Weise.

3238 Meter hoch in den Lüften.

In immer gewaltigere Höhen schraubten sich die Aviatiker hinauf. Der Amerikaner Johnstone hatte erst vor wenigen Tagen den Weltrekord im Höhenflug mit 2838 Meter aufgestellt. Am Montag unternahm der brave Aviatiker mit einem verbesserten Wright-Apparat im Belmontpark bei New York einen neuen Höhenflug. Bei

dem er eine Höhe von 9714 Fuß = 3238 Meter erreichte. Auch der Amerikaner Armstrong Dregel auf einem Blériotäroplan überbot gleichzeitig mit Johnstone den bisherigen Weltrekord. Er ging bis in eine Höhe von 2856 Meter hinauf. Unter dem enthusiastischen Beifall der Zuschauer des Flugfeldes landeten die beiden kühnen Piloten wohlbehalten auf dem Plage.

Aus Secot gerettet.

Während eines schweren Sturmes scheiterte am Dienstag der deutsche Leichter „Johanna“ an der Nordspitze der Helgoländer Düne. Die drei Insassen des Schiffes wurden durch das Rettungsboot der Station Helgoland des deutschen Vereins zur Rettung Schiffbrüchiger wohlbehalten an Land gebracht.

Die Sturmwarnungen, die von der deutschen Seewarte in Hamburg den Küstensignalfunktionen und Hafenämtern zugehen und dort durch Hissen bestimmter Signale allen Schiffen und Fischereifahrzeugen mitgeteilt werden, erfüllen nur teilweise ihren Zweck, da sie naturgemäß nur den im Hafen oder in Sichtweite der Signalfunktionen befindlichen Schiffen und Fahrzeugen, nicht aber den auf hoher See befindlichen, bekannt werden. Vom 1. November d. J. ab soll daher auch die Funkentelegraphie in den Dienst der Wetternachrichten gestellt werden, und man darf mit Recht hoffen, daß diese neue Einrichtung besonders unserer Hochseefischerei zugute kommt.

Mit seinem Schiff in den Tod gegangen.

Auf der Hälfte des Weges zwischen Havanna und Florida wurde am 17. Oktober der Segler „Goldwood“ vom Sturm seiner Masten beraubt und dem Sinken nahe von dem norwegischen Schiff „Harald“ angetroffen, der die Besatzung des Seglers aufnahm. Bald darauf bemerkte man, daß der Kapitän an Bord geblieben war. Der „Harald“ kehrte zu dem Segler zurück und forderte den Kapitän Wallis auf, ebenfalls an Bord des „Harald“ zu kommen. Dieser erklärte jedoch, er sei jetzt 50 Jahre auf dem Meer, und es wäre ihm unmöglich, ein Schiff, dessen Kommando ihm übertragen sei, zu verlassen. Wenn der Segler untergehe, so gehe er eben mit ihm unter. Er hat seine Besatzung, seiner Frau seine letzten Grüße zu überbringen. Da sich der Kapitän zu einem anderen Entschluß nicht bewegen ließ, so verließ der „Harald“ seine Route weiter. Der Segler ist wahrscheinlich wenige Stunden später untergegangen.

Staatsstrafen.

Wie ein Telegramm aus Kattowicz meldet, wurden in einem benachbarten galizischen Orte zwölf hohe Beamte, darunter vier Landräte, verhaftet. Die Verhafteten haben den Rufus dadurch um Millionen geschädigt, daß sie für ausführende staatsliche Ganten vorher von Roffern bedeutende Terrains

ankauften und dann später mit erheblichem Aufschlage an den Staat wieder veräußerten.

Kleine Notizen.

Ein dreizehnjähriges Mädchen ermordet. In einem Walde nahe bei Schönau in Schlesien wurde gestern die 13jährige Tochter des Maurers Gahl ermordet aufgefunden. Das Mädchen war von seinen Eltern ausgeschickt worden, um Einkäufe zu machen. Der unbekannte Täter hat das Mädchen erdrosselt und ihm dann den Hals durchschnitten.

Selbstmord eines Defraudanten. Der fällige Dresdener Prokurist Wallbierer, über dessen Veruntreuungen in Höhe von 100 000 Mark wir berichtet, ist in seine Dresdener Wohnung zurückgekehrt und hat sich dort in Abwesenheit seiner Frau mit Kohlenoxydgas vergiftet.

Ein schweres Unglück hat sich gestern auf der belgischen Eisenbahnstation Luttre zugetragen. Ein Zug fuhr infolge falscher Weichenstellung einem anderen Zuge in die Flanke. Eine Person wurde dadurch getötet, eine schwer verletzt. Mehrere Reisende erlitten leichtere Verletzungen.

Typhusepidemie. Nach einer Meldung aus Wien ist in einer dortigen Garnison der Typhus unter den Soldaten ausgedehnt. Die Epidemie hat auf die Stadt übergegriffen. Mehrere Personen sollen bereits gestorben sein.

Lawetter in Süd-Frankreich. Nach Meldungen aus Privas sind die Wasserkäufe im Departement Ardèche infolge eines heftigen Gewitters stark angeschwollen und haben an zahlreichen Orten die Landstraßen und Eisenbahnen unpassierbar gemacht. Der Schaden ist beträchtlich. Wie aus Nîmes berichtet wird, sind Rhône und Gard an vielen Stellen über die Ufer getreten.

Eine schwere Explosion ereignete sich gestern in der französischen Hafenstadt Orient. Durch einen Kurzschluß entzündeten sich in einem Marinemagazin Pulverbörräte, die mit großer Gewalt explodierten. Das Dach des Gebäudes wurde vollständig abgehoben. Ein Arbeiter, der in dem Magazin beschäftigt war, erlitt so schwere Verletzungen, daß er auf dem Transport nach dem Krankenhaus starb.

Eingegangene Druckschriften.

Die Deutsche Bühne. Nr. 15 und 16. Vierteljahrblatt des Deutschen Bühnenvereins. Jährlich 20 Hefte à 60 Bl. Oelshelb u. Co., Berlin W. 18.
Die vier Tore. Roman von Clara Diebig. Egon Fleischel u. Co., Berlin. 6 Bl.

Artificialer Marktbericht der k. k. Reichlichen Reichs-Richtlinien-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktblöcken. Markttag: Freitag. Zufuhr reichlich, Geschäft schleppend, Preise wenig verändert. Milch: Zufuhr genügend, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise fast unverändert. Weizen: Zufuhr reichlich, Geschäft langsam, Preise gedrückt. Rindfleisch: Zufuhr mäßig, Geschäft schleppend, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise gedrückt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.
Bautischler.

Heute Mittwoch, den 2. November, abends 8 1/2 Uhr:
Sitzung der Gesamtkommission für Berlin und Vororte
im Gewerkschaftshaus, Saal 7.

Die Vertrauensmänner-Versammlungen der Bautischler finden am Donnerstag statt. 92/17

Einsetzer.

Donnerstag, den 3. November, abends 8 1/2 Uhr:
Bezirks-Versammlungen

- in folgenden Lokalen:
1. Bezirk: Merkowitz, Andreasstraße 26.
 2. " Glesche, Kopenhagener Straße 74.
 3. " Sauer, Levetowstraße 21.
 4. " Preis, Rixdorf, Rosenstraße 24.
 5. " Wiener, Wilowstraße 58.
 6. " Wig, Stalitzer Straße 59.
 7. " Charlottenburg, bei Thurau, Wielandstr. 4.
 8. " Melzer, Wiesenstraße 29.

Die Kollegen aus den Vororten sind besonders dazu eingeladen.

Polierer (Bez. Norden).

Die Vertrauensmänner-Versammlung findet heute bei Günther, Brunnenstr. 96, statt.

Modelltischler.

Heute Mittwoch, 2. November, bei Wadt, Pfingststr. 5:
Vertrauensmänner-Versammlung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Kandidatenbüro: Col I. Amt 3, 1939. Charlottenstraße 3. Col III. Amt 3, 1937.

Donnerstag, den 3. November 1910, abends 8 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
der Klempner.

in den Musiker-Gehäusen, Kaiser-Wilhelm-Straße 18m.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Gries über: „Was müssen wir als Arbeiter von der Krankenversicherung wissen?“ 2. Erziehung der Krankenkassen. 3. Krankenanforderungen.

In Anbetracht der bevorstehenden Wahl der Delegierten zur Ortskrankenkasse und um die Wahl der Krankenkassenkommission zu vervollständigen, ist es Pflicht eines jeden Kollegen, ihr zahlreiches Besitzt zu schicken. Erachtet alle vollständig, geht das Ihr Euch an den Krankenanforderungen beteiligen wollt.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. 124/13
Die Ortsverwaltung.

Billigster Schnellheizer

mit Schamotte-Einsatz für Stoh- u. Hängelicht
2 Mark.

J. Ramann, Fabrik f. mod. Beleuchtung, C. 17, Warschauerstr. 41/42.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Nachruf.
Am 26. Oktober verstarb unser Genosse, der Rentner
Ewald Wagemeier
Vorplatzstraße 33.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung hat am 28. Oktober stattgefunden. 290/18
Der Vorstand.

Den am 30. v. M. durch Herzschlag erfolgten Tod meines geliebten Mannes, des Schneidemeisters
Emil Mottschall
zeige ich, in bester Bekundung um Hilfe Teilnahme bittend, hiermit ergeben an 16006
Frau Mottschall
nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 2. Nov., nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Hl. Michaelshofes in Nordend aus statt.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Krankspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Beteiligten meinen herzlichsten Dank.
16822
Lucille Huber.

Dankagung.
Für die herzliche Teilnahme und Krankspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes
Georg Willawelt
sage ich den Herren Chef der Firma Heinrich Schmidt sowie allen Angehörigen dieser Firma, ferner dem Transportarbeiter-Verband, allen Kollegen, Bekannten, Verwandten sowie sämtlichen Mitgliedern des Hauses Friedrich-Wilhelmstr. 31 meinen herzlichsten Dank.
Lempelhof, 31. Oktober 1910.
Witwe Marie Willawelt.

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemstraße).
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße).
Sehr gr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Haarschmuck, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hocheleganten Genre zu äußerst niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung:
Maßanfertigung in 10 bis 12 Stunden.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltung Berlin.
Bautischler.
Heute Mittwoch, den 2. November, abends 8 1/2 Uhr:
Sitzung der Gesamtkommission für Berlin und Vororte
im Gewerkschaftshaus, Saal 7.
Die Vertrauensmänner-Versammlungen der Bautischler finden am Donnerstag statt. 92/17

Sozialdemokratischer Wahlverein
für
Trepow-Baumschulenweg.
Ortsteil Baumschulenweg.
Am Montag früh verstarb nach langem, schwerem Leiden der langjährige Genosse, Gärtler
Heinrich Bothe.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 3. November, nachmittags 4 Uhr, auf dem Kreuzberger Friedhof - Friedrichhof, Neue Straßengasse, statt.
Zahlreiche Beteiligung erwünscht.
204/1
Der Vorstand.

Kranken- und Sterbe-Zuschaukasse der Schneider
u. verw. Berufsgenossen Berlins.
Am 30. v. M. nach plötzlichem trauem Mitglied 292/7
Emil Mottschall
im 52. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet heute Mittwoch nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Hl. Michaelshofes in Nordend aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht 292/7
Der Vorstand.

Dankagung.
Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters gegen wir allen Freunden und Bekannten sowie den Kollegen, dem Arbeiter-Vereinigungsbund und dem sozialdemokratischen Wahlverein Lichtenberg unsern besten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen
Witwe Pahlmann und Kinder.

Palzwaren.
Engros-Export.
S. Schlesinger,
Neue Königstr. 31
(Ordnungszahl)
Kein Laden:
II. Etage.
Einzelverkauf
wie alljährlich zu billigsten Preisen
Pelz-Stolas
Muffen
Eislaubaretts.
Reparaturen sauber und billig.
Sonntags geöffnet.
Kein Katalog. 21

Einsetzer.
Donnerstag, den 3. November, abends 8 1/2 Uhr:
Bezirks-Versammlungen
in folgenden Lokalen:
1. Bezirk: Merkowitz, Andreasstraße 26.
2. " Glesche, Kopenhagener Straße 74.
3. " Sauer, Levetowstraße 21.
4. " Preis, Rixdorf, Rosenstraße 24.
5. " Wiener, Wilowstraße 58.
6. " Wig, Stalitzer Straße 59.
7. " Charlottenburg, bei Thurau, Wielandstr. 4.
8. " Melzer, Wiesenstraße 29.
Die Kollegen aus den Vororten sind besonders dazu eingeladen.

Deutscher Metallarbeiter-Vorband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Gärtler
Heinrich Bothe
am 30. Oktober an Herzlähmung gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 3. November, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kreuzberger Gemeinde-Friedhofes in Trepow aus statt. 194/14
Rege Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Anfolge Unglücksfalles verstarb am 28. Oktober 1910 unser lieber Kollege, der Lehrgänger
Adolf Iger.
Sein hieher Charakter sowie sein solidarisches Verhalten sichern ihm ein ehrendes Andenken.
Die Kollegen der G. Köpfer'schen Lederfabrik.
Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittags 4 Uhr von der Halle Friedrichsstraße aus statt.

Konsumverein Friedenau u. Umg.
Eingetragene Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht in Liquidation.
General-Versammlung
am Donnerstag, den 10. November, abends 9 Uhr, im Lokal von Kochelke, Pring-Gartenstr. 60/61.
Tagesordnung:
1. Berichtigung der Bilanz vom 1. Juli und Entlastung der Liquidatoren.
2. Beschlußfassung über die Verteilung des vorhandenen Vermögens.
3. Beschlußfassung über die Aufbewahrung der Bücher und Schriften.
Die Liquidatoren.
Gottfried Böring, Otto Meyer, Ewald Günther. 107/8

Palzwaren.
Engros-Export.
S. Schlesinger,
Neue Königstr. 31
(Ordnungszahl)
Kein Laden:
II. Etage.
Einzelverkauf
wie alljährlich zu billigsten Preisen
Pelz-Stolas
Muffen
Eislaubaretts.
Reparaturen sauber und billig.
Sonntags geöffnet.
Kein Katalog. 21

Polierer (Bez. Norden).
Die Vertrauensmänner-Versammlung findet heute bei Günther, Brunnenstr. 96, statt.

Modelltischler.
Heute Mittwoch, 2. November, bei Wadt, Pfingststr. 5:
Vertrauensmänner-Versammlung.

Verband der Buch- und Steindruckerei- u. Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Am 30. Oktober früh 6 Uhr, nach langem schweren Leiden unser Kollege
Franz Westphal
im Alter von 23 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Ortsverwaltung Berlin.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 2. November, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Hl. Michaelshofes in Nordend aus statt. 27/18

Knaben-Anzüge
Balletts, Hosen, Joppen, 800 Stüd, zurückgekehrt, direkt in Handel, Hoher Steinweg 15 III, Ede Königl. *

In der ersten November-Woche
Verkauf für teilweise die Hälfte der regulären Preise
teilweise noch billiger.
Plüschmäntel bester mod. Ausfüh.
Abendmäntel l. d. schönst. Nuancen
Kostüme neuester Mode.
Paletots engl. Art. Frauenmäntel, Jacken, franz. garn. Kleider, Kostümröcke, Blusen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Kandidatenbüro: Col I. Amt 3, 1939. Charlottenstraße 3. Col III. Amt 3, 1937.
Donnerstag, den 3. November 1910, abends 8 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
der Klempner.
in den Musiker-Gehäusen, Kaiser-Wilhelm-Straße 18m.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Gries über: „Was müssen wir als Arbeiter von der Krankenversicherung wissen?“ 2. Erziehung der Krankenkassen. 3. Krankenanforderungen.
In Anbetracht der bevorstehenden Wahl der Delegierten zur Ortskrankenkasse und um die Wahl der Krankenkassenkommission zu vervollständigen, ist es Pflicht eines jeden Kollegen, ihr zahlreiches Besitzt zu schicken. Erachtet alle vollständig, geht das Ihr Euch an den Krankenanforderungen beteiligen wollt.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. 124/13
Die Ortsverwaltung.

Verband der Buch- und Steindruckerei- u. Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Am 30. Oktober früh 6 Uhr, nach langem schweren Leiden unser Kollege
Franz Westphal
im Alter von 23 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Ortsverwaltung Berlin.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 2. November, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Hl. Michaelshofes in Nordend aus statt. 27/18

Knaben-Anzüge
Balletts, Hosen, Joppen, 800 Stüd, zurückgekehrt, direkt in Handel, Hoher Steinweg 15 III, Ede Königl. *

Westmann
jeweils anfang. v. 5, 12, 16, 20, 24, 28, 32, 36, 40, 44, 48, 52, 56, 60 usw. - b. 300 früher z. Teil 10, 20, 30, 40, 50, 60, 70 bis 700.
Wichtig für stark Figuren: **Welke Größen in all. Preislagen**
Westmann
Mehrmärkte 37a | parterre: Gr. Frankfurter Str. 115 nahe Jerusalemstr. | 1. Eing. nahe Andreasstrasse.
Trauer-Westmann (garn. gesch.)
Sonder-Abteilung für schwarze Mäntel, Kleider, Blusen, Hüte etc. - Ganzerrat billig! -

Billigster Schnellheizer
mit Schamotte-Einsatz für Stoh- u. Hängelicht
2 Mark.
J. Ramann, Fabrik f. mod. Beleuchtung, C. 17, Warschauerstr. 41/42.

Aus Industrie und Handel.

Revison des deutsch-portugiesischen Handelsvertrages?

Die neue portugiesische Regierung hat die Erklärung abgegeben, daß sie die sämtlichen bestehenden internationalen Verträge Portugals anerkennen werde. Dazu schreibt der Handelsvertragsverein: Diese Anerkennung wird sich natürlich auch auf den mit dem 6. Juni dieses Jahres in Kraft getretenen deutsch-portugiesischen Handelsvertrag erstrecken. Bietet dieser doch Portugal infolge der vorbehaltlosen Einräumung der deutschen Meistbegünstigung außerordentliche Vorteile, die sich schon jetzt in einer erheblichen Steigerung der portugiesischen Einfuhr (besonders in Wein, Sardinen, Ananas, Wachs usw.) bemerkbar machen. Dagegen hat sich an den Absatzbedingungen der deutschen Ausfuhr — abgesehen von den wenigen und unerheblichen Vertragszöllen, an denen wir infolge der Meistbegünstigung teilnehmen — vorläufig nichts geändert. Darum kann auch die Gestaltung der deutschen Ausfuhr nach Portugal nicht als Wirkung des neuen Vertrages angesehen werden. Dazu wird man erst dann berechtigt sein, wenn Portugal seinen Zolltarif in hochschutzzöllerischem Sinne ändern sollte und damit die vertragliche Festlegung einer Höchstgrenze portugiesischer Zölle zur Wirkung gelangt. Es fragt sich aber, ob Portugal eine solche Tarifänderung nach der Revolution noch vornehmen wird? Denn die neue Regierung befindet sich in scharfem Gegensatz zu den industriellen Hochschutzzöllnern und hat — was noch kaum beachtet worden ist — in ihrem Programm ausgesprochen, daß die künftige portugiesische Handelspolitik sich in freihändlerischer Richtung bewegen soll. Demnach wäre zu erwarten, daß der Zolltarif in absehbarer Zeit statt nach oben, nach unten revidiert wird. Damit entfielen aber die wesentlichsten Voraussetzungen, auf der der deutsch-portugiesische Vertrag beruht. Von deutscher Seite hat man neben der gegenseitigen Einräumung der Meistbegünstigung vor allen Dingen darauf Wert gelegt, die deutsche Ausfuhr nach Möglichkeit vor der drohenden Erhöhung der portugiesischen Schutzzölle zu sichern und diese in gewissen Grenzen zu halten. Zu diesem Zweck ist ein großer Teil des bisherigen, schon sehr hohen Tarifs gebunden worden und außerdem eine große Anzahl von Zöllen — die durchweg erheblich höher sind als die jetzt in Geltung befindlichen — für die Dauer des Vertrages festgelegt worden, über die daher Portugal bei einer Tarifrevison gegenüber Deutschland nicht hinausgehen darf. Führt nun die portugiesische Regierung ihr freihändlerisches Programm aus, so sind gerade diese Bestimmungen, die für Deutschland den Hauptinhalt des Vertrages ausmachen, ganz gegenstandslos. Ja, sie dürften geradezu nachteilig sein, denn infolge ihres hochschutzzöllerischen Charakters könnten sie für die freihandelsfreundliche Regierung leicht ein Hindernis für einen autonomen Abbau der portugiesischen Zollmauern bilden. Und einen solchen Abbau muß die Regierung schon im ihrer Selbsterhaltung willen in absehbarer Zeit vornehmen, um einerseits durch Bekämpfung der außerordentlichen Verteuerung aller Lebensmittel, andererseits durch Förderung der portugiesischen Ausfuhr sich die notwendige Popularität zu sichern. Schon die bisherigen ergebnislosen Vertragsverhandlungen Portugals mit England und Frankreich haben deutlich gezeigt, daß auf der Grundlage des jetzigen deutsch-portugiesischen Vertrages weitere günstige Handelsverträge für Portugal nicht abzuschließen sind, daß vielmehr Portugal weitere Vorteile für seinen Export erst dann erlangen kann — vielleicht auch gegenüber Deutschland — wenn es seinen übertriebenen Schutzzoll wesentlich herab-

setzt. Darum liegt eine baldige und gründliche Revison dieses unglücklichen Vertrages auch im wohlverstandenen Interesse Portugals. Für Deutschland dürfte ein Antrag auf Revison des Vertrages unter diesen Umständen ohne Bedenken sein, wird doch dadurch der portugiesischen Regierung ein erwünschter Anlaß geboten, ihre freihändlerischen Tendenzen in die Praxis zu überführen.

Protestversammlung gegen das Defensyndikat. Die „Freie Vereinigung der Bäckermeister von Berlin und Umgegend“ beruft auf heute nachmittag 5 Uhr nach dem „Adligstädtischen Kasino“, Holzmarktstraße, Ede Alexanderstraße, eine Protestversammlung gegen die Machinationen des Defensyndikats und die beabsichtigte Zwangsinnung.

Steigende Schifffahrtssubventionen.

Die sich immer weiter verschärfende Abschließungspolitik kommt auch in den steigenden Lätzen zum Ausdruck, die die einzelnen Staaten durch Gewährung von Schifffahrtssubventionen auf sich nehmen. Im Hinblick auf diese Tatsache dürfte das Urteil von Interesse sein, welches der Verein Hamburger Reederei in seinem Jahresbericht für das Jahr 1909-1910 über diese Bestrebungen fällt. Dort ist gesagt: „Die Schifffahrtssubventionspolitik der fremden Nationen hat im Berichtsjahre eine weitere Steigerung erfahren. Das neue spanische Schifffahrtsgesetz, welches die fremde Schifffahrt vom 1. Januar 1911 ab mit recht erheblichen Abgaben belegt, enthält Bestimmungen über die Subventionierung der einheimischen Schifffahrt und des Schiffbaues, die man geradezu als die Beschaffung von Schiffen und eine dauernde Bestreitung eines Teils der Betriebskosten zu Lasten des Staates bezeichnen kann. Ebenso bedeutet die Neuordnung der italienischen Subventionspolitik eine weitere Befestigung dieses Systems. In Oesterreich harret ein neues Gesetz seiner parlamentarischen Erledigung, welches auch für die Südamerikafahrt eine bedeutende Staatsunterstützung in Aussicht stellt. Der neue Subventionsvertrag der französischen Regierung mit den Messageries Maritimes, der einer teilweisen Verstaatlichung der genannten Reederei gleichkommt, ist zwar noch nicht angenommen, aber nur deswegen, weil auch andere französische Reedereien sich nicht mit den laufenden Schifffahrtssubventionen zufrieden geben wollen, vielmehr eine direkte Subventionierung erstreben. Eine Unterstützung der Schifffahrt mit Staatsmitteln ist auch in Belgien üblich geworden. Ebenso werden neuerdings in Rußland, Norwegen und den Vereinigten Staaten gefühlvolle Maßnahmen mit dem Ziele einer Subventionierung der Schifffahrt betrieben. Diese im letzten Jahre verzeichneten Fortschritte der Schifffahrtssubventionspolitik zeigen, daß die fremden Schifffahrtsnationen sich in dieser Beziehung mehr und mehr zu überbieten bestrebt sind. Damit entsteht die große Gefahr, daß die jetzige Lage der Schifffahrt, die auf eine allzu rasche Vermehrung der Tonnage zurückzuführen ist, mit künstlichen Mitteln noch weiter verschlechtert wird. Die Regierungen der interessierten Nationen, namentlich unsere Reichsregierung, sollten daher dem schon wiederholt geäußerten Gedanken näher treten, daß eine allmähliche Beseitigung der Schifffahrtssubventionen im Interesse einer gesunden Entwicklung der Weltschifffahrt dringend erforderlich und auf dem Wege internationaler Abkommen sicherzustellen ist.“

Aus der frauenbewegung.

Die Prostitution in der Mandschurei.

Die „Petersburger Zeitung“ schreibt über die Prostitution in der Nord-Mandschurei u. a. folgendes: Nur in einem Unternehmen sind und bleiben die Japaner überlegene Konkurrenten, das ist die Er-

haltung öffentlicher Häuser. Unbegreiflich, wo nur Japan diese Regionen prostituiertes, die den ganzen Orient überdauern, hernimmt. In Charbin allein, wo die Gesamtzahl der Japaner kaum über ein paar Tausend reicht, sind 78 japanische Prostituierte registriert bei 70 europäischen. An der Bahnlinie gibt es selbst auf kleinen Stationen, wo man keine europäischen Prostituierten findet, japanische öffentliche Häuser. Die japanischen Prostituierten sind junge, heitere Personen von meist sympathischem Aussehen. Sie sind fast alle des Lesens und Schreibens kundig und lieben es, ausführliche Tagebücher zu führen. Die Besitzer dieser Häuser gehören vielfach den gebildeten Ständen an; nichts Ungewöhnliches ist es, unter ihnen Stabsoffiziere anzutreffen. Auch scheint es keineswegs anstößig zu sein, wenn hochgestellte Beamte ganz öffentlich mitten am Tage diese Häuser besuchen; an Orten, wo es keine japanischen Gasthäuser gibt, sieht man diese Herren in öffentlichen Häusern absteigen. Im übrigen muß bemerkt werden, daß alle größeren Häuser Gemache besitzen, die mehr oder weniger getrennt von der öffentlichen Wirklichkeit als geweihte Räume dazu dienen, vornehme Gäste aufzunehmen. Auch an Religiosität fehlt es in solchen Häusern nicht, Waiderväter halten hier Gottesdienste ab; es wird inbrünstig gebetet für ein gutes Geschäft. Europäische Sanitätsärzte, deren Kontrolle die Häuser unterliegen, erhalten zum neuen Jahre Einladungen, mit ihrer Familie diese Häuser vormittags zu besuchen. In den geweihten Räumen läßt man es bei dieser Gelegenheit nicht an gastfreundlicher Bewirtung fehlen. Der Leiter des Prostituiertenhospitals ist voll des Lobes über den moralischen Gehorsam der japanischen Orienttimen. Bei alledem ist wiederholt festgestellt worden, daß diese öffentlichen Häuser eine ganze Anzahl geheimer Prostituierten beherbergen und, obwohl die Personen krank sind, zum Verkehr zulassen. Viele Kinderwärtinnen entstammen aus den öffentlichen Häusern; sie wechseln den — Beruf, wenn sie körperlich sich müde fühlen, oder weil das Geschäft im öffentlichen Hause ihnen weniger einträgt, als die hohe Gage 20—25 Rubel monatlich! Außerdem sollen diese Häuser in weitgehendem Maße Bureaus darstellen, die sich mit Spionage und Wirtschaftsbewertungen des Rayons beschäftigen; sie stehen sowohl untereinander als auch mit ihren Konsulaten in regem Konnekt. In Kuantschendro trug ein solches Haus die charakteristische Aufschrift „Japanischer Patriotischer Verein“ in japanischen Hieroglyphen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Mittwoch, den 2. November, 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 70: Vortrag: „Aus dem öffentlichen Leben Amerikas“. Referent: Max Schippel. Gäste, Männer und Frauen, willkommen. Sonntag, den 6. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, in Dörfels Hofkellerei, Neue Friedrichstr. 35: Einleitender Vortrag für die drei Beethoven-Konzerte. Herr Dr. Leichtenritt spricht über das Thema: „Das Leben und Schaffen Ludwig van Beethovens“. Eintritt frei. Billetts a 50 Pf. für die Konzerte sind zu haben im Verein, bei Frau Aloisia, Fischestr. 1, Frau Köbber, Schreinerstraße 55, Frau Jordan, Lübecker Str. 43, Frau Kulide, Prinzenstraße 102, und im Zigarettenladen von Gorch, Gewerkschaftshaus. Das erste Konzert findet Sonntag, den 13. November, im Blüthner-Saal, Litgowstr. 76, nachmittags 3 1/2 Uhr statt. Am 8. November besichtigt der Verein das Kinderohr in der Neustädterstr. 22. Treffpunkt 7 1/3 Uhr Ede Uranien- und Küstrasserstraße. (Nur für Mitglieder und Angehörige.) Stralau. Montag, den 7. November, 8 1/2 Uhr, in den Markgrafenböden, Markgrafenendam 84: öffentliche Frauenversammlung. Vortrag: „Jungerpolitik, Kaiserreden und die Meinung der Frauen.“ Frau Frida Wulff-Berlin. — Hierzu Sonntag, den 6. November: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen.

Ulster - Paletots - Pelze

Neue Formen nach englischen Modellen □ Modernste Machart. Deutsche und englische Stoffe letzter Mode □ Eigene Fabrik. English Ulster newest fashion □ English Ulstering latest style.

- Ulster Nr. 100 Marengo - Cheviot. Fischgrat-Muster 18.- Mk.
Ulster Nr. 101 Dunkelgrauer u. bräunlicher Cheviot. Gestr. u. kariert 27.- Mk.
Ulster Nr. 102 Grau, braun, grünlicher Cheviot mit angewebt. Futter 36.- Mk.
Ulster Nr. 103 Hell- u. dunkelgrauer Melton-Cheviot in viel. Dessins 40.- Mk.
Ulster Nr. 104 Mittelgr. Cheviot mit angewebt. Futter. Diag.-Muster 50.- Mk.
Ulster Nr. 105 Ech englisch. Cheviot. Neueste Musterungen 60.- Mk.

- Paletot Nr. 3 Grau und braun melierter Diagonal 18.- Mk.
Paletot Nr. 4 Cheviots in den neuest. Diagonalgeweb., sehr elegant 24.- Mk.
Paletot Nr. 6 Schwarzer Eskimo mit gutem Plaidfutter 30.- Mk.
Paletot Nr. 7 Glatte u. gemust. Cheviots in den neuest. Ausmusterungen 36.- Mk.
Paletot Nr. 8 Reinwollene Eskimos u. Cheviots, sehr vornehm 40.- Mk.
Paletot Nr. 9 Hochfeiner Melton, Ersatz für Maßarbeit 50.- Mk.

Man verlange kostenfrei den soeben erschienenen, reich ausgestatteten Spezial-Pelz-Katalog No. 40 über Geh-Pelze, Auto-Pelz-Mäntel, Chauffeur-Pelz-Mäntel, Reise-Pelze, Wirtschafts-Pelze, Livrée-Pelze, Chauffeur-Pelze, Ziegen-Mäntel, Leder-Pelz-Kleidung, Pelz-Jagd-Joppen, Pelz-Jagd-Röcke, Pelz-Jagd-Mäntel, Pelz-Joppen für Straße, Wagen und Skilauf, Wintersport-Pelz-Joppen, Pelzkragen, Pelz-Handschuhe und Kutscher-Garnituren usw.

BaerSohn

Kleider - Werke

Chausseestraße 29-30
Gr. Frankfurter Str. 20

11 Brückenstraße 11
Schöneberg, Hauptstr. 10



Echt englische Haarhüte unter Preis 2.75 u. 4.-

Verband der Lederarbeiter

Filliale Berlin I.
Donnerstag, den 2. November 1910, abends 8 Uhr,
in Schmidt's Festsaal, Pringelallee 33:

Versammlung

Tagesordnung:
1. Abrechnungen. 2. Stellung zur Gaukonferenz und Wahl von drei Delegierten. 3. Verhandlungsgegenstände. 4. Beschließendes. 144/8
Um recht zahlreichen Besuch ersucht
Der Vorstand.

Berichtigung.

Ortskrankenkasse der Weber

und verwandten Gewerbe.
In der Tagesordnung der gemeinsamen Versammlung wurde es heißen:
1. Wahl von 3 Redaktoren zur Vorbereitung der Jahresrechnung für 1910 (nicht 1916, wie infolge eines Druckfehlers in Nr. 255 zu lesen).
Der Vorstand.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
für Haut- und Hautleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4
dort am

Sie empfehlen:

Arbeiter-Gesundheitsbibliothek

Heft 11.

Frauenleiden u. deren Verhütung.

Recht einem Anhang: Die Verhütung der Schwangerschaft.
Von Dr. J. Zadek.
Preis 20 Pf. Gute Ausgabe 50 Pf.
Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 2. November.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues König. Opern-Theater.
Das Ringgold.

Königl. Schauspielhaus. Der Krampus.

Deutsches Sommertheater. Kammerstücke. Der Arzt am Scheidewege. (Anfang 8 Uhr.)

Seifing. Wenn der junge Wein blüht.

Berliner. Die heilige Jungfrau.

Trianon. Der heilige Galm.

Neues Schauspielhaus. Ueber unsere Kraft. 1. Teil.

Neues Schauspielhaus des Kaffers. Abschied vom Regiment.

Konigliche Oper. Hofmanns Erzählungen.

Heidens. Noblesse oblige.

Kleines. Die verfluchte Frauenzimmer. Erster Akt.

Theater. Kolnische Wirtschaft.

Schiller O. Schiller-Theater. Robert und Bertram.

Schiller-Charlottenburg. Der Dummkopf.

Friedrich-Wilhelmstädtisches. Krieg im Frieden.

Weiden. Die schönste Frau.

Neues Operetten. Der Graf von Luxemburg.

Luftspielhaus. Der Feldherrnhügel.

Quira. Berlin geht zu Bett.

Volkoper. Der Freischütz. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Woburn. Der Moloch.

Herrnsfeld. Eine verlorene Nacht. Der Dachhüter.

Köln. Verführung der Frauen.

Solles Caprice. Der Feldwebelhügel. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Metropol. Hurra - Wir leben noch!

Kasino. Der Schneidige Rudolf.

Woyze. Spezialitäten.

Vakane. Spezialitäten.

Reichshallen. Stettiner Sänger.

Walhalla. Bravo! Da capo! (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Wintergarten. Spezialitäten.

Karl Haverland. Spezialitäten.

Sandwich. Was die Kerle! Spezialitäten. (Anf. 8 1/2 Uhr.)

Urania. Tausendundein. (Anf. 8 1/2 Uhr.)

8 Uhr: Professor Dr. Ph. Bookenheimer: Erinnerungen an meine Reise „Rund um Asien“ im Jahre 1908.

9. November: Beginn eines Zyklus über Heizung und Beleuchtung (Dr. Bornstein). Prospekt kostenlos.

Urania.

Wissenschaftliches Theater
Taubenstraße 48/49.
Heute abend 8 Uhr:
Professor Dr. Ph. Bookenheimer:
Erinnerungen an meine Reise „Rund um Asien“ im Jahre 1908.
Hörsaal 8 Uhr:
Chemiker P. Bartel: Herstellung von Steingut, Solazzo 2. Porzellan.
9. November: Beginn eines Zyklus über Heizung und Beleuchtung (Dr. Bornstein). Prospekt kostenlos.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:
Berlin geht zu Bett.
Donnerstag: Berlin geht zu Bett.
Freitag: Der Hüttenbesitzer.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Die Schwanenprinzessin. 8 Uhr: Sonnabend nachm. 8 Uhr: Der Hüttenbesitzer. 8 Uhr: Gregorio.
Montag: Der Führer im Kloster.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 102.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Die Verführung der Frauen.
Historisches Schauspiel in 5 Akten von Arthur Müller.
Donnerstag: Das neue Gebot.
Freitag: Die Verführung der Frauen. Sonnabend nachm. 4 Uhr: Frau Holle. 8 Uhr: Die Räuber.

Metropol-Theater.

Hurra!
Wir leben noch!
Große Ausstattungsrevue in 7 Bildern v. H. Freund. Musik v. H. Golländer. In Szene gesetzt von Dir. R. Schulz. Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater

8 Uhr:
Das vollständig neue Programm.
u. a.:
Gaston Colonel Bordeverry,
Der berühmteste Kunstschütze der Welt.
Walter Steiner? Juliette d'Arté?
10 Uhr:
Mizzi Wirth
in ihrer Operetten-Robinette
Frauenrätsel.

WINTERGARTEN

Neues Programm!
Lafory, Bremonval, v. d. gr. Oper Paris. Etoile Paris.
Lillian Herlein, amerik. Oper-Säng.
Edward La Vins, kom. Jongleur.
The Gala-girls, engl. Tanz-Ensembl.
Heldens Marionetten-Theater.
The Jordans, Luft-Akt. Harry de Cob.
Equilibrist. Luigi Marabini. Eismod.
Kaufmanns Lady Cycle-Troupe.
Silbens Katerndressur-Akt.
Les Marquards in ihrer Scene:
Im Wassertraum.
Reynolds and Donegan, Tänzerpaar
in roll. Rollschuh-Meisterschaft.
Biograph, neueste Aufnahmen.

Passage-Theater.

Garlands
Neger-Operette
20 Solokräfte
Edm. Naddge
Jean Moreau
Glima-Sport-Konkurrenz
Glima-Ringen-Boxen
u. das große Attraktions-Prgr.

Herrnfeld Theater

Von 8-11
Stürmisches Leben oder
Eine verlorene Nacht
Ein lustiger Exakterfall in 2 Akten
von Anton und Donat Herrnsfeld.
Dierza: Der Derby-Sieger.
Komödie von H. Reibherdt.
Anf. 8 Uhr. Vorvesch. 11-2 (Theaterf.).

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theat).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Robert und Bertram.
Poffe mit Gesang in 4 Akten
von Gustav Heber. Ende 10 1/2 Uhr.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Das Urbild des Tartuff.
Freitag, abends 8 Uhr:
Robert und Bertram.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Dummkopf.
Lustspiel in 5 Aufzügen v. L. Zula.
Ende 10 1/2 Uhr.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Sodoms Ende.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Dummkopf.

LICHT-SPIELE

Mozartsaal

Schwarzer Adler

Richard Arnold.
Frankfurt a. M.
Jeden Mittwoch:
Gr. humor. Soiree der altrenom. beliebten Leipziger Säng.
ehem. Mitglieder der „Kugo-Zimmermann Leipziger Säng.“
Horren Meusel, Acke, Sonnholder, Held, Werner, Stephan und Robin.
Modern. Dezent. Nach der Vorstellung:
Stets wechselndes Programm. Tanzkränzchen.
Anfang 8 Uhr. Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Adler Lichtenberg

Frankfurt a. M.
Jeden Mittwoch:
Gr. humor. Soiree der altrenom. beliebten Leipziger Säng.
ehem. Mitglieder der „Kugo-Zimmermann Leipziger Säng.“
Horren Meusel, Acke, Sonnholder, Held, Werner, Stephan und Robin.
Modern. Dezent. Nach der Vorstellung:
Stets wechselndes Programm. Tanzkränzchen.
Anfang 8 Uhr. Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Rollschuhbahn

Kurfürstendamm 151
Heute, 2. November, nachmittags 4 Uhr:
Kinderfest und Jugend-Wettspiele.
Verteilung entzückender Preise.
Eintragungen werden angenommen bis zu Beginn des Festes.

CLOU

Mauerstr. 82
Zimmerstr. 90-91

Berliner Konzerthaus

Täglich 8 Uhr abends
Eintritt 1 Mark
Gastspiel v. Mitgl. d.
Mailänder Scala-Orchesters
66 Künstler. Dirig.: Egisto Tango 10 Solisten.
Nachmittags 4-7 Uhr:
Großes Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.

Passage-Panoptikum.

Prinz Atom,
der kleinste Mensch aller Zeiten
lebend!
Buddhas dunkles Geheimnis.
Der Mann mit dem eisernen Schlund!
Alles ohne Extra-Entree!
Eintr. 50 Pf., Kind. u. Soldaten 15 Pf.

Stadt-Theater Moabit

Alt-Moabit 47/48.
Donnerstag, den 3. November 1910:
Kostüme! Kostüme!
Im Café Noblesse.
Spitzbüdenkomödie in drei Aufzügen
von G. Schiller.
Kaffeneröffn. 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung:
Tanz.

Zirkus A. Schumann.

Heute Mittwoch, 2. November,
abends 7 1/2 Uhr:
Die kolossale Pantomime:
9 1/2 Uhr:
Der große Coup
der
Schmuggler
Vorher:
Die persische Truppe
Mirza Golem
12 Personen sowie
die übrigen Spezialitäten.

Zirkus Busch.

Mittwoch, den 2. November,
abends 7 1/2 Uhr:
Wiederholung der großen
Premierenvorstellung.
Gastspiel des her. Dresseurs
Herrn Dir. Pierre Althoff
mit seinen 99 dress. Pferden.
Neu! Elisabeth v. Dynar, Schul-
reiterin, mit ihren eigenen
Schulpferden. Neu! Die be-
rühmte Radfahrerin Klein.
Ferner die Frenschis, Kaiser-
familie. - Die urkomischen
Fratellinis. 7 Kita?
Max Marzell, Manegekomiker.
Um 9 1/2 Uhr, zum 2. Male:
„VENEZIA“
Vorher das gr. Gals-Programm.

Casino-Theater

Reichinger Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Nur bis Freitag, den 25. November:
Der Schneidige Rudolf.
Ab Sonnabend, den 26. November:
Das Original Berliner Volkslied
Julie Wippen.
Sonn. 9 1/2 Uhr: Berühmte Töchter.

Folies Caprice.

Abends 8 Uhr:
Der Feldwebelhügel
Ein Akt in Schürzen
von Gungler und Soda Soda
Bunter Teil.
Hotel zur Jungfrau.
Touristenpasse von Solpi.

Voigt-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Mittwoch, den 2. November 1910
Ein Kind des Glücks.
Original-Charakter-Spiel in 5 Akten
von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Walhalla-Theater

Weidenbergweg 19/20. (Königs-Lor.)
Anfang 8 1/2 Uhr.
Bravo! - Da capo!
Eins Allerwelts-Revue
in 5 Bildern. Mit den neuen
November-Gesängen.
Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr:
Preziosa
in glänzender Ausstattung.
Ermäßigte Preise.

Trianon-Theater.

Abends 8 Uhr:
Der heilige Hain.
Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstraße.
Das gänzlich neue November-
programm mit
Franz Sobanski.
Emmy Pyralte, Georg Gray, Lotte
Lesso, Anna und Franz Vorgler,
Egon Pilon, Bühnenarrangementskünstler.
Ein süßes Mädel.
Gesangsposse in 1 Akt.

Karl Haverland-

Opern-Theater. Kommandanten-
platz, 8 Uhr. Straße 77/79.
Heute:
Neues Programm
Burgtheater-
Festsäle und Kinematograph
born. Greuterjan, Ansb. | Rud. Herz,
Schönhauser Allee 129. Tel. 3, 9303.
Lebende Photographien.
Eintritt 30 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte.
Anf. 7 1/2 Uhr. Sonnt. 4 1/2. Vorzugskarten,
nur wochent. gültig. 25 Pf. auf allen
Plätzen. Stets wechsel. Programm.

Viktoria Theater

151, Frankfurter Allee 151.
Hiesigen-Lichtbild-Bühne.
Heute neues Programm.
Anfang 6 1/2 Uhr. - Sonntags 3 Uhr.

Germania-Pracht-Säle

Carl Richter.
N., Chaussee-Straße 110.
Heute
Mittwoch:
Paul Mantheys
lustige Sängere.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Nachdem: Frei-Tanz.
= Vorzugskarten gelten =
Morgen Donnerstag:
Großes Militär-Konzert.

Wohin?

Lessing-Theater.
8 Uhr: Wenn der junge Wein blüht.
Donnerst. 8 Uhr: Landt d. Narr.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Die heilige Jungfrau.
Morgen: Der scharfe Junter.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Ferdinand Bonn als Gast.
Die Schauspieler d. Kaiser's.
Dierauf:
Abschied vom Regiment.
Donnerstag bis Sonntag: Sonn.
(F. Bonn als Gast.)

Theater des Westens.
Anfang 8 Uhr.
Die schönste Frau.
Sonn. 3 1/2, 11: Die geschiedene Frau.

Modernes Theater
(früher Hobboldtheater).
Heute und täglich 8 Uhr:
Die beste der Frauen.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Noblesse oblige.
Schaut in 3 Akten von Quinequin
und Weber.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Der Feldherrnhügel.
Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Mittwoch, den 2. Nov., abends 8 Uhr:
Faust.
1. Akte: Vorstellung zu vollstän-
digen Brechen.
Donnerstag: Krieg im Frieden.
Freitag: Krieg im Frieden.

Berliner Volksoper
Belle-Alliancestr. 7/8.
7 1/2 Uhr:
Der Freischütz.

U. T.

Alexanderplatz
Unter den Linden 21
Wedding
(Reinickendorfer Straße 14)
Neu eröffnet:
Hasenheide
(Union-Brauerei).
U. T.

Theater Sanssouci.

Hochbahnstation Köpenicker Tor.
Mittwoch, den 2. November:
Ach die Kerls!!
Berliner Poffe, Musik v. Gindshofer.
Vorher:
November-Weltstadt-
Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
„Im Mausloch.“
Witz, Humor u. Woyzel.
Anfang
mochentags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr.

Für den Inhalt der Anzeigen
übernimmt die Redaktion dem
Abenturner gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Bellealliance... Berliner Credit-Haus... Credit-Haus Meabil

Luhascher, S. Spandau, Potsdamstr. 231...

Wolter, Carl. Weinmeister-Str. 141.

Sinaleo (Bilzbrause) Gen.-Vertret. Otto Starick

Franz Abraham Bank Moskau u. Bismarck-Koll. N. 4...

Goldtrüpfchen R. Neese, Mühlhausen Str. 6.

Si-Si Bestes alkoholfreies Getränk

Arbeiter-Erleichterung F. Falk!...

Feronia Alleleide Fabr. Gebr. Hagen Neht

Oskar Hanko's Großbäckerei 75 Geschäfte

Bäckerei "Nordstern" Inh. Gast, Müller

Mache, Carl. Samariterstr. 17.

Peter's Großbäckerei in allen Stadtteilen u. Seftischen

Schütt, G. Filialen in Berlin O., NO.

Ulrich Heinrich Witter

Badoniafilien Anstalten von Admiralgarten-Bad

Bürger-Bad Wehmerstr. 40b.

Canitz-Bad Münzstraße 2.

Central-Bad Anzenerstraße 25.

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Wistelsky'sche Elektrophysikalische Licht- u. Naturheilanstalt

Passage-Bad Kottbusser Damm 79.

Schiller-Bad Müller-Str. 133a.

Silesia-Bad Viktoria-Bad, Kottbusser Damm 131.

Sendungen, Gummlw. R. Bruck, Stralauer Str. 56.

Wende, A. Tarnstr. 20, Optiker.

Beerdig.-Anst. Sargm. Berndt, Wilmersd., ECKENSTR. 1.

Becker, Reinhold. Invaliden-Str. 165.

Bunzel, R. Kottbusser Damm 171.

Kronen-Grossmann Elsenstr. 92.

Neuendorf, O. P. L. d. Spary-Nord.

Preibisch & Schneider Kottbusser Damm 118.

Schrammar, H. Richardstr. 118.

Wilh. Scholem Kottbusserdamm 94, Keller.

Schuch, M. Rixdorf, Berlinstr. 12.

Wecker, A. Mühlendamm 3.

W. Adelung & A. Hoffmann Aktienbrauerei Potsdam.

Bergbrauerei Feinstes Doppelbier

Palzenhofer Brauerei Die Patzenhofer Flaschenbier

Bezugsquellen-Verzeichnis.

C. Habels Brauerei Habel- u. Habelbräu - dunkel.

Goldbier ist nicht nur ein Erfrischungsgetränk, sondern auch ein Gesundheitsbier ersten Ranges.

S. D. Hoewes Hohensteintweg 67. Tel. I, 8300.

Phönix-Brauerei A. G. Erfrischungs Bier.

Richter & Co., J. C. A. Weifshofer, gegr. 1820. Berlin C54, T. III, 1317.

Schlossbrauerei Schöneberg Schlossbräu-Kronenbräu in Flaschen und Flaschen.

Beleucht.-Gegenst. Beuster, Rixd., Kals-Friedrichstr. 171.

Bunzel, R. Kottbusser Damm 171.

Kronen-Grossmann Elsenstr. 92.

Neuendorf, O. P. L. d. Spary-Nord.

Preibisch & Schneider Kottbusser Damm 118.

Schrammar, H. Richardstr. 118.

Wilh. Scholem Kottbusserdamm 94, Keller.

Schuch, M. Rixdorf, Berlinstr. 12.

Wecker, A. Mühlendamm 3.

W. Adelung & A. Hoffmann Aktienbrauerei Potsdam.

Bergbrauerei Feinstes Doppelbier

Palzenhofer Brauerei Die Patzenhofer Flaschenbier

Cigarrenhandlungen Broger, J., Rixdorf, Bergstr. 17.

Alb. Kasulke Klein, Wilh. Müllerstr. 184.

Damenkonfektion Hugo Ahrendt, Gr. Frankf.-Str. 111.

Max Arnsdorff Oranienstr. 178 u. Rixd., Bergstr. 9.

König König, Wilsch, Kottbusser Damm 118.

Westmann J. Geschäft: Kohlenstr. 37a.

Wolff, Blasen u. Kottbusser Allee 127a.

A. Kieper, Nowawes Friedrichstraße 28.

Drogen u. Farben Adler-Drogerie Adressiert Apoth. Urban.

J. Beetz, Petersburger Straße 72.

Rich. Bockfisch, Fackel, Berlinstr. 46.

Fortuna-Drogerie Fortuna, Ludw., Rixd., Bergstr. 168.

Föhse, O. Fruchtstr. 62.

Alfr. Götting, Frankfurter Allee 17.

Knokebeck-Drog. Knokebeck, Rixdorf, Hermannstr. 119.

Leincke Leincke, Rixdorf, Potsdamstr. 116.

Göbel, Wilh. Filiale: 16grade eigene Pralinen.

Fried. Göseke, 7 Filialen.

F. Hagen 22 Verkaufsstellen.

Röhmanna, P. Müllerstr. 40b, E. Seest. Schmidt, Paul, U. Schwarzweberstr. 48.

J. C. Schütze Nachf., Rixd., Bergstr. 17.

Fahrrad-, Nähmaschinen M. Abels, Brunnenstr. 70.

Krüger, Rich. Köpenickerstr. 47a.

Ernst Machnow Schallplatten, Sprechmaschinen.

Ernst Machnow Schallplatten, Sprechmaschinen.

Färbererei, Wäscher. Berliner Dampf-Wäscherei.

Gebr. Erbuth, Rixdorf, Berlinstr. 12.

O. Naefe Färberei u. chem. Wäscherei.

Taubert, J., Sebastianstr. 86.

Fischhandlungen C. Dittmann, Rixdorf, Berliner Str. 62.

Kahl, Waidenweg 79, auch Wild u. Geflügel.

Winkler & Barthold, Rixd., Bergstr. 15.

Fleischer u. Wursth. S. Basch, Rixd., Bergstr. 68.

Wilhelm Behr Wursth. Speck- u. Schinkenfabrik.

Robert Bludschus Nachf. g. Passauerstr. 1 u. Gonturstr.

Boilhardt, J., Rixdorf, U. Hermannstr. 17.

Danziger Fleisch-Centrale Danziger Straße 14.

Wurst, Speck, Schinken Kauf Sie a. Besten u. Billigsten bei Anton Fehlaus.

Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen.

Fr. Thiel, Rixd., Bergstr. 17.

Feine Fleisch- u. Wursthwaren P. Tietze, Schönhauser Allee 80.

Wo kauft man nur Wurst gut und billig?

Glas u. Porzellan Floeder & Kroll

Grammophon, Sprechm. Becker, W., Wilmersd.-Str. 137, 1.

Hoyer, A., Bergstr. 103 I.

Look's Rollschuh-Centrale u. Musikh., Goltzstr. 47.

Phonographen-Katz größtes Spezialhaus.

Ernst Machnow Schallplatten, Sprechmaschinen.

Dähnert, O. Rixdorf, Bergstr. 121.

Ferdinand Gompowski Sprechmaschinen, Grammophon.

Küchen-Schreiber W. Wedding, Rixdorf, Berlinstr. 19.

Gebr. Erbuth, Rixdorf, Berlinstr. 12.

O. Naefe Färberei u. chem. Wäscherei.

Taubert, J., Sebastianstr. 86.

Fischhandlungen C. Dittmann, Rixdorf, Berliner Str. 62.

Kahl, Waidenweg 79, auch Wild u. Geflügel.

Winkler & Barthold, Rixd., Bergstr. 15.

Fleischer u. Wursth. S. Basch, Rixd., Bergstr. 68.

Cohn, Simon, Goltzstr. 27.

M. Grund Brunnenstr. 177.

Hansen, Rixd., Berliner Str. 11.

Mut-Centrale Oranienstr. 2.

Kehr-Hütte Friedrichstr. 28.

Wo kauft man nur Wurst gut und billig?

Glas u. Porzellan Floeder & Kroll

Grammophon, Sprechm. Becker, W., Wilmersd.-Str. 137, 1.

Hoyer, A., Bergstr. 103 I.

Look's Rollschuh-Centrale u. Musikh., Goltzstr. 47.

Phonographen-Katz größtes Spezialhaus.

Ernst Machnow Schallplatten, Sprechmaschinen.

Dähnert, O. Rixdorf, Bergstr. 121.

Ferdinand Gompowski Sprechmaschinen, Grammophon.

Küchen-Schreiber W. Wedding, Rixdorf, Berlinstr. 19.

Gebr. Erbuth, Rixdorf, Berlinstr. 12.

O. Naefe Färberei u. chem. Wäscherei.

Taubert, J., Sebastianstr. 86.

Fischhandlungen C. Dittmann, Rixdorf, Berliner Str. 62.

Kahl, Waidenweg 79, auch Wild u. Geflügel.

Fortsetzung siehe nächste Seite

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Heute abend 8 Uhr findet im 1. und 5. Bezirk die letzte Flugblattverbreitung zur Stadtverordnetenwahl statt. Die Verteilung sämtlicher Gruppen ist notwendig. Hilfskräfte treffen sich für den 1. Bezirk bei Wieting, Rehringstr. 4; für den 5. Bezirk im Volksbause, Rosinenstr. 8.

Das Zentral-Wahlbureau befindet sich am Wahltag im Volksbause (Stehbierhalle). Genossen, die sich zu den Wahlarbeiten zur Verfügung stellen, werden gebeten, sich dort von morgens 8 Uhr ab zu melden. Der Vorstand.

Rixdorf. Heute abend 8 Uhr finden in Hoppe's Festhale, bei Felsch im „Karlsgarten“ und in Volks Lokal vier öffentliche Kommunalwählerversammlungen statt. Tagesordnung: Ein letztes Wort an die Wähler. Es referieren die Stadtverordneten: Boeske, Roth, Dr. Silberstein und Wuysh.

Am Vorabend der Stadtverordnetenwahlen wird Massenbesuch erwartet. Der Enderufer.

Heute abend findet von 7 Uhr ab für die II. Wählerabteilung von den bekannten Lokalen aus die Auserweiterung statt, welche die Wähler dieser Abteilung zur Wahl am 4. November auffordert. Das Wahlkomitee.

Wilmersdorf. Heute, Mittwochabend 7 Uhr, ist Flugblattverbreitung. Die Parteigenossen und Genossinnen wollen sich vollständig einfinden für den 8. und 9. Bezirk bei Schilling, Lauenburger Str. 20, für den 1. Bezirk bei Bonczel, Kurfürstendamm 126 und für den 10. Bezirk bei Fischer, Durlacher Str. 8.

Am Donnerstag, wo die Wahlen der dritten Abteilung stattfinden, ist es notwendig, daß die Parteigenossen und Genossinnen so zahlreich wie nur möglich sich im Wahlbureau bei Schilling, Lauenburger Str. 20, melden. Das Bureau ist von vormittag 8 Uhr an geöffnet.

Wetzlar-Kummelsburg. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im Café Bellevue, Hauptstraße 2 eine öffentliche Versammlung statt. Genosse Redakteur Georg Schmidt hält einen Vortrag über: „Der Fall des Sozialistengesetzes“.

Berliner Nachrichten.

Kinderhilfsstag.

Der Kampf gegen das soziale Elend, das auf der großen Masse der Weislosen lastet, bleibt noch immer angewiesen auf das bekannte warme Herz der besitzenden Klasse. Was dem Hilfsbedürftigen der Staat und die Gemeinden versagen, das sollen ihm ergehen die vielgepriesenen Werke der Nächstenliebe, an denen all die gemeinnützigen und wohltätigen Vereinigungen sich versuchen. Aber diese helfen zu können meint, ist selber hilflos gegenüber der Größe des Elends, dem da gewehrt werden müßte. Alles, was sie leistet, ist nur stähliger Notbehelf, ein winzig Tröpflein, das auf einem heißen Stein wirkungslos verzieht.

Selbst die besten Absichten, mehr zu tun, scheitern an dem Mangel des Nötigsten, des Geldes. Man kennt die Schwierigkeiten, mit denen die meisten dieser Vereinigungen jahraus jahrein sich plagen müssen, um nur für das Allernotwendigste die erforderlichen Geldmengen zusammenzubringen. Man kennt auch die Mittel, deren so viele Vereine sich bedienen, um die warmen Herzen zur Hergabe ihrer Bittelfennige zu bewegen. Wohltätigkeitsamassements, bei denen es hoch hergehen muß, weil sie sonst keine Zugkraft ausüben und Zahlungsfähige nicht reizen, wiederholen noch immer sich Jahr um Jahr. Doch zu den Einnahmen solcher Veranstaltungen und zu den davon abzuziehenden Unkosten steht ihr Reinertrag manchmal in argem Miskverhältnis, so daß für den Kampf gegen das Elend recht wenig herauskommt.

Ein Verfahren der Geldbeschaffung, das als weniger peinlich empfunden wird und dabei mehr Geld bringen soll, wird nächstens in Groß-Berlin versucht werden. Ein Heer von jungen Damen wird an einem bestimmten Tage, wahrscheinlich Mitte Dezember, durch die Straßen gehen und die Häuser abklappern, um künstliche Blumen an Reich und Arm zu standesgemäßen Preis gegen ansehnliche oder bescheidene Spenden zu verkaufen. Weil der Ertrag dieser unterschiedlichen Anbettelung der gesamten Bevölkerung und der Verbreitung für Säuglingspflege und verwandter Gebiete der Kinderfürsorge zugute kommen soll, wird die Veranstaltung als „Kinderhilfsstag“ bezeichnet. Der Gedanke, durch eine solche allgemeine Akte die mehr oder minder willigen „Wohltäter“ aller Gesellschaftsschichten alle irgend erreichbaren Portemonnaies zu erleichtern, ist nicht mehr so ganz neu. Vor einer Reihe von Jahren kam die Sache in Dänemarks Hauptstadt auf, später wurde sie in einigen deutschen Städten nachgeahmt, und auch Berlin hat schon mal seinen Kinderhilfsstag gehabt.

Jener erste Versuch in Berlin, der im Jahre 1905 gemacht wurde, fiel nicht sehr glücklich aus. Diesmal aber soll's, sagt man, anders angehen werden und erfolgreicher werden. Die Preussische Landeszentrale für Säuglingschutz, die ein Mittelpunkt für die mannigfachen Bestrebungen auf diesem Gebiete ist, hat diesmal die Veranstaltung des Kinderhilfsstages in die Hand genommen. Die Form der Anbettelung wird zwar nicht wesentlich anders als bei jenen ersten Berliner Kinderhilfsstagen sein, aber die genannte Zentrale ist einflußreicher und angesehen als der einzelne Mann, der vor fünf Jahren zur Ausführung des Gedankens aufrief und schon durch die Unbeliebigkeit seiner gern im Vordergrund weilenden Person von vornherein Stimmung gegen seinen Kinderhilfsstag machte. Die Zentrale hat überdies die Klugheit gehabt, im voraus sich der Presse zu versichern, indem sie gnädigst Pressevertreter zu ratgebender Mitwirkung einlud. Sie erlebt es jetzt, daß diesmal die bürgerliche Presse nahezu einmütig die Bedenken, die man vom Standpunkt des Sozialpolitikers wie des Ethikers gegen solche Veranstaltungen haben kann und muß, als unerheblich abtut. Hauptsache sei doch, daß Geld einkommt, und das dürfe man von diesem neuesten Kinderhilfsstag wohl in Fülle erhoffen. Im Gegensatz hierzu hat ein Kenner der Wohltätigkeitsbestrebungen Berlins, Herr Dr. Levy, der die auf diesem Gebiet tätige Aufsichtsstelle der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur leitet, in einem durch die „Vossische Zeitung“ veröffentlichten Artikel sich nach wie vor gegen die Idee eines Kinderhilfsstages erklärt. Er führt aus, daß ebenso, wie die Wohltätigkeitsfeste der bekannten Art, auch diese Kinderhilfsstage, wenn sie vielleicht auch die Kasse füllen können, keineswegs geeignet sind, die Verbreitung und Vertiefung sozialen Verstehens und sozialen Empfindens zu fördern.

Man kann freilich fragen, ob überhaupt die besitzende Klasse bei ihren „Werken der Nächstenliebe“ in nennenswertem Grade sich von sozialem Empfinden leiten läßt. Wer z. B. beachtet, wie gerade die Säuglingsfürsorge bei uns seit mehreren Jahren plötzlich zur Modesache geworden ist, der muß erkennen, daß

da doch ganz andere Beweggründe den Ausschlag geben. Die Säuglingspflege wird von „oben“ protegiert, das genügt, sie sofort als eine Aufgabe, des Schweißes der — sagen wir — Roblen wert, erscheinen zu lassen. Aber noch schlimmere Motive sind es oft, die das „soziale Empfinden“ der besitzenden Klasse zur „freien Liebestätigkeit“ anspornen. Diese „freie Liebestätigkeit“ dient als Mittel, die sozialen Schäden zu bemänteln, das Elend der Weislosen zu verhüllen, und sie wird dann für Gemeindefürsorge und Staatsregierung ein Anlaß zur Reue, daß zur Beseitigung des Elends „genug geschehe“. Es gibt Leute, die es für ganz in der Ordnung halten, daß die besitzende Klasse den Arbeiter schrankenlos ausbeuten dürfe, und es schmunzeln mit ansehen, wie man die Arbeiterklasse in ihrem Kampf um ihre wirtschaftliche Befreiung niederzuknappeln sucht. Wenn aber für irgend eine Wohltätigkeitsveranstaltung der Klingelbeutel umgekehrt, dann greift auch so mancher sonst so erbarmungslos Ausbeuter in seinen prallen Geldbeutel und opfert auf dem Altar der „werkstätigen Liebe“ einen ganzen Taler.

Wir werden gut daran tun, auch gegenüber dem Kinderhilfsstag nicht zu vergessen, daß wir — bei all unserer Sympathie für die Bestrebungen des Säuglingschutzes, dem sein Ertrag zugute kommen soll, — ihn nicht anders als andere Wohltätigkeitsveranstaltungen zu bewerten haben. Die Hilfe, die er bringen kann, ist ein Nichts gegenüber der Größe des Bedürfnisses, mit dem man es hier zu tun hat. Hier zu helfen ist Aufgabe der Organe der Gesellschaft, eine Aufgabe nicht für Wohltätigkeitsvereine, sondern für Gemeinden und Staat. Aber eben davon will die besitzende Klasse nichts hören, trotz ihrem „warmen Herzen“. Und eben deshalb bedarf sie des Weiterbestandes der „freien Liebestätigkeit“, die alle weitergehende Hilfe „abersäßig“ macht.

Krisokratische Erwerbsmöglichkeiten.

Es gibt Leute, die aus altem, wenn es sein muß, sogar aus Miß Geld machen. Sie sind die Schlangen und leben in der Regel „bon“, während der biedere arme Teufel, der sich nur auf seine zehn Finger verläßt, oft genug am Hungertuch nagen muß. Viel besser ist es, wenn man das Glück hat, aus blaudünstiger Sippe zu stammen, dann hat man noch ganz besondere Erwerbsmöglichkeiten, wie folgendes Inserat aus der Nummer 552 des „Berliner Tageblatt“ zeigt:

Krisokrat, Persönlichkeit mit höchsten Beziehungen, sucht Darlehen von 2000 M. Protektion u. Erfüllung v. Wünschen d. mögl. zugesichert. Nur seriöse Restanten, jegliche Vermittlung streng verboten. Off. u. C. B. 604 Exped. d. Blattes, Leipziger Straße 108.

Der darlehensbedürftige Krisokrat dürfte sicher eine Fülle von Zuschriften und Angeboten erhalten, denn es gibt bei uns eine große Anzahl von Portenäs, die nach einem Piepmatz oder einem Kommerzienratstitel geradezu lechzen. Sie geben das Nehmsache des Gewinns, um zu ihrem sehnlichsten Ziele zu gelangen. Und damit ist beiden Teilen geholfen und der Krisokrat kann wieder „standesgemäß“ leben und braucht noch nicht einmal, wie andere Leute, seinen Unterhalt mit dem „Vregeßen“ zu erwerben.

Verkauf des Tempelhofer Feldes und Reichstag. Der bekannte Germanist und Staatsrechtler Paul Laband, der Verfasser der Schrift „Ueber das Budgetrecht nach den Bestimmungen der preussischen Verfassungsurkunde“ und über: „Das Finanzrecht des Deutschen Reiches“, sowie über: „Das Staatsrecht des Deutschen Reiches“, also eine anerkannte Autorität auf diesem Gebiet — hat sich in einem Gutachten über den Vertrag zwischen dem Kriegsministerium und der Gemeinde Tempelhof betreffend den Verkauf des Tempelhofer Feldes dahin ausgesprochen, daß dieser Vertrag ohne die Zustimmung des Bundesrates und des Reichstages gesetzlich ungültig ist und angefochten werden kann. Gibt der Reichstag oder Bundesrat seine Genehmigung zu dem Verkauf nicht, dann ist der Vertrag hinfällig und die Veräußerung als verfassungswidrig zu betrachten.

Die Ausstellungen empfehlenswerter Jugendschriften im Gewerkschaftshause ist jeden Donnerstag von 5—9 Uhr zur Besichtigung geöffnet. Da zurzeit der Besuch noch kein allzu reger ist, so ist gerade jetzt die beste Gelegenheit, die ausgestellten Schriften in Ruhe zu besichtigen. Der Eingang zur Ausstellung befindet sich Portal B, neben dem Bureau des Holzarbeiterverbandes.

Die städtische Verkehrsdeputation stimmt in ihrer gestrigen Sitzung dem Entwurf für eine neu anzulegende städtische Straßenbahnlinie Moabit—Virchow-Krankenhaus—Christianastraße zu. Die neue Linie führt vom Bahnhofs-Tiergarten durch Siegmundshof, Wullenweberstraße, Nagowstraße, Alt-Moabit, Ottostraße, Oldenburger Straße, Welfestraße, Wilhelmshavener Straße, Birkenstraße, Puffigstraße, Föhrenstraße, Triftstraße, Luxemburger Straße, Schulstraße bis zur Christianiastraße, Ecke Pringensallee. Der Entwurf wird dem Magistrat alsbald zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Die Untersuchung über den Eisenbahnunfall auf der Pössener Militärbahn, bei dem zwei Pioniere ihr Leben einbühten, sind nunmehr abgeschlossen. Wie der Lokomotivführer des Sonderzuges ausfragt, ist er am Sonnabendvormittag während der Fahrt von Rehsfelde nach Jossen durch den dichten Nebel nicht instande gewesen, die Strecke auf 60 Meter zu übersehen. Hierzu kam, daß in der Nähe der Station Rankwitz die Maschine des Personenzuges Berlin—Jossen einen außerordentlich starken Anlauf entwickelte, der an den Ausguckschrauben niederzuschlug und so die Aussicht unmöglich machte. Nach seiner Ansicht hat sich der eine der beiden Soldaten neben dem Wagnisloper befunden und ist von der Maschine nur angerannt worden. Wäre der Mann unter die Maschine geraten, so hätte er, der Lokomotivführer, es zweifellos merken müssen. Dagegen muß der zweite Streckenwärter auf dem Wagnisloper entlang gegangen und dann unter die Räder geraten sein. Die Maschine habe plötzlich geschwankt, als ob sie über irgendeine Erhöhung hinweggegangen sei. Er habe sofort abgebrems und fand bei seiner Revision den blutigen Körper des Soldaten zwischen den Rädern. Es hat sich übrigens herausgestellt, daß die Pioniere vordringlich von dem Rachen des Sonderzuges benachrichtigt worden waren. Die beiden Soldaten sind deshalb auch auf dem Wagnisloper der Vorortbahn entlang gegangen und traten erst auf das Militärbahngeleise hinüber, als der Personenzug herannah. Unglückslicherweise passierte wenige Sekunden darauf der Militärzug die Stelle und tötete die beiden Streckenwärter. Die Leichen der beiden Pioniere sind von der Staatsanwaltschaft freigegeben worden und werden im Laufe des heutigen Tages beerdigt.

Ein tragisches Ende hat der vielen Genossen des vierten Kreises bekannte Genosse Gustav Stumpe genommen, der sich am Grabe seiner Frau vergiftete. Aus welchem Grunde Stumpe zu diesem Schritt gelangte, kann niemand sagen. Stumpe hat zu Lebzeiten eifrig für unsere Partei gewirkt; wenn es galt, war er auf dem Posten. Im vierten Kreise bemühte er sich besonders um die Frauenlesende, in denen er wiederholt keine Referate hielt. Noch in der letzten bei Graumann in der Raunhnsstraße abgehaltenen Protestversammlung, die sich mit den Moabiter Vorgängen beschäftigte, gab Genosse Stumpe in der Diskussion die recht beachtenswerten An-

regung, die von der Partei verteilten Flugblätter an auswärtig wohnende Verwandte zu senden, um auch in der Provinz Aufklärung über das Berliner Säbelregiment zu verbreiten. Die Genossen, die Stumpe näher kannten, werden ihm ein gutes Andenken bewahren. Die Beerdigung des auf so tragische Weise aus dem Leben Geschiedenen findet heute Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Durch Kohlen-gas getötet. Den Tod im Verufe hat der 41-jährige Arbeiter Gustav Schulz aus der Lübberser Str. 80 gefunden. Vor dem Hause Hornstr. 5 werden gegenwärtig Erdarbeiten ausgeführt und Sch. hatte in der vorvergangenen Nacht dort Wache zu halten. Er setzte sich in eine Saubude, in der er zum Schutz gegen die Kälte in einem eisernen Waden ein offenes Kohlenfeuer angezündet hatte. Der Arbeiter setzte sich an das Feuer und schlief, da er übermüdet war, bald fest ein. Im Schlafe neigte er sich mit dem Kopf auf den Rand des Kohlenbedens herab und atmete so die giftigen Dampfgase ein. Als gestern gegen 6 Uhr früh die Arbeiter erschienen, fanden sie ihren Kollegen in der erwähnten Stellung besinnungslos und mit stark verrostetem Gesicht vor. Der Verunglückte wurde nach der Unfallstation am Tempelhofer Ufer gebracht, wo Wiederbelebungsversuche mittels Sauerstoffapparates unternommen wurden, die jedoch erfolglos blieben. Die Leiche des Sch. wurde nach dem Schauhause übergeführt.

Zu dem Leichensund an der Lutherkirche wird mitgeteilt, daß die Tote noch immer nicht erkannt ist. 25 Requisitionen, darunter einige, die sehr bestimmt lauteten, haben sich als falsch erwiesen. Augenblicklich liegt keine bestimmte Spur vor.

Einen schrecklichen Tod fand der 35 Jahre alte Brauereinspektor Pläquet aus der Lichtenberger Straße. Er war in der Brauerei von Gabriel u. Richter in Weihensee angestellt. Gestern hatte er auf dem Hofe des Brauereigrundstückes Sträßen schießen wollen. Er stellte sich hinter einen Baum auf einen Stuhl, um auf diese Weise eine Deckung zu haben. Plötzlich kippte der Stuhl um und Pl. stürzte zu Boden. Dabei entlad sich die Waffe und die ganze Schrotladung drang dem Schützen in die Brust. Es wurden so schreckliche Verletzungen und Verbrennungen herbeigeführt, daß die Eingeweide herausstraten. Pl. wurde scheinunglos nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht, doch war er nicht mehr zu retten. Beim Versuch, die Schrotkörner zu entfernen, erlag der Schwerverletzte den Folgen des verhängnisvollen Schusses.

Ueber den Selbstmord eines Offiziersbüros wird aus der Wärsdörfstr. 38/39 berichtet. Der Oberleutnant v. R. von den „Frangern“, der dort wohnt, erhielt nach der Entlassung der Pösterwisten vor fünf Wochen den im zweiten Jahre dienenden Grenadier Spang von der siebenten Kompanie, den Sohn einer Witwe aus Berlin, zum Quartier. Er schickte ihn im Laufe der Zeit dreimal zum Kammerunteroffizier, damit er sich eine neue Wirtswa hofe. Der Grenadier kam jedesmal ohne Wirtswa wieder und erklärte, daß der Kammerunteroffizier ihm keine geben wolle. Es ergab sich jedoch, daß er gar nicht bei dem Kammerunteroffizier gewesen war und seinem Vorgesetzten die Unwahrheit gesagt hatte. Deshalb sollte er abgelöst und in die Kompanie zurückversetzt werden. Außerdem erwartete ihn eine Strafe. Als gestern nachmittags zwischen sechs und sieben der Wirtswa des Leutnants von R., der neben von R. wohnt, nach Hause kam, fand er die Tür verriegelt. Der Hausverwalter ließ durch einen Schlosser öffnen, und jetzt fand man Spang tot auf dem Fußboden liegen. Er hatte sich eine Kugel in die rechte Schläfe geschossen. Die Leiche wurde nach dem Garnisonlazarett gebracht.

Ein Unfall hat sich gestern mittag auf dem Hofe des Reitkaufes zugetragen. Beim Abrufen des Leitgerüstes des Turmes stürzte eine große Leiter um und schlug auf einen Wagen der Firma Altman, Charlottenburg. Der Aufsicht dieses Wagens wurde so schwer verletzt, daß er in das Krankenhaus Friedrichshain transportiert werden mußte. Wen die Schuld am Unfall trifft, konnte bisher mit Sicherheit noch nicht festgestellt werden.

Arbeiter-Samariter-Bund. Kolome Berlin. Heute abend 9 Uhr: 5. Abteilung in Rixdorf, Erfr. 8. Morgen, Donnerstag, abend: 3. Abteilung in Schöneberg, Vorbergstr. 10, und 4. Abteilung in Lichtenberg, Schornweberstr. 60. Vortrag in allen Abteilungen über Verletzungen — Wundbehandlung und Pfustilung mit nachfolgenden praktischen Übungen.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Da sich alles zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie bei den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen vereinigt, da darf natürlich das Charlottenburger Organ für Volksberedung, die „Neue Zeit“, mit ihrer Weisheit nicht hinter dem Berge halten. Was sie sich diesmal an irdischen Ausfällen gegen ihre Gegner, an Verheerung und an logischen Burzelbäumen leistet, das wird höchstens noch von den Flugblättern ihrer liberalen Freunde oder besser gesagt ihrer liberalen Weselshaber, nach deren Weisheit sie tanzen muß, übertroffen. In einem Artikel wirft sie den Sozialdemokraten wegen ihres Wahlauftritts „stumpfsinnige Verdrängung der Tatsachen“ vor, ohne auch nur den Versuch zu machen, diese Behauptung zu beweisen. Die Sozialdemokraten hatten ganz bestimmte Tatsachen angeführt, sie hatten an der Hand von Beispielen gezeigt, wie antisozial die Liberalen sind und wie die sozialen Erzeugnisse in Charlottenburg nicht ihnen, sondern den stets vorwärts drängenden Sozialdemokraten zu danken sind. Diese Tatsachen erlitten für den Monitor der liberalen Fraktion nicht, es geht über die ihm unbenommen Dinge einfach darüber hinweg, daß es sich über die „Arbeitslosigkeit“ entwirrt, die die Sozialdemokratie den Lesern des „Nachworts“ (soll heißen des sozialdemokratischen Flugblattes) zuträut, und dem „Würgertum“ den Rat gibt, „gegen ein detartiertes Auftreten die richtige Maßnahme zu treffen, indem es die beiden in der dritten Abteilung aufgestellten Genossen ordentlich durchfallen läßt“. Ja, wenn das so einfach wäre, wie es sich in den Köpfen der hochwohlweisen Redaktion ausmalt!

Ein anderer Artikel bespricht das Verhältnis der Liberalen zu den Hausbesitzern, um deren Stimmen man buhlt aus Furcht, hielten sonst für die nationalliberalen Sonderkandidaten abgegeben werden. Das muß verhindert werden und so wird denn ein räuberisches Loblied darauf gesungen, wie besorgt die guten Liberalen um das Wohl der Hausbesitzer sind, deren gerechtfertigte Wünsche jederzeit berücksichtigt hätten. Das ist doch wenigstens mal ein offenes Wort. Wir sagen hinzu, daß die Liberalen nicht nur feld für die berechtigten Wünsche der Hausbesitzer, sondern auch für die hausagratischen Sonderinteressen zum Schaden der Gesamtheit eingetreten sind, ja daß sie sich sogar gelegentlich einer Wahlrechtdebatte sehr warm des veralteten, ungerathenen Hausbesitzerprivilegs angenommen haben. Mehr kann man gewiß nicht für seine Freunde tun. Wenn aber die „Neue Zeit“ im Anschluß an ihre Ausführungen der Solidarität der Interessen zwischen Hausbesitzern und Mietern das Wort redet, wenn sie davon fesselt, daß zwischen Hauseigentümern und Mietern keine kommunalen Interessengegenstände bestehen, da unter einer ungerathenen Belastung des Weiges schließlich auch der Mieter leiden muß, der natürlich das Objekt des Gegendrucks bildet, den ein übermächtiger Druck mit Notwendigkeit erzeugt, so zeigt sie damit, wie gering sie ihre Leser einschätzt.

Ihre ganze Besinnungslosigkeit verrät die Redaktion in einem Artikel, der sich gegen ein Flugblatt des nationalliberalen Ortsvereins richtet, kein gutes Haar an dessen Kandidaten läßt und zum

Schluss zu dem Ergebnis kommt: „Darum keine Feindschaft nicht!“ Ja, ja, das schlägt sich, das vertritt sich. Mit Gegnern, denen man Skrupellosigkeit vorwirft, vereinigt man sich gegen einen gemeinsamen Gegner, um ein paar Mandate zu ergattern. Besonders wählerisch in ihrem Umgang ist diese Sippschaft gerade nicht. Bei dieser Gelegenheit vertritt übrigens das Organ des Kommunalvereins in der Hitze des Gefechts, warum der national-liberale Ortsverein Sonderkandidaten aufstellt. Im vorigen Jahre ist der Ortsverband um drei Mandate zu erlangen, mit den anderen bürgerlichen Parteien durch die und durch gegangen, aber diesmal haben die „Linsolliberalen“ und die „Vereinigten alte Fraktion“ seinen abermaligen Wunsch nach einer Verteilung auf den vakanten Sitzen nicht erfüllt, und deshalb entbehrte er auf einmal kommunalpolitische Gegensätze. Ist das nicht das unumwundene Zugeständnis, daß wir auf dem richtigen Wege sind, wenn wir unsere kommunalpolitischen Gegner in einen Topf werfen? Es besteht zwischen ihnen tatsächlich gar keine Gegensätze. Was sie trennt, sind einzig und allein Personenfragen. Das Klauenwesen ist es — das kann gar nicht oft genug gesagt werden —, das sich breit macht. Dies Klauenwesen, diese absichtliche Schädigung der Gesamtheit, diesen Personenkultus, der anständige Menschen ansetzt, zu bekämpfen, ist Aufgabe aller derer, die mit uns für eine sozial-wirtschaftliche Kommunalpolitik eintreten, für eine Kommunalpolitik, deren Richtschnur nicht nur die persönlichen Wünsche des einzelnen, sondern das Wohl der Gesamtheit bildet.

Wilmersdorf-Halsensee.

Recht unangenehme Ueberraschungen erlebten die Rüd. Schriftler in einer Wählerversammlung, die sie zum Montagabend nach dem Viktoriagarten einberufen hatten. Der an die Bürger gerichteten Aufforderung zum zahlreichem Besuch war die Einwohnerzahl von Wilmersdorf freudig nachgekommen; und als erfreuliches Zeichen für die Bedeutung, die allgemein dem diesjährigen Wahlkampf beigelegt wird, ist es zu betrachten, daß auch Frauen an der Versammlung in gar nicht geringer Zahl teilnahmen. Unter diesen Umständen kann man verstehen, daß die Anwesenden peinlich berührt waren, als der Vorsitzende bei der Eröffnung erklärte, eine Pause von zehn Minuten ansetzen zu wollen, damit die Frauen, die nicht in die Versammlung hineingekommen, den Saal verlassen könnten. Dieser Versuch zur Ausschließung der weiblichen Teilnehmer war aber glücklicherweise nicht so böse gemeint, denn als die zehn Minuten um waren und sich niemand vom Platze gerührt hatte, meinte der Leiter, daß er die Versammlung, die er eigentlich ja hätte schließen können, doch lieber tagen lassen wolle; die Frauen wüßten er aber als nicht anwesend betrachten. Man quittierte über den Scherz mit einem humorvollen Lachen. Nach diesem Vorspiel nahm der gestern von uns gekennzeichnete Vorkämpfer Wusch das Wort. Seine Rede bildete die zweite Ueberraschung. Der Gewohnheit, die Sozialdemokratie für alle Schäden in dieser sündigen Welt verantwortlich zu machen, blieb er zwar dadurch treu, daß er Noabit und den Bedding mit feurigem Hintergrunde an die Wand malte und die nach seinen Worten sozialdemokratische Verwaltung der Wilmersdorfer Dreikrantenliste mit über Reden besäuspte. Aber sonst floß seine Rede vom Staunen der Anwesenden von eitel Anerkennung für das kulturfördernde Wirken der Sozialdemokratie über. Nun erfolgte die Vorstellung der rüchschrittlichen Kandidaten, von denen jeder stumm seinen Diener machte; nur der angeblende Fortschrittstamann Lüben schlepte ein paar Reichsverbandsgeschichten gegen die Sozialdemokratie heran.

Hierauf eröffnete der Vorsitzende die Diskussion mit der Mitteilung, daß jeder Redner nur zehn Minuten Redezeit haben solle. Als erster Diskussionsredner wies der sozialdemokratische Kandidat Wilhelm Schröder die Haltlosigkeit der vom Referenten Wusch und dem Herrn Lüben vorgetragenen Reichsverbandsgeschichten nach, was Herrn Wusch zu der Bemerkung veranlaßte, daß er nur dem Vorstand des Reichsvereins anwesend sei, der als solcher dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie beigetreten ist; sonst aber (!) habe er mit dem Reichsverband nichts zu tun. Der Hinweis des sozialdemokratischen Redners auf die arbeiterfeindliche Haltung der jetzigen Stadtverordnetenmehrheit und der Appell an die Versammlung, durch die Wahl von Sozialdemokraten und Demokraten wirkliche Vertrauensmänner der Bevölkerung ins Stadtparlament zu entsenden, löste allseitige Zustimmung aus. Nun folgte Schlag auf Schlag gegen die Reaktionäre. Die Demokraten Wall, Breitweid und Fabian widerlegten mit Nachdruck die persönlichen Anschuldigungen, die von Herrn Wusch gegen sie erhoben waren; der sozialdemokratische Kandidat Oscar Miedel wies nach, wie arbeiterfeindlich die Politik der jetzigen Mehrheit ist; der Vorsitzende der Dreikrantenliste Alfred Miedel erbrachte den lügenden Beweis dafür, daß die von Herrn Wusch gegen die Klassenverwaltung erhobenen Anschuldigungen jeder Begründung entbehren. Allmählich begann es in den Reihen der bürgerlichen Wähler zu wanken. Ein Gastwirt Brandow erklärte, diesmal noch für die bürgerlichen Kandidaten stimmen zu wollen, trotzdem sie durch ihre Politik das Mißtrauen der Gastwirte herausgefordert hätten. Ein Mitglied des Vegetariervereins Alter Det, dessen Vorstand die Versammlung arrangiert hatte, der Fortschrittler Astor, teilte jedoch mit, daß ihm nach den Ausführungen des Herrn Wusch und des übrigens von der Fortschrittspartei verleugneten Herrn Lüben nichts übrigbleibe, als seinen Austritt aus dem Verein zu erklären und der Versammlung die Wahl der sozialdemokratischen und demokratischen Kandidaten zu empfehlen. Es folgte die letzte Ueberrauschung. Nach einigen völlig wirkungslosen Betrübnungsversuchen der Rüd. Schriftler nahm die Versammlung in der ersten Vorgespräche mit erdrückender Mehrheit eine Resolution an, die das Treiben der bisherigen Stadtverordnetenmehrheit beurteilte und das Ergebnis aussprach, die Kandidaten der Sozialdemokratie und der Demokratie mit ganzer Kraft zu unterstützen.

Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Genosse Mollenhuth verlas nach Eröffnung der Sitzung ein Schreiben des Stadtverordneten-Vorstandes Reichardt, worin derselbe mitteilt, daß er sein Amt als Vorsteher niedersetzt. Eine Beschwerde Glinka gegen das Verfahren vor dem Gewerbegericht wurde dem Petitionsausschuß überwiesen. — Die Beschwerde Glinka (S. 12.) gegen einen angeblich zu Unrecht erfolgten Ordnungsruf war vom Beschwerdeführer zurückgezogen. — Der Abtritt, von dem Ausbau der Communikationsstraße zurzeit Abstand zu nehmen, wurde zugestimmt. Sodann wurden noch Mittel für Erkrankungen von Lehrpersonen und Hilfskräfte bewilligt.

Nunmehr erfolgte der Bericht über den Betriebs- und Tarifvertrag mit der Hoch- und Untergummdahngesellschaft. Der Berichterstatter L. Meyer (S. 12.) betonte hierzu, daß die Untergummdahn zur Aufschlüsselung des West- und Südbahngeländes notwendig sei. Der eigene Betrieb würde ungefähr 70—100 000 M. teurer sein, und solche Summen hinauszuweisen wäre nutzlos, auch müßte die Bahn der Hochbahngesellschaft übergeben werden, da diese den Betrieb auszunutzen versteht. Den Betrieb ohne Tarifgemeinschaft selbst zu führen, bringe große Verluste mit sich. Bis zum 30. November 1911 sei die Firma Siemens u. Halske nach dem Bauvertrage verpflichtet, den Betrieb der Bahn zu den Selbstkosten zu führen.

Bobel (S. 12.) stellte mit, daß er im Auftrage der Liberalen Fraktion ermächtigt sei, folgende Erklärung abzugeben: „Das Kommunalprogramm der Liberalen Fraktion fordert ausdrücklich, daß Unternehmungen, die einem dauernden Bedürfnis des Gemeinwesens dienen“ und die durch ihren monopolartigen Charakter die Vorteile eines gesunden Wettbewerbes ausschließen, in städtische Regie zu übernehmen sind.“ Die

Liberalen Fraktion hat trotzdem einstimmig beschlossen, von der eigenen Regie Abstand zu nehmen und den Betrieb einer Monopolgesellschaft anzuflehen, da die nur 3 Kilometer lange Strecke kein gewinnbringendes Unternehmen ist, sondern ein Verkehrsmitel, das nur Zuschüsse fordern wird. Auch sei es nur darauf angekommen, den Nachbargemeinden gegenüber Konkurrenz zu schaffen. Würde die Strecke selbst betrieben werden, dann müßten die minderbemittelten Bürger statt 10 mindestens 20 Pf. zahlen und das wäre eine Belastung, die vermieden werden müßte.

Genosse Klotz betonte: Nach den Ausführungen des Herrn Bobel brauchte man nur ein Programm um den Wählern etwas vorzumachen; das sei allerdings echte liberale Politik, die die Sozialdemokratie nicht mitmache. Letztere lege gerade Wert darauf, Grundzüge zu besitzen und zu vertreten. Wir können nicht einsehen, daß man eine Bahn, die mit städtischem Gelde erbaut und auf das vornehmste eingerichtet ist, veräußert werden soll, statt sie selbst zu betreiben. Der Referent habe nur allgemein gesprochen, ohne Zahlen anzugeben. Nach Abzug der Einnahmen der Betriebskosten, der Verzinsung und Tilgung und der Stromkosten zahlt die Stadt respektive die Steuerzahler im Jahre 1911 jährlich 715 000 M. zu, im Jahre 1914 sind es 577 700 M. und im Jahre 1917 immer noch 438 000 M. In diesen Summen liegt der Unternehmerprofit, den die Stadt, wenn sie die Bahn in Eigenbetrieb übernehme, selbst erhalten würde. Diese Zahlen seien, wie selbst zugegeben werden mußte, eher höher als niedriger, so daß in absehbarer Zeit der Magistrat mit einer Einkommen-Steuererhöhung kommen müsse. Bei dieser kurzen Strecke der Schöneberger Untergummdahn sind alle Vorbedingungen der eigenen Regie vollständig gegeben, da die Stadt nach dreiviertel Jahren den Betrieb mit eingearbeitetem Personal übernommen hätte. Auch hätte die Stadt nicht mehr Unkosten als die Firma Siemens u. Halske. Die Hochbahngesellschaft habe ein besonderes Interesse daran, jede Konkurrenzlinie, die nach Berlin hineinführt, zu verhindern. Die Gesellschaft arbeite ja jetzt schon hinter dem Rücken der Stadt und versuche, ohne deren Zustimmung für sich Konzessionen zu erlangen. Auch dürfte die Stadt aus den Händen der Hochbahngesellschaft niemals herauskommen. Die Schwierigkeiten und Kämpfe mit dieser Gesellschaft begämen jetzt erst. Die sozialdemokratischen Vertreter lehnen den Betriebsvertrag ab und stimmen nur für den Tarifvertrag.

Oberbürgermeister Wilde meinte: Auf dem Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion, große Unternehmen selbst zu betreiben, stände fast alle. Aber nur grundfänglich. Wirte dieser Grundlag schädigend für die Stadt, so müsse man ihn verlassen. Schöneberg sei nur ein kleiner Teil von Groß-Berlin und man müsse auf eine einheitliche Regelung des Verkehrs bedacht sein. — Gottschalk (S. 12.) glaubte die Verlegenheitsklärung seiner Fraktion noch ganz besonders in Schau nehmen zu müssen, im übrigen verfuhr er in seiner bekannten Manier gegen die sozialdemokratische Fraktion zu Felde zu ziehen. Das gleiche tat der Stadtd. Heyner. Beiden Rednern wurde die notwendige Abfuhr zu teil. Hierauf wurde über die Verträge zwischen der Stadt und der Hochbahngesellschaft bezüglich Betriebs- und Tarifgemeinschaft abgestimmt und diese gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, die nur für Tarifgemeinschaft sind, angenommen.

Oberbürgermeister Wilde, der am Montagabend in scheinbar völliger Gesundheit noch an der Stadtverordnetenversammlung teilnahm, ist am Dienstagmorgen im Rathaus bei seiner Arbeit plötzlich verstorben. Es wird im Deutschen Reich wenig Oberbürgermeister gehen, die in allen Kreisen der Bevölkerung so beliebt sind, wie es der Verstorbenen in Schöneberg war. Er war ein Mann mit klarem Blick und warmem Herzen. Spielbürgerliche Anschauungen, in denen ein höherer Kommunalbeamter, durch seinen Umgang und durch die große Zahl von Kleinigkeiten, mit denen er sich täglich zu beschäftigen hat, gar leicht verfallt, waren ihm völlig fremd. Er war ein Mann, der den Grundlag vertat, daß die wachsende Stadt immer größere Pflichten zu erfüllen hat. Wenn für die Bekämpfung der Tuberkulose und Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit Mittel gefordert wurden, dann trat er für die weitgehendsten Forderungen ein. Auch war er ein warmer Vertreter der Forderungen zur Verbesserung der Lage der städtischen Arbeiter. Er war zunächst auf die Dauer von zwölf Jahren gewählt. Im Jahre 1908 wurde er, bevor die ersten zwölf Jahre seiner Amtsführung abgelaufen waren, lebenslanglich gewählt. Kein Mensch hat damals vermutet, daß der Tod so schnell seinem Wirken ein Ziel setzen werde.

Die Gewerkschaftskommission beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung zunächst mit den im November dieses Jahres stattfindenden Delegiertenwahlen zur Schöneberger Dreikrantenliste. Der Obmann wies darauf hin, daß die Wahl diesmal in zwei Lokalen stattfinden. Eine rege Agitation müsse einleiten, um eine der Mitgliederzahl entsprechende Beteiligung, insbesondere der weiblichen Mitglieder, zu erzielen. Die Vertreter der Gewerkschaften werden angewiesen, die Namen der von ihnen vorzuschlagenden Delegierten bis spätestens den 7. November dem Obmann mitzuteilen. Sodann gab Genosse Hexter den Bericht aus der Sitzung der Arbeitsnachweisdeputation, in welcher man sich mit der Delegation zu dem Kongress der Arbeitsnachweise, der in Breslau stattfindet, beschäftigt habe. Sämtliche Deputierte, einschließlich des Magistratsvertreters, haben sich dahin ausgesprochen, daß auch ein Vertreter der Gewerkschaften zu diesem Kongress auf Kosten der Stadt zu delegieren sei. Einstimmig wurde Genosse Heusel in Vorschlag gebracht. Der Schöneberger Magistrat teilt aber anderer Meinung gewesen zu sein, denn Genosse Heusel hat eine Aufforderung zur Teilnahme nicht erhalten. — Die Erweiterung der Räume des Arbeitsnachweises ist wieder hinausgeschoben worden. Die Unterkunftsräume in der Apostel-Paulus-Straße 7, sollen offengehalten werden vom 15. November bis 15. März. Der Genosse Schäfer, Vertreter der Gastwirtegehilfen, beantragt, daß in einer der nächsten Sitzungen unsere Deputierten beantragen, daß der Arbeitsnachweis für Kellerer dem städtischen Arbeitsnachweis angegliedert wird und einen dahingehenden Antrag der Stadtverordnetenversammlung unterbreiten.

Steglitz-Friedenau.

Durch Reichmann zum Krüppel geworden. Bei dem Versuch, auf einen in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen zu springen, kam gestern der Schloffer Emil Henze schwer zu Schaden. Vor dem Grundstück Schlofferstraße 69 sprang er auf einen Motorwagen der Linie B hinaus und kam zu Fall. Er grüet mit den Beinen unter die Räder und der rechte Fuß wurde derartig zugerichtet, daß er im Krankenhaus amputiert werden mußte.

Mariendorf.

Eine junge Mutter. In der vergangenen Nacht gab die erst 12-jährige Tochter Martha des Bergarbeiters H. aus der Lankestrasse einem gesunden Knäbchen das Leben. Die Eltern der jungen Mutter waren natürlich nicht wenig überrascht, denn sie hatten noch gestern Abend keine Klänge von dem, was ihnen und ihrem Kinde bevorstand, und ebensowenig wurde in der Schule etwas von dem Zustand des Mädchens bemerkt. In der Nacht aber mußte ein Arzt geholt werden, unter dessen Aufsicht der neue Weltbürger ins Dasein trat. Martha H. ist ein weit über ihr Alter entwickeltes Mädchen. Der Hausbesitzer Hermann Scherke aus der Lankestrasse wurde gestern unter dem Verdacht verhaftet, die Martha H. verführt zu haben. Er ist seit 15 Jahren verheiratet und Vater einer 12 Jahre alten Tochter.

Grünau.

Nach Ueberwindung vieler Schwierigkeiten findet heute der erste Frauenabend in Grünau statt. Es ist selbstverständliche Pflicht aller Genossinnen und Genossen, für eine fröhliche Entwicklung der Frauenabende durch rege Agitation unter Freunden und Bekannten Sorge zu tragen.

Friedrichshagen.

Durch ein Versehen ist in der Dienstnummer des „Vorwärts“ der Bericht über die letzte Gemeindevorstellung unter Friedrichshagen geraten. Da die Gemeinde Friedrichshagen seit Jahren in Richtenberg eingemeindet ist, werden die Leser den Irrtum wohl schon bemerkt haben.

Von einem Bierwagen überfahren und getötet wurde vorgestern nachmittag der 32 Jahre alte Arbeiter Friedrich Löben aus Friedrichshagen. Er hatte mit einem Freunde auf der Straße ein Brauerfabrikwerk getroffen, dessen Kutscher ihm bekannt war. Aus Scherz fuhr er den Pferden in die Fänge und sein Begleiter machte sich währenddessen an der Bränke zu schaffen. Die Pferde wurden infolge dessen unruhig und beschleunigten ihr Tempo. Man wurde umgerissen und überfahren. Die Räder des schweren Gefährtes gingen ihm über die Brust hinweg, so daß er auf der Stelle getötet wurde.

Nowawes.

Die Frage der Straßenreinigung in unserm Orte führte in der letzten Gemeindevorstellung wieder zu einer recht lebhaften Debatte. Zunächst auf die durch die Zusammenlegung der Gemeinden Nowawes und Neuendorf, sowie auch durch verschiedenartige gerichtliche Erkenntnisse etwas verwinkelte Rechtslage in dieser Sache hatten sich verschiedene Grundstücksbesitzer geeinigt, die vor ihrem Bestimmung gelegene Straßenfront zu reinigen. Die Gemeindevorstellung hatte deshalb bereits im vorigen Jahre eine Polizeiverordnung beschlossen, nach der die Grundstücksbesitzer zur Straßenreinigung verpflichtet wurden, widrigenfalls über sie Strafen verhängt werden sollten. Diese Bestimmungen haben aber nicht die Genehmigung des Kreis-Ausschusses gefunden. Der nunmehr vorgelegte Entwurf enthält im wesentlichen die Bestimmungen des früheren, jedoch ohne Strafbestimmungen; es soll vielmehr, wie der Bürgermeister erklärte, bei Unterlassung der Straßenreinigung durch die Hausbesitzer diese durch Gemeindevorstellung erfolgen, wofür dann von den Anliegern entsprechende Gebühren eingezogen werden. In der Debatte hierüber erklärte Herr Kuff, der Vorsitzender des Neuendorfer Hausbesitzervereins ist, daß er sich mit dem vorgeschlagenen Entwurf nicht einverstanden erklären könne; für ihn handle es sich um die prinzipielle Frage, ob die schon so wie so schwer belasteten Hausbesitzer auch noch die Hausnechte der Gemeinde sein müssen und überhaupt für die Reinigung der Straßen sorgen müssen; diese Frage müsse verneint werden; die Straßen gehören der Gemeinde, und diese habe für die Reinhaltung zu sorgen. (Der Bürgermeister ruft erregt dazwischen: „Geben Sie mir das Geld und es wird gemacht!“) Falls die Verordnung in der vorgeschlagenen Fassung angenommen würde, sei es sicher, daß die Hausbesitzer dagegen den Magweg beschreiten. Herr Schneider hält die Bestimmungen des Entwurfes für zu scharf, da es den im Orte wohnenden Besitzern, die unbebaute Grundstücke an der Peripherie der Gemeinde liegen haben, unmöglich sei, die Reinigung in der geforderten Weise vorzunehmen; er empfiehlt deshalb die Zurückweisung des Entwurfes an die Wegekommission, um eine mildere Fassung derselben herbeizuführen. In energischer Weise wendet sich Genosse Gruhl gegen die vorgeschlagenen Beschlüsse; er erklärt, daß gerade die Hausbesitzervereine mit ihrer verderblichen Politik daran schuld sind, daß solche Verordnungen erlassen werden müssen; die Sozialdemokraten hätten im Prinzip nichts gegen eine Straßenreinigung von Gemeinde wegen einzuwenden, aber dieselbe verursache derartig hohe Kosten, daß eine derartige Maßnahme erst recht auf großen Widerstand stoßen würde; jedenfalls haben die Hausbesitzer das größte Interesse an sauberen Straßen, da ihnen die dadurch erzielten Vorteile zuerst zugute kommen. Diese Ausführungen wurden von dem Genossen Krumann unterstützt, der auch betonte, daß von einer so großen Schärfe der Bestimmungen keine Rede sein könne, und sich dieselben bei gutem Willen wohl durchzuführen lassen, weshalb er die Annahme des Entwurfes empfahle. Dem widerspricht Herr Bobach, welcher beantragt, eine Kommission aus der Vertretung zu wählen, die den Entwurf einer nochmaligen Beratung unterzieht. Die Vertretung beschließt hierauf, den Entwurf an die Wegekommission zurückzuverweisen und diese zur Erledigung der Angelegenheit durch die Herren Bobach, Reiff und Frenzel zu verstärken.

Der Pflasterkostenverteilungsplan für die Hermannstraße hat die Genehmigung der Aufsichtsbehörde nicht gefunden, weil diese die Straße als Renanlage betrachtet und die Veranlagung der Anlieger zu den vollen Kosten ansieht, wie die Vertretung beschlossen, zu 50 Proz. zu erfolgen hätte. Die Vertretung ist jedoch einstimmig der Ansicht, daß die Auffassung des Landratsamtes eine irrige ist, da die Straße tatsächlich schon früher vorhanden war, und bleibt bei ihrem ersten Beschluß bestehen.

Die Gemeinde Drewitz, in deren Gebiet der westlich der Wehlozer Bahn befindliche Weg liegt, macht der Firma Orenstein u. Koppel wegen der Benutzung durch ein Eisenbahnanschlussgleise Schwierigkeiten und verlangt von der Firma eine hohe Benutzungsgebühr. Da die Gemeinde Nowawes ein großes Interesse daran hat, für ihr Gebiet die Wehlozer Bahn als Grenze zu erhalten, beschließt die Vertretung die Umgehung des Wegegeländes zu beantragen, da hier ein Widerstreit kommunaler Interessen vorliegt. — Die Renwahl der Armenvorsteher, Stellvertreter und Pfleger ergibt mit wenigen Ausnahmen die Wiederwahl der gesamten Armenverwaltung.

Feier- und Dienstfeierclub „Süd-Ost“. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr bei Weidhardt, Götlicher Straße 58: Mitgliederversammlung. Vortrag über Handelsrepubliken des Mittelalters. Diskussion. Güte willkommen.

Zentralverband der Fleischer. Donnerstag, 3. November, abends 9 Uhr: Mitgliederversammlung im Hotel Kaiser Hof (großer Saal), Reichenthaler Str. 11/12. Tagesordnung: 1. Gemeindevorstellung, Gewerbevereine wählen und ihre Bedeutung. Referent: Genosse Max Behrend. 2. Uebernahme vom 5. Quartal und vom Herbstvermögen. 3. Bericht über den Streik bei E. Morgenstern. 4. Mitteilungen der Geschäftsleitung und Bericht des Vorstandes.

Witterungsbericht vom 1. November 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Temperatur Grad C	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Temperatur Grad C
Cottbus	741 G	4 Nord	9	4	Charlottenburg	—	—	—	—
Danzig	735 G	6 bedeckt	7	10	Friedrichshagen	—	—	—	—
Berlin	743 G	2 bedeckt	10	9	Steglitz	748 G	—	—	9 bedeckt
Frankfurt	745 G	6 bedeckt	8	9	Berzensee	730 G	—	—	3 bedeckt
Hannover	753 G	5 bedeckt	9	8	Spandau	749 G	—	—	6 bedeckt
Wien	752 G	4 wolfig	11	—					

Wetterprognose für Mittwoch, den 2. November 1910.

Kühler, teilweise aufklarend, jedoch sehr unbeständig mit Regen- oder Graupelchauern und starken nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserkrafts-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerfunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserkraft	am 31.10.	am 1.11.	Wasserkraft	am 31.10.	am 1.11.
Remel, Mühe	104	—33	Saale, Groditz	74	+8
Regel, Ankerberg	—35	—2	Saale, Spandau	65	+8
Reichel, Thon	30	—4	Saale, Spandau	94	+4
Oder, Rastow	124	—3	Spre, Spremberg	—	—
Oder, Großen	134	—3	Westow	145	—1
Oder, Frankfurt	145	—6	Weser, Müden	—99	—2
Wald, Schrum	6	0	Weser, Minden	—25	0
Wald, Landsberg	—16	0	Rhein, Reginnillau	340	+2
Weser, Nordam	—16	0	Rhein, Reginnillau	146	—3
Elbe, Lützenburg	—7	0	Rhein, Reginnillau	120	—3
Elbe, Dresden	—129	—6	Redar, Weidbrom	47	+0
Elbe, Barby	115	—6	Rain, Weidbrom	—	—
Elbe, Magdeburg	108	—9	Roßel, Trier	—	—

*) + bedeutet Wachs, — Fall, *) Unterbenen.